

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL

INTELLIGENCE

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO.

INFORMATION REPORT

CD NO.

25X1A

COUNTRY Austria

DATE DISTR. 14 November 1950

SUBJECT Copies of Die Industrie

NO. OF PAGES 1

PLACE ACQUIRED

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

25X1A

DATE OF INFO. ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

25X1C

GRADING OF SOURCE						COLLECTOR'S PRELIMINARY GRADING OF CONTENT *					
COMPLETELY RELIABLE	USUALLY RELIABLE	FAIRLY RELIABLE	NOT USUALLY RELIABLE	NOT RELIABLE	CANNOT BE JUDGED	CONFIRMED BY OTHER SOURCES	PROBABLY TRUE	POSSIBLY TRUE	DOUBTFUL	PROBABLY FALSE	CANNOT BE JUDGED
A.	B.	C.	D.	E.	F.	1.	2.	3.	4.	5.	6.

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U.S.C. 31 AND 32 AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

* Documentary

25X1A

The attached copies of Die Industrie, are forwarded to you for retention.

25X1A

EVALUATE

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U.S.C. 31 AND 32 AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

B/EC

DEC 1 2 33 PM '50

Nov 17 3 40 PM '50
W/E

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL

STATE	NAVY	NSRR	DISTRIBUTION								
ARMY	AIR										

Vertriebsstelle

25X1A

Grazer Herbstmesse 1950

Die Industrie

Organ der Vereinigung Österreichischer Industrieller

Nummer 39

Wien, 30. September 1950

50. Jahrgang



SEIT 1847

ANGLO-ELEMENTAR

VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

BOSENDORFERSTRASSE 13 **WIEN** I, KÄRNTNERRING 12
TELEPHON U 42-5-05 SERIE U, U 42-5-0 SERIE

ALLE ZWEIGE DER SACHSCHADEN- SOWIE UNFALL- UND HAFTPFLICHTVERSICHERUNG
SPEZIALGES ET

INDUSTRIE-FEUERVERSICHERUNGEN

31

Lohn-Emaillierungen


übernimmt

Austria
Vereinigte Emaillierwerke
Lampen- u Metallwarenfabriken
Aktiengesellschaft

Wien XVI, Wilhelmnenstraße 30
Telephon: A 21-5-85 Serie, A 21-5-95 Serie

BREVILLIER-URBAN A.G.
HELIOSTATFABRIK





BROWN-BOVERI

Im Dienste der österreichischen Wirtschaft

WAS ERZEUGEN UND LIEFERN

- Motoren
- Generatoren
- Transformatoren
- Elektrische Anlagen für sämtliche Industriezweige
- Umspannwerke
- Schaltanlagen
- Gleichrichteranlagen
- Licht- und Kraftinstallationen
- Hochspannungsfreileitungen
- Fahrlösungen
- Ordnetze
- Elektrische Ausrüstung für Lokomotiven, Straßenbahnen und Obusse

Technische Beratung durch uns und unsere Ingenieurbüros in Graz, Linz und Salzburg

NEUE ÖSTERREICHISCHE BROWN-BOVERI- A.G.

Innsbruck, Innrain 37a
Ing.-Büro Wien I, Franz-Josefs-Kai 47

Hochwertige
ELEKTRISCHE MESSGERÄTE

Luxmeter

zur schritten und
objektiven Messung der
Beleuchtungsstärke
von Arbeitsplätzen

Genau, einfach
Leicht transportabel
Einfach am Bedienen
Robust gebaut



Auf Wunsch erhalten Sie die Preisliste P 48 S

NORMA

FABRIK ELEKTRISCHER MESSGERÄTE Gesellschaft m. b. H.
WIEN XI/79 RICKESSTRASSE 1-11



CONFIDENTIAL

Die Industrie

ZEITSCHRIFT FÜR DIE INTERESSEN DER ÖSTERREICHISCHEN INDUSTRIE
OFFIZIELLES ORGAN DER VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

REDAKTION UND VERWALTUNG
VIII, PIARISTENGASSE 17 / A 21-0-50, A 29-4-98

REDAKTION SALZBURG
SALZBURG, SCHWARZSTRASSE 21 / TEL. 4145

PRESSEREFERAT DER VEREINIGUNG ÖSTERR. INDUSTRIELLER WIEN III, STALINPLATZ 4, TEL. U17-5-70

ERSCHEINT WOCHENTLICH

JAHRESABONNEMENT S 120.—

EINZELPREIS S 3.—

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

50. Jahrgang

Wien, 30. September 1950

Nummer 39

INHALT: Wieder eine Atempause / Das Hauptmotiv der Finanzpolitik / Der neue Devisenkurs / Was lehrt uns Chicago? / Um den Bestand der Privatwirtschaft / Die Versorgung mit Buntmetallen / Verringerung von Verdienst und Produktion / Das europäische Zahlungsabkommen in Kraft / Höchstpreise für Wolle? / Ein gewagtes Experiment / Steuer und Bilanz / Außenhandelsdienst der „Industrie“ / Zollnachrichten / Die Grazer Messe und die Industrie / Zur Grazer Herbstmesse 1950 / Mitteilungen der Vereinigung Österreichischer Industrieller.

Wieder eine Atempause

Wien, am 30. September 1950

Man hat gehandelt. Der Ministerrat, der Mitte der vergangenen Woche abgehalten wurde, befaßte sich mit den Ergebnissen der Beratungen, die einige Tage vorher zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und Vertretern der Kammern und des Gewerkschaftsbundes stattgefunden und sich mit den Maßnahmen zum stufenweisen Abbau der bisher gewährten Subventionen beschäftigt hatten. Die Beschlüsse des Ministerrates beziehen sich auf die notwendig gewordenen Preiserhöhungen, die ab 1. Oktober in Kraft treten, und führten gleichzeitig zur Bekanntgabe eines neuen, des vierten Lohnübereinkommens.

Die Wirtschaft mußte nach den Vorgängen in den letzten Monaten und seit die Absicht der Regierung bekanntgeworden war, die Subventionen weiter abzubauen und den inländischen Getreidepreis hinaufzusetzen, mit einer Erhöhung der Löhne und Gehälter rechnen. Die andere Seite konnte ihren durch den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes präzisierten Standpunkt, daß „die Preiserhöhungen durch das neue Abkommen auf Heller und Pfennig abgegolten werden müssen“, wie sie selbst in ihren Organen feststellt, restlos durchsetzen. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen, wie Minister Ing. Waldbrunner sich äußerte, von der gewerblichen Wirtschaft in erster Linie getragen werden. Diese offenen Äußerungen verdienen eine klare Antwort. Sie soll gegeben werden. Es ist immer leicht, Opfer, die gebracht werden müssen, auf andere Schultern zu legen. Aber es soll zugegeben werden, daß die Erhöhung der Löhne und Gehälter unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu umgehen war. Die Wirtschaft kann sich jedoch eines beklemmenden Gefühles nicht erwehren. Der Österreicher hat in den letzten Jahrzehnten die unheimliche und gefahrvolle Wirkung der Lohn- und Preisspiralen am eigenen Leibe erfahren. Wenn die neue Lohnregelung zu einer Ordnung der verworrenen und verzerrten Beziehungen im wirtschaftlichen Gefüge tatsächlich führen könnte, würde die Industrie mit Zuversicht der Zukunft entgegenblicken. Dem ist aber lange nicht so. Was hier geschehen ist, läuft im Grunde auf nichts anderes

hinaus, als daß das gleichgebliebene Sozialprodukt nach einem anderen Schlüssel verteilt wird. Jedermann weiß, daß die Stundenlöhne in Österreich weit aus niedriger sind als in den westeuropäischen Ländern; das neue Lohnabkommen hat diesen Zustand leider nicht viel bessern können. Der einzelne Arbeiter wird also nicht zufriedener sein als vorher, trotz der Opfer, die der gewerblichen Wirtschaft aufgebürdet werden. Niemand kann aber abstreiten, daß die in den Wareneinheiten enthaltenen Lohnquoten in Österreich zu den höchsten gehören. Durch das jüngste Lohnabkommen wird der unverhältnismäßig hohe Lohnanteil noch größer. Das ist das Dilemma. Auf der einen Seite schlecht bezahlte Arbeitnehmer, auf der anderen Seite Lohnquoten, die an der Spitze der internationalen Statistik stehen.

Die Entscheidungen der vergangenen Woche, so erforderlich sie aus sozialen und politischen Erwägungen auch waren, haben das wirtschaftliche Kernproblem nicht gelöst. Wir sind zwar einen kleinen Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Wahrheit weitergekommen, aber in Wirklichkeit haben wir uns nur wieder einmal eine Atempause erkaufte. Die alte Monarchie hat nach den Worten eines bekannten Historikers im Jahre 1918 einen Krieg der versäumten Gelegenheiten verloren. Das neue kleine Österreich betreibt dauernd eine Wirtschaftspolitik der versäumten Gelegenheiten. Auch diesmal hat man wieder zur Entscheidung drängende Dinge auf die lange Bank geschoben, weil sich niemand bereit fand, sie zu dem Zeitpunkt herzhafte anzupacken, in dem sie aufgetaucht sind und leichter zu lösen gewesen wären. Parteipolitik ist noch nicht Staatskunst...

Es wird nun alles davon abhängen, ob wir die gewonnene Atempause nützen, das zu tun, was seit Jahren unsere Aufgabe wäre und von den Volkswirten aller Richtungen theoretisch als unumgänglich erkannt wurde: die Wirtschaftssubstanz zu vermehren, die Produktivität zu steigern und die Produktion zu erhöhen. Von der Theorie zur Wirklichkeit ist aber in Österreich leider ein weiter Weg. Was wir immer anfangen mögen, wir kommen nicht darum herum, daß wir mehr und ergiebiger arbeiten müssen. Mit einem Wort, unser Sozialprodukt muß wach-

CONFIDENTIAL

sen. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber sie muß immer wiederholt werden.

Der Augenblick, in dem die Neuregelungen durchgeführt werden, ist keinesfalls günstig gewählt. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß infolge der internationalen Aufrüstung die Rohstoffpreise hinaufklettern und die Investitionsgüter empfindlich teurer werden. Darüber hinaus ist die Versorgung unserer Industrie mit ausländischen Rohstoffen ernstlich in Frage gestellt. Unserer Industrie wird es daher gerade jetzt nicht leicht sein, ihre Anlagen zu erneuern, ihren Produktionsprozeß zu rationalisieren und ihre Erzeugnisse zu verbilligen. Im Gegenteil, die im Preis vielfach gestiegenen Rohstoffimporte werden zwangsläufig zu einer Verteuerung der österreichischen Finalprodukte führen. Man denke nur an die Hausse der Wollpreise. Wenn auch die Textilindustrie ein durch die internationale Rohstoffbewegung besonders betroffener Industriezweig ist, so sind in den anderen Industriegruppen die Verhältnisse nicht viel besser. Da bisher die Lebensmittel nicht so sehr in den Preiswandel auf den Weltmärkten gerieten wie die industriellen Rohstoffe, sind die täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung nicht dem gleichen Preisauftrieb ausgesetzt wie die industrielle Erzeugung. Das erleichtert zweifellos die allgemeine Lage und die Lebenshaltung der Bevölkerung.

Die Anpassung, die durch die Neuregelungen notwendig wurde, wird auch dadurch eher möglich sein, daß unsere Ausfuhrwirtschaft hoffentlich an der internationalen Konjunktur teilnehmen kann. Die Voraussetzung dafür ist unsere Wettbewerbsfähigkeit im Ausland, die allerdings schon jetzt nur mühsam aufrecht erhalten werden kann und durch die neuerliche Erhöhung der Löhne und Gehälter noch mehr beeinträchtigt werden wird. Die kommenden wirtschaftspolitischen Entschlüsse werden daher ihren Hauptakzent auf die Intensivierung der Exportwirtschaft legen müssen. Aber auch dem Export ist nur zu helfen, wenn die Produktivität gesteigert wird; denn alle übrige Förderung, sei sie nun monetärer oder kreditpolitischer Natur, kann immer nur eine Hilfsmaßnahme sein.

Es ist schon heute offenkundig, daß das neue Abkommen in keinem Lager Freude erweckt. Es kann dies gar nicht anders sein, weil es wieder nur ein Ausweg ist, eine Folge unseres unbefriedigenden wirtschaftlichen Zustandes. Es ist wie ein Mantel, der die schmerzhaften Stellen eines Körpers verbergen will. Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich endlich hüben und drüben die Männer finden werden, die den Mut haben, die heute noch verüllten Mängel aufzudecken und endlich auszumerzen, um den Weg zur Wahrheit ausholend zu beschreiten.

Das Hauptmotiv der Finanzpolitik

Ausführungen des Ministers Dr. Margarétha in Velden

Bei der Tagung der Landesgruppe Kärnten der Vereinigung Österreichischer Industrieller in Velden am 23. September i. J., hielt unter leihhaftem Beifall der Versammelten Finanzminister Dr. Eugen Margarétha einen Vortrag, der in der gesamten österreichischen Presse ausführlich wiedergegeben wurde. Zur Budgetpolitik führte der Minister folgendes aus:

Die ersten acht Monate haben gezeigt, daß das Budget 1950 zuverlässig und ehrlich ist. Ich habe, sagte der Minister, aber auch hart kämpfen müssen, teils gegen allgemeine Aktionen, teils gegen tausende von Interventionen, um einerseits die Einnahmen zu sichern, andererseits gegen im Budget nicht vorgesehene Ausgaben mein Veto einzulegen. Es ist mir nicht immer ganz gelungen, trotzdem habe ich das Gleichgewicht im Budget aufrecht erhalten. Was ist die Folge? Daß die Wünsche nach Herabsetzung der Steuern allgemein und im Einzelfall immer stärker werden und ebenso die Wünsche, die bisherige Strenge auf der Ausgabenseite zu durchbrechen.

Dem dringenden Verlangen weitester Bevölkerungskreise nach einer Verwaltungsreform entsprechend, habe ich in das Budget die bescheidene Bestimmung aufgenommen, daß im laufenden Jahr 5 Prozent des Standes der öffentlich Angestellten abzubauen sind. Es war ferner in Aussicht genommen, in den drei darauffolgenden Jahren je weitere 5 Prozent abzubauen. Wie hat sich dies nun vollzogen? Ich muß zugeben, fuhr der Minister fort, daß in vielen Verwaltungsstellen nicht nur der redliche Wille bestanden hat, diese bescheidene Forderung zu erfüllen, sondern daß sie auch bis zum Ende des Jahres erfüllt sein wird. Der materielle Erfolg bedeutet freilich nicht eine 5prozentige Ersparung beim Personaletat, weil ein wesentlicher Teil der abgebauten Beamten oder ihre Hinterbliebenen weiter Bezieher der Pension sind. Es hat sich aber gezeigt, daß dieser Abbau nicht in allen Ämtern und Verwaltungszweigen durchführbar ist. Ich habe mich damit abgefunden, daß bei der Exekutive — Polizei und Gendarmerie — ein Abbau nicht möglich ist. Ich habe mich auch sogar damit abgefunden, daß bei den Volks- und Hauptschullehrern ein

Abbau mit Rücksicht auf die Vermehrung der Schülerzahl auf spätere Zeit zurückgestellt werden muß. Aber statt im Jahre 1950 1900 Lehrer abzubauen, hat man nun von mir die Neueinstellung von 2282 Lehrern verlangt. Das ist aber nicht das einzige: Auch in anderen Gruppen verlangt man von mir, daß ich auf den Abbau verzichten soll, so bei dem wissenschaftlichen Hochschulpersonal, bei der Post und in den letzten Tagen hat auch der Justizminister für die Richter den Verzicht auf den 5prozentigen Abbau verlangt. Wenn ich allen diesen Verlangen zustimmen würde, so bedeutet das, daß im Durchschnitt statt 5 Prozent nur etwas mehr als 2 Prozent abgebaut wird und daß mir statt einer Einsparung von 165 Millionen nur eine solche von 73 Millionen verbliebe. Bei der

Erstellung des künftigen Budgets

handelt es sich aber nicht bloß um diese Forderung. Ich bin mit den Budgetreferenten der einzelnen Ressorts noch weit über eine Milliarde auseinander. Ich bin der Meinung, daß ein Finanzminister nicht dazu da ist, sich beliebt zu machen. Von ihm muß man verlangen, daß er fest bleibt und nicht unter dem Druck einer entfachten Bewegung nachgibt. Besonders dann nicht, wenn ein Nachgeben die schwersten Folgen auch auf anderen Gebieten haben sollte. Wir müssen vor allem auch verhüten, daß von dem geistigen Nachwuchs zu viel in den öffentlichen Dienst kommt. Darum geht mein Kampf. Die ersten 5 Prozent des Abbaues der insgesamt 20 Prozent sind die leichtesten. Jene öffentlich Angestellten, die von mir verlangen, daß ich die auch von mir als gerecht empfundene zweite Etappe des Nachziehverfahrens im nächsten Budgetjahr erfülle, die sollen nicht gleichzeitig von mir verlangen, daß ich auf den Abbau von tausenden Angestellten verzichte und darüber hinaus tausende neu einstelle.

Das Budget des Bundes kann nicht im luftleeren Raum erstellt werden. Es muß mit dem Budget der Länder und Gemeinden in Einklang gebracht werden. Ich habe in diesem Jahr schon im Frühjahr die vorbereitenden Arbeiten für den Finanzausgleich

Der neue Devisenkurs

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist die Frage der neuen Kursregelung noch nicht entschieden. Der Finanzminister hat aber bei der Vollversammlung der Industriellenvereinigung in Kärnten angekündigt, daß eine Neuregelung unmittelbar bevorsteht. Er hat dabei daran erinnert, daß erst unlängst der Wechselkurs im Handelsverkehr mit den Oststaaten auf 21.36 hinaufgesetzt wurde; man wird nicht fehlgehen, dies als einen Hinweis aufzufassen, daß der kommende kommerzielle Einheitskurs auf der gleichen Höhe liegen dürfte.

Der Minister betonte, daß Österreich bei der neuen Festsetzung vollkommen freie Wahl hat; der Währungsfonds werde auf unsere Entschlüsse keinerlei Druck ausüben. Wir können, sagte er, bei der Vereinheitlichung der Wechselkurse so vorgehen, daß nicht etwa wegen eines nur vorübergehenden Vorteiles der Exportwirtschaft schwere Erschütterungen unserer Preise und damit unseres Lohngefüges eintreten. Der verantwortliche Leiter des Finanzressorts bekannte sich als Anhänger eines niedrigen Wechselkurses. Österreich sei zwar auf seinen Export, letzten Endes aber ebenso auf Importe angewiesen und wir müssen, wie der Minister ausführte, uns klar sein, daß die von manchen Kreisen als letzte Rettung gepriesene Erhöhung des Wechselkurses auch unsere Importe verteuert und dadurch nicht bloß aus der Materialquote her die Herstellungskosten erhöht, sondern auch aus der dann unvermeidbaren entsprechenden Steigerung der Lohnkosten, die sich bei der Produktion sowohl für den inländischen Bedarf als auch bei jener für den Export auswirken müßte. Der Minister trat hiemit der Auffassung jener entgegen, die einen möglichst hohen kommerziellen Kurs vorschlugen.

In der industriellen Wirtschaft sind bekanntlich die Auffassungen über die angemessene Höhe des neuen Kur-

ses geteilt. Die Exportwirtschaft erklärt, daß sie bei einem Kurs von 21.36 in den überwiegenden Fällen nicht mehr am Weltmarkt wettbewerbsfähig wäre. Sie muß jedenfalls auf den Rohstoffdeckungsquoten, die gleichzeitig auch die ausländischen Spesen einbeziehen, bestehen; je niedriger der neue Kurs ist, desto unentbehrlicher sind die übrigen Ausweichmöglichkeiten. Dem ist nur beizupflichten und diesem Standpunkt der Exportwirtschaft muß unbedingt Rechnung getragen werden. Man kann sich überhaupt nur mit bestimmten Vorbehalten für einen niedrigen Wechselkurs einsetzen. Es ist vielleicht eine trügerische Annahme, wenn man glaubt, daß bei einer niedrigen Ansetzung des Einheitskurses einer unerwünschten Entwicklung der inländischen Preise vorgebeugt werden könnte, denn unser für die Gesamtwirtschaft lebenswichtiger Export wird bei der Festsetzung eines niedrigen Kurses zu seiner Erhaltung darauf angewiesen sein, daß ihm verschiedene Ausweichmöglichkeiten offen gelassen werden, die schließlich auch auf das Preisniveau im Inland wirken. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß diese Auswirkungen schädlicher sind als die eines von Haus aus höher angesetzten offiziellen Kurses.

Die Schwierigkeiten bei der Bewertung des Schillings sind nicht zu verkennen. Der Kurs einer Währung wird nicht nur von den Kaufparitäten bestimmt — denn nach diesen müßte der Kurs des Schillings nicht viel höher als 23 liegen, — in ihm drückt sich vor allem das Vertrauen zu der betreffenden Währung aus. Wäre es in unserem Falle darum besser bestellt, würde sich der Schilling durch Angebot und Nachfrage auf eine angemessene Höhe einstellen. Auch bei der Währung sind, wie jedermann weiß, allen Verfügungen vom grünen Tisch aus recht enge Grenzen gesetzt; ein geordneter Staatshaushalt und eine straffe systematische Wirtschafts- und Produktionspolitik sind die wirklichen Fundamente einer gesunden Währung.

eingeleitet, der in den vergangenen Jahren gewöhnlich erst knapp vor Verabschiedung des Budgets vereinbart worden ist. Ich habe im Jahr 1949 und anfangs 1950 zur Gesundung des Budgets des Bundes, dessen Einnahmen gegenüber denen der Länder stark zurückgegangen war, ein Notopfer verlangen müssen. Ich stehe in Unterhandlungen, daß an Stelle dieses Notopfers unter anderem eine Beteiligung der Länder und Gemeinden am Personalaufwand der Hauptschullehrer treten soll. Wir werden uns also bei diesen Finanzausgleichsverhandlungen auch über die Frage einigen müssen, inwieweit in Zukunft Länder und Gemeinden zum Personalaufwand der Pflichtschulen beizutragen haben.

Der Minister kam dann auf die Rekonstruktion unseres Kreditapparates zu sprechen und teilte mit, daß er seinen Aufenthalt in Paris dazu benützt habe, um den Anspruch Österreichs auf einen Kredit aus der Internationalen Bank anzumelden. Die Antwort, die darauf von maßgebender Seite erteilt wurde, ist ermutigend, die gestellten Bedingungen sind erfüllbar. Wir sind nun in der Lage, ein konkretes Ansuchen vorzubereiten.

Schillingeröffnungsbilanzen zum 1. Jänner 1950

Die direkten Steuern, so führte der Minister weiter aus, sind trotz der 20prozentigen Steuerherabsetzung noch immer zu hoch. Vor allem deshalb, weil die Progression der Entwertung des Schillings nicht angepaßt wurde. Ich kann aber eine baldige weitere Herabsetzung der Einkommensteuer nicht in Aussicht stellen. Die mangelnde Rücksichtnahme auf die Entwertung des Schillings macht sich ganz besonders bei der Gewerbeertragssteuer in den niedrigeren und mittleren Stufen geltend. Da es sich hier um Steuern handelt, die den

Gemeinden, bzw. den Ländern vorbehalten sind, liegt es nicht an mir, sie herabzusetzen. Die Schaffung einer Schillingeröffnungsbilanz zur Herstellung der Bilanzwahrheit erachte ich als dringend, um die Besteuerung von Scheingewinnen zu beseitigen. Ich werde bemüht sein, daß Schillingeröffnungsbilanzen zum 1. Jänner 1950 möglich sind. Den Klagen, daß die Steuern vom Einkommen viel höher sind als die vom Vermögen — gemessen an den Verhältnissen der Vorkriegszeit — kann nicht durch eine Erhöhung dieser Steuersätze, sondern durch eine richtige Bewertung der Vermögen begegnet werden. Wenn die Vermögen einmal richtig bewertet werden, was freilich deren Ertragsfähigkeit voraussetzt, werden auch Vermögenssteuer, Grundsteuer, Erbschaftssteuer, selbst bei niedrigen Steuersätzen höhere Erträge liefern. Wenn die Produktionskosten erheblich gesenkt werden, dann werden auch die indirekten Steuern durch angemessene Erhöhung höhere Erträge liefern, denn ein Produkt, das 100 kostet, kostet mit einer Umsatzsteuer von 3.4 Prozent 103.4. Wenn die Kosten des Produktes auf 75 herabgesetzt werden, so kostet das Produkt selbst bei einer Umsatzsteuer von 7 Prozent nur 80.25.

Der Minister schloß seine Ausführungen wie folgt: „Ich verstehe unter Industrie nicht bloß den Unternehmer, sondern auch die Angestellten und Arbeiter und letzten Endes vor allem das Unternehmen selbst. Das Unternehmen als wertschaffendes Instrument, als Teil der Volkswirtschaft, und wenn ich in meinen Maßnahmen als Finanzminister das Gesamtinteresse des Staates in den Vordergrund stelle, dann kommt das auch der Industrie und dem industriellen Unternehmertum zugute. Ein richtiger Finanzminister muß verstehen, hart zu bleiben, er kann es aber auf die Dauer nur dann, wenn er auch gerecht ist, das heißt hart ist gegen alle, auch gegen seine alten Freunde.“

Was lehrt uns Chicago?

Sofortprogramm zur Steigerung unseres Exportes nach den USA

Die Erfahrungen der österreichischen Aussteller auf der Internationalen Mustermesse in Chicago haben zu lebhaften kritischen Erörterungen geführt. In den nachfolgenden Zeilen sollen die Erfordernisse angeführt werden, die in Zukunft einen größeren Erfolg sichern. Diese Erfordernisse sind: Aggressivität (aggressive selling), Aktivität und einschlägige Kenntnis der Marktverhältnisse, Absatzmöglichkeiten, Zollvorschriften und Handelsusancen.

Bei der Organisation der Messe Chicago sind sowohl von österreichischer als auch amerikanischer Seite Fehler gemacht worden. Für die USA-Seite gilt vor allem: Auf Grund ungenügender Vorbereitung der Messe wurde die ursprüngliche Zusammensetzung des Messekomitees geändert. In aller Eile mußte das Versäumte nachgeholt werden, wobei jedoch der ungünstige Zeitpunkt für die Abhaltung der Ausstellung nicht geändert wurde. Ausstellungsbedingungen und Kosten wurden zu spät bekanntgegeben und es stand eine zeitlang nicht fest, ob Chicago ERP-Musterschau oder Warenmesse sein soll.

Diese Unsicherheitsfaktoren sowie mangelnde Information haben auch die Vorarbeiten des österreichischen Messeausschusses erschwert. Im großen und ganzen war die Beschickung der Messe durch die zuständigen österreichischen Stellen gut organisiert worden, wobei jedoch zu beanstanden wäre, daß zu wenig Firmenvertreter nach Chicago entsandt wurden. Im allgemeinen sind von österreichischer Seite folgende Fehler gemacht worden: Preisstellung in Schilling ab Werk statt landed costs; Preislisten ohne Spezifizierung und Numerierung der Artikel; in vielen Fällen unsolide Preiskalkulation; deutschsprachige Firmenkarten und Kataloge usw. Mit einem Wort, ein großer Teil der österreichischen Exporteure ist ohne Kenntnis des USA-Geschäftes vertreten gewesen — dies soll kein Vorwurf sein, sondern eine Ermahnung, die Grund-erfordernisse des Auslandgeschäftes schleunigst nachzuholen. Neben diesen Mängeln, denen durch nötige Aufklärungsarbeit abgeholfen werden kann, muß jedoch auf einen nicht wieder gut zu machenden Fehler hingewiesen werden: Der Präsident des erstangigen Warenhauses Gimbel Brothers, Philadelphia — er gehört zum engsten Beraterkreis Präsident Trumans — hat das Angebot gemacht, die gesamte österreichische Ausstellung kostenlos im Rahmen einer österreichischen Warenschau in seinem Kaufhaus in Philadelphia aufzustellen, einen großen Teil der Waren selbst zu übernehmen und für den Rest den freien Verkauf zu sichern. Die Transportkosten von Chicago nach Philadelphia wären vom Kaufhaus ebenfalls übernommen worden, so daß Österreich für dieses Angebot nicht nur keine Kosten entstanden wären, sondern unseren Firmen auch der noch so notwendige Anfangsverkaufserfolg in den USA beschieden gewesen wäre. Das großzügige Angebot wurde nach vergeblichem Versuch, aus Wien eine Weisung zu erhalten, abgelehnt.

Nun zur positiven Seite der Messe: Österreich, das bisher dem Durchschnittsamerikaner lediglich als Land der Musik und Dichtung, der Klöster und Burgen bekannt ist, hat erstmalig seit dem Krieg seine Waren gezeigt. Wenn auch die direkten Verkaufserfolge Österreichs sowie aller an der Messe beteiligten Staaten hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, so war doch der Publizitätserfolg ein gewaltiger, was sich schon daraus ergibt, daß auf Grund des schön ausgestatteten Warenkataloges und der auf der Messe gezeigten Waren zahlreiche Anfragen und Aufträge an die an der Messe beteiligten Firmen aus den USA hereingekommen sind. Allein der Vorarlberger Stickereiverband hat bereits 16 größere Aufträge aus den USA erhalten. Der Aufwand für Chicago hat sich also doch gelohnt; hierzu kommt noch die besonders günstige Konjunkturlage

für den Export nach den USA. Es ist eine ernste und zielbewußte Arbeit erforderlich, um diesen Anfangserfolg auszunützen und die wertvollen Dollar hereinzubringen.

Österreich hat in den vergangenen Monaten den Österreichischen Exportfonds, Ges. m. b. H., mit einem revolvingrenden Fondskapital von 25 Millionen Schilling, welches bei erfolgreichem Arbeiten jederzeit erhöht werden kann, mit der Aufgabe gegründet, das USA-Geschäft auszubauen. Exportproduktionskredite und Bevorschussung von Exportfakturen zu 4½ Prozent p. a. netto in einem raschen Verfahren sind eine Aufgabe des Fonds. Aber in das Förderungsmoment fällt noch eine zweite Aufgabe: Nämlich den Dollar-Drive zum Erfolg zu führen, um schließlich beizutragen, im Jahre 1952 den Marshall-Plan zu rechtfertigen.

In Erkenntnis dieser wichtigen Aufgabe beabsichtigt der Exportfonds auch, alle ihm bekannt werdenden, für den Exporteur nach den USA wichtigen Bestimmungen, Hinweise, Änderungen usw. für das USA-Exportgeschäft in Form von Informationsblättern den Interessenten zu vermitteln. Die Herausgabe eines laufenden Informationsdienstes wird eine wesentliche Aufgabe des Fonds im Rahmen des Dollar-Export-Drive bilden. Ferner wird der Fonds die Broschüre „Customs Information for Exporters to the USA“ in Übersetzung herausbringen, eine Broschüre, die unsere Exporteuren alle notwendigen Auskünfte über Zollfragen, richtige Ausfüllung von Fakturen u. ä. gibt.

Als weiterer Schritt zur Intensivierung unseres Exportes ist die Aufnahme des persönlichen Kontaktes von erfolgreichen USA-Exporteuren, ein Kennenlernen des USA-Marktes unbedingt wünschenswert. Die Technical Assistance-Abteilung des ERP-Büros wird im Einvernehmen mit dem Produktivitätszentrum, dem Exportfonds und anderen österreichischen Stellen unseren Exporteuren die Möglichkeit geben, zu diesem Zwecke vier bis sechs Wochen in den USA zu verbringen. Weiterhin soll im Rahmen der Technical Assistance eine Musterschau amerikanischer Waren nach Wien gebracht werden, damit der österreichische USA-Exporteur den amerikanischen Geschmack kennenlernt. Die Musterschau müßte ständig ergänzt werden, um einen guten Überblick über den amerikanischen Geschmack zu bedarf zu geben.

Schließlich soll bei einer erweiterten Außenhandelsstelle New York ein geschulter amerikanischer Kaufmann österreichischen Exporteuren bei ihrer USA-Arbeit zur Verfügung stehen und sie im besonderen bei der Ermittlung von geeigneten Importeuren unterstützen. Die Erweiterung der Außenhandelsstelle ist bisher an der finanziellen Deckung gescheitert, obwohl sich eine solche Einrichtung bezahlt machen würde. Außerdem würden einem solchen Vertreter größere Dollarbeträge aus Technical Assistance-Mitteln der ECA für Absatzforschung österreichischer Waren zur Verfügung stehen.

Alle diese Maßnahmen sollen möglichst rasch eintreffen, damit der Erfolg von Chicago ausgenützt wird und damit der in Chicago erweckte Interesse für unsere Waren in den USA wachgehalten bleibt. Wenn wir zu unseren Nachbarn schauen, so müssen wir feststellen, daß die meisten Staaten in ihren Exportförderungseinrichtungen uns schon weit voraus sind und es ist zu hoffen, daß auch Österreich darauf ähnlich den holländischen, französischen und deutschen Einrichtungen dem USA-Exporteur einen 5 bis 20 Prozent Devisenfreibetrag zur Verfügung zu stellen. Ferner hat auch Österreich genau so wie Westdeutschland, weil es die Steuerermäßigungs-Maßnahmen für Exportbetriebe in die Wege leitet.

Dr. Günther Gruber

Um den Bestand der Privatwirtschaft

Vollversammlung der Landesgruppe Kärnten

Die Vollversammlung der Landesgruppe Kärnten der Vereinigung Österreichischer Industrieller, die am 23. September 1. J. in Velden unter der Leitung des Vorsitzenden der Landesgruppe Hubert Kern stattfand, erhielt ein besonderes Gewicht durch die Teilnahme des Finanzministers Dr. Eugen Margaretha und des Vizepräsidenten Josef C. Böck-Greissau, die zu den Tagesfragen der Wirtschaft Stellung nahmen und sich vor allem mit den für unsere kommende wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Entscheidungen beschäftigten. Die Teilnahme hervorragender Vertreter des öffentlichen Lebens gab auch nach außen hin der Bedeutung dieser Veranstaltung Ausdruck.

Der Vorsitzende lenkte die Aufmerksamkeit der Versammelten auf die Schwierigkeiten der Industrie bei der Beschaffung der Rohstoffe und er setzte im Zusammenhang damit die Notwendigkeit auseinander, die Substanz der Industrie in Zukunft schonungsvoller zu behandeln. Unter dem allgemeinen Beifall trug er dem Finanzminister den Wunsch der Industrie vor, daß das Schillingeröffnungsbilanzgesetz mit Wirkung vom 1. Jänner 1950 in Geltung trete, damit die Industrie in die Lage versetzt wird, ihre alten Anlagen zu erneuern und zu erweitern. Mit Recht trat er dem Irrtum entgegen, daß es sich hiebei um ein Geschenk an die Industrie handle; jeder Steuerträger habe ein Recht auf Wahrheit und die Industrie verlange die Bilanzwahrheit. Es sei unrichtig zu glauben, daß der Gewinn eines Industriellen sein Einkommen bedeute; wo wäre die Industrie, wenn jeder Industrielle seinen Gewinn zur Gänze entnommen und nicht in den Betrieben Investitionen vorgenommen hätte? Die Industrie fühlt sich auch verpflichtet, bestimmte Reserven anzusammeln, um bei einer eintretenden Stagnation die Arbeitsplätze zu sichern. Die

Ausführungen des Vizepräsidenten Böck-Greissau

waren zunächst den aktuellen Fragen — Festsetzung des kommerziellen Einheitskurses und Lohn- und Preisproblem — und dann den allgemeinen industriellen und wirtschaftlichen Problemen gewidmet. Der Redner befaßte sich mit der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Er stellte zur Aufhellung einen Vergleich der Ergebnisse des Außenhandels 1949 und 1950 an. Im Vorjahre ergab sich — unter Berücksichtigung unseres heutigen Kurses — bei einem kommerziellen Import von 4.500 Millionen und einem Export von 3.228 Millionen Schilling ein Defizit von 1.252 Millionen Schilling ohne Hinzurechnung der direkten Hilfe; einschließlich dieser ergibt sich ein Gesamtdefizit, das nicht viel unter 6 Milliarden liegt. Nimmt man die Ziffern des Handelsbilanzergebnisses aus dem ersten Halbjahr 1950 und erweitert sie auf das gesamte Jahr, so ergibt sich eine Importziffer von 7.110 Millionen Schilling und eine Exportziffer von 5.430 Millionen Schilling, also hiemit ein Defizit von 1.680 Millionen; unter Hinzurechnung der direkten Hilfe von 2.484 Millionen ein Gesamtdefizit von 4.164 Millionen Schilling. Der von der Regierung beschlossene Dreijahresplan geht bekanntlich von einem Defizit von 4 Milliarden aus und stellt sich zur Aufgabe, dieses Defizit dadurch zu beseitigen, daß der Export um 2 Milliarden Schilling erhöht und der Import um 2 Milliarden verkürzt wird. Diese Aufgabenstellung

unterstreicht es deutlich, wie sehr unsere Exportwirtschaft im Brennpunkt unserer Wirtschaftsinteressen steht. Bekanntlich hat das Finanzministerium dank der Initiative des Ministers der Nationalbank gegenüber die Ausfallschaftung für Warenwechsel in einem Gesamtbetrag von 500 Millionen Schilling für mittel- und langfristige Kredite übernommen. Es wird notwendig sein, daß wir mit der Zeit Vorsorge treffen, um auch jene Aufwände zu finanzieren, die bei Exportgeschäften durch die Rohstoffbeschaffung entstehen. Wir wollen hoffen, daß es in der Zukunft gelingt, diesen weiteren Schritt noch zu tun.

Es ist allgemein bekannt, daß Ausländer in Österreich billig, hingegen Österreicher im Ausland teuer leben. Man müßte daraus schließen, daß auch österreichische Waren im Ausland leicht verkäuflich sind. Dies trifft aber nicht zu. Der Widerspruch könnte rätselhaft erscheinen, denn eine Analyse führt zu den Feststellungen, daß unser Inlandsmaterial untervalorisiert ist; das Material aus dem Ausland beziehen wir mit dem gleichen Kurs, mit dem wir es abgeben; überdies haben wir in Österreich zu unserem Mißvergnügen die niedrigsten Stundenlöhne.

Worin also liegt der Fehler?

Er liegt einzig darin, daß es sich bei der Wettbewerbsfähigkeit unserer Waren keineswegs darum handelt wieviel wir für eine Stunde zahlen, sondern welche Lohnquote in der Wareneinheit enthalten ist. Von diesem Gesichtspunkt aus aber haben wir die höchsten Löhne. Die Hauptursache, die dieser Erscheinung zugrunde liegt, ist darin zu suchen, daß unsere industriellen Anlagen nicht so produktiv sind wie die ausländischen. Auch trägt dazu bei, daß wir in Österreich infolge der Kleinheit unseres Wirtschaftsraumes genötigt sind, in ganz kleinen Serien zu erzeugen und daher nicht wie das Ausland unsere Maschinen bis zu drei Schichten monatelang für die gleiche Ware laufen lassen können; wir sind vielmehr gezwungen, sie dauernd umzustellen, was erhöhten Aufwand bedeutet. Man soll auch nicht übersehen, daß wir in Österreich mehr für nicht geleistete Arbeit zahlen als das Ausland. Der Urgrund liegt aber darin, daß bei uns ausschließlich Konsumentenpolitik, im Ausland hingegen Produktionspolitik, in der richtigen Erkenntnis, daß es um die Erhaltung und Vermehrung der Wirtschaftssubstanz geht, betrieben wird. Wir können aber bei unserer bisherigen Politik unsere Wirtschaftssubstanz nicht einmal erhalten, geschweige denn vermehren, weil wir durch zahlreiche Unwahrheiten in den Bilanzen nur einen Teil dessen abschreiben können, was verschlissen wird; so entstehen Scheingewinne, die hoch versteuert werden. Das ist der tiefere Grund, warum die Industriellenvereinigung hartnäckig und mit Nachdruck ein Schillingeröffnungsbilanzgesetz verlangt.

Unter Hinweis auf die Ausführungen des Finanzministers bei der wirtschaftswissenschaftlichen Tagung in Ischl stellte der Redner fest, daß es für die Zukunft unmöglich sein wird, einen großen und voraussichtlich noch steigenden Teil unserer staatlichen Ausgaben aus einer direkten Besteuerung zu decken. Es wird vielmehr notwendig sein, wenigstens in dem Ausmaß wie früher auf die in-

WERTHEIM

WIEN X., WIENERBERGSTR. 21-23



AUFZÜGE

TELEFON U 46-5-45

direkte Besteuerung zurückzugreifen, die durch sozial gestaffelt sein kann. Im laufenden Jahr beträgt der Anteil der direkten Steuern 47,8 Prozent, gegenüber dem Anteil im Jahre 1937 von 29,3 Prozent, der Anteil der indirekten Steuern ist jedoch heute auf 52,2 Prozent gesunken, er machte im Jahre 1937 etwa 70,7 Prozent aus. Der Redner trug dann die bekannten Wünsche der Industrie bezüglich der Berechnung der dreifachen Abschreibung, der Feststellung des Einheitswertes des Betriebsvermögens zum 1. Jänner 1950 und die Behandlung der Aufwendungen für die Beseitigung der Kriegsschäden vor.

Der Zustand unserer Wirtschaft bietet kein rosiges Bild. Wir dürfen aber, sagte der Redner, eines nicht vergessen, daß wir uns durch den bisherigen Weg, den die Wirtschaft gegangen ist, zwei wertvolle Güter erhalten konnten, nämlich die politische Stabilität und den sozialen Frieden. Der soziale Friede ist ebenso ein Verdienst unserer Arbeiter wie ein Verdienst unserer Unternehmer. Man darf annehmen, daß auch die Gewerkschaften anerkennen, daß die österreichische Industrie und ihre derzeitige

Führung in sozialer Hinsicht aufgeschlossen ist und den Weg geht, den die Zeitentwicklung vorschreibt. Andererseits dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß wir uns in einem Kampf um die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und letzten Endes um den Bestand der Privatwirtschaft befinden, in einem Ringen um die Erhaltung der freien Marktwirtschaft, in einer Abwehr gegen die Vergewaltigung der Wirtschaft durch Zwang und Polizei. In diesem Kampf sind wir gestärkt durch das Bewußtsein, daß wir ihn nicht aus irgendeinem Egoismus, sondern in der Überzeugung führen, daß unsere Methode die einzige Möglichkeit bietet, die Versorgung der Bevölkerung und die Vollbeschäftigung sowie die Erfüllung jener stolzen sozialen Leistungen zu sichern, die Österreich vor allen anderen Staaten auszeichnet. Wir haben auch die Überzeugung, daß diese Auseinandersetzung eine geistige Grundlage hat und nichts anderes ist als eine Teilerscheinung in dem großen, jetzt die Welt beherrschenden Kampf zwischen Individualismus und Kollektivismus.

Die Versorgung mit Buntmetallen

Die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Buntmetallen und die gleichzeitigen Preissteigerungen auf den Weltmärkten infolge des erhöhten Bedarfs der Rüstungsindustrien und der damit zusammenhängenden Vorratskäufe haben in der österreichischen metallverarbeitenden Industrie Unruhe hervorgerufen. Rohkupfer, Rohblei, Rohzink und Reinzinn, um nur die wichtigsten zu nennen, sind begehrte und schwer aufzutreibende Artikel geworden. Die amtlichen Stellen haben, wie man uns mitteilt, die nötigen Schritte unternommen, um bei aller gebotenen Sparsamkeit die bestehenden Engpässe wenigstens für die nächste Zeit zu überbrücken.

Österreichs Jahresbedarf an Kupfer wird nicht einmal zur Hälfte aus eigener Erzeugung gedeckt. Die dafür in Betracht kommenden Lieferanten sind die Kupferhütte Brixlegg und der Bergbau von Mitterberg, dessen Erze vorläufig noch immer im Ausland verhüttet werden müssen. Der verbleibende Rest wird bekanntlich in Gestalt von Elektrolytkupfer aus dem Ausland eingeführt. Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist es nicht immer möglich, Rohkupfer auf dem Weltmarkt zu beschaffen, selbst wenn die notwendigen Devisen zur Verfügung stehen. Es mußten deshalb in letzter Zeit als Ersatz dafür Stadienfabrikate in Gestalt von Drahtbarren, Vorwalzdrähten usw. mit in Kauf genommen werden. Da anzunehmen ist, daß die Ausfuhr genehmigungen für die bereits getätigten Käufe erteilt werden, kann in nächster Zeit mit Kupfereingängen aus dem Ausland gerechnet werden. Es wird aber kaum möglich sein, weitere Käufe zu den offiziellen Weltmarktnormierungen durchzuführen, selbst dann nicht, wenn für das Vorstrecken oder Vorwalzen von Stadienfabrikaten ein entsprechender Aufschlag zugestanden wird.

Bei Blei ist die Lage so, daß die Produktion der Bleihütte Gallitz der Bleiberger Bergwerksunion ungefähr für die Hälfte des österreichischen Jahresbedarfs aufkommt und daß das darüber hinaus benötigte Hüttenweichblei eingeführt

führt wird. Dies ist nur zum Teil im Rahmen der bestehenden Handelsverträge möglich, während für die restlichen Mengen andere Wege gefunden werden müssen.

Da Österreich zur Zeit noch keine Zinkhütte besitzt, erfolgt die Zinkversorgung, soweit es sich um das Endprodukt handelt, zur Gänze aus Einfuhren. Die in Bleiberg anfallenden Zinkerze werden im Ausland zu Hüttenroh-zink verarbeitet. Das aus diesen Erzen gewonnene Metall entspricht einem Drittel des einheimischen Konsums. Was Österreich darüber hinaus an Rohzink und Feinzink benötigt, wird entweder aus europäischen Ländern oder aus den Vereinigten Staaten importiert. Das Eintreffen größerer in Übersee angekaufter Mengen wird im bevorstehenden Quartal erwartet. Für die Befriedigung des übrigen Bedarfs kommen England, Belgien und Polen in Betracht, je nachdem, welche Angebote vorliegen.

Reinzinn für Verzinnungen, Folien, Legierungen usw. muß ausnahmslos eingeführt werden. Mit den bereits getätigten Abschlüssen, die in den nächsten Monaten ausgeliefert werden, dürfte der österreichische Markt bis zum Ende des Jahres sein Auslangen finden.

Die Preisfrage spielt bei den Buntmetallen selbstverständlich eine wichtige Rolle, wozu noch als erschwerender Umstand die Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung der Devisenkurse kommt. Wenn, wie angekündigt, die drei jetzt bestehenden Kurslisten für Dollars zugunsten eines einheitlichen Dollarkurses fallen gelassen werden, so wird sich das auf die Metallpreise vertuernd auswirken.

Diese knappen Angaben lassen schon ersehen, daß das Problem der Buntmetallversorgung noch keineswegs endgültig geklärt ist, daß vielmehr nur für die nächste Zukunft Vorsorge getroffen werden konnte und es sich mithin um ein Provisorium handelt. Aber auch das ist schon viel wert, da dadurch der Industrie wenigstens für den Augenblick Erleichterung verschafft wird. Bemühungen um eine Regelung von längerer Dauer sind seitens der berufenen Stellen des Handelsministeriums im Gange, und es besteht, wie man uns versichert, begründete Hoffnung, daß sie von Erfolg begleitet sein werden. Inzwischen hat die Preiskommission des Ministeriums des Innern der veränderten Preislage auf den Weltmärkten dadurch Rechnung getragen, daß sie die Preise zweier Buntmetalle, die ganz oder teilweise in Österreich hergestellt werden, hinaufsetzte. Der Werkpreis für Hüttenweichblei wurde von 6600 auf 8700 Schilling je Tonne erhöht und der für Hüttenroh-zink von 8000 auf 9500 Schilling. Über die Erhöhung des Preises für Elektrolytkupfer sind noch Verhandlungen im Gange.

Jurany & Wolfrum

Wien XX, Pasettistraße 29/31 — Telefon A 42-5-20

Zweigwerk Pinsdorf bei Gmunden, O. Ö.

konstruiert und erzeugt Schnitt-, Stanz-, Zieh- und Biegewerkzeuge für Massenproduktion, kurzfristig

Verringerung von Verdienst und Produktion?

Gedanken zum Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes

In der Publizistik über sozialpolitische Fragen hat sich der nicht so sehr durch die Arbeitnehmerseite, sondern durch deren Interessenvertretung geübte Brauch eingebürgert, die Unternehmenseite der völligen Verständnislosigkeit gegenüber den Bedürfnissen einer fortschreitenden Sozialpolitik zu bezichtigen. Alle Sozialreformen seien gegen „dauernden und zähen Widerstand durchgesetzt“ worden. Abgesehen von der Tatsache, daß es billigerweise weder dem einzelnen Unternehmer noch den Unternehmerorganisationen verwehrt werden kann, gestellte Forderungen auf ihre wirtschaftliche Erfüllbarkeit zu prüfen, spricht die Wirklichkeit nur allzu deutlich gegen das aus naheliegenden Gründen immer wieder zu Unrecht beschworene Zerrbild des angeblich fortschrittsfeindlichen Unternehmers.

Allen Teilnehmern an internationalen Konferenzen ist es bekannt und internationale Vergleiche beweisen es unwiderleglich, daß das kleine von Kriegs- und Nachkriegsereignissen schwer betroffene Österreich, das ohne Auslandshilfe nicht einmal den heutigen Lebensstandard aufrecht erhalten könnte, in sozialpolitischer Hinsicht seine schon vor 1938 innegehabte Spitzenstellung weiter ausgebaut hat. Die österreichischen Arbeiter erfreuen sich heute des längsten bezahlten Urlaubes, den die Urlaubsgesetzgebung der ganzen Welt kennt, sie haben elf bezahlte Feiertage im Jahr und genießen durch die Sozialversicherung jenen Schutz gegen Krankheit und Alter, der der Arbeiterschaft in vom Kriege und seinen Folgen viel weniger betroffenen europäischen Ländern noch nicht zugebilligt werden konnte.

Auch die Unternehmenseite kann mit wohlberechtigtem Stolz darauf hinweisen, an diesem beispielhaften Gebäude der österreichischen Sozialpolitik mitgebaut zu haben, nicht nur durch Aufbringung der Mittel, sondern auch durch aufgeschlossene sachliche Mitarbeit im Grundsätzlichen. Es mag vielleicht optisch einen Fortschritt bedeutsamer erscheinen lassen, wenn er als Produkt des Kampfes gegen kurzfristigen Widerstand bezeichnet wird; so erscheint doch endlich einmal — da doch in unserem Jahrhundert die soziale Frage überwiegend im industriellen Bereich ausgetragen wird — die offene Feststellung geboten, daß auch die industriellen Unternehmer mit Genugtuung auf ihre stets positive Mitarbeit an sozialem Fortschritt hinweisen können. Insbesondere der österreichische Industrielle ist ein Befürworter des sozialen Fortschrittes in der richtigen Erkenntnis, daß aus dem sozialen Frieden wirtschaftlicher Fortschritt entspringt. Diese Haltung verpflichtet aber — selbst unter der Gefahr neuerlich und absichtlich mißverstanden zu werden — darauf hinzuweisen, daß jede sozialpolitische Maßnahme nach Überschreitung eines Optimums gerade jene schädigt, die sie schützen soll.

Dieser Gedanke wurde schon anlässlich der Besprechung des Jugendbeschäftigungsgesetzes geäußert (siehe Nr. 44 der „Industrie“ vom 30. Oktober 1948). Die damals ausgesprochenen Befürchtungen haben sich bewahrheitet und man beschränkt sich heute darauf, die Industrie immer wieder zur verstärkten Einstellung von jugendlichen Arbeitskräften aufzufordern, ohne auch nur den Versuch zu machen, die diesem prinzipiell berechtigten Verlangen entgegen-

stehenden und selbstgeschaffenen Hindernisse zu beseitigen. Da nun in einer weit wichtigeren Frage eminente Gefahr besteht, wiederum das wirtschaftlich gerade noch vertretbare soziale Optimum zu überschreiten, soll nicht verfehlt werden, öffentlich, sachlich und mit größter Eindringlichkeit zu warnen, ehe es zu spät wird und ein nicht wieder gutzumachender Schaden entsteht.

Der zweite umgearbeitete Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes, der bereits dem Ministerrat vorgelegt wurde, sieht noch immer für Frauen eine grundsätzliche wöchentliche Maximalarbeitszeit von 44 Stunden vor. Ausgenommen sind jene „Wirtschaftszweige, in denen überwiegend männliche Dienstnehmer beschäftigt sind, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, innerhalb der übrigen Wirtschaftszweige „Betriebe und Betriebsabteilungen, in denen überwiegend männliche Dienstnehmer beschäftigt sind, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben“. Diese letztgenannten Wirtschaftszweige sollen durch Verordnung bestimmt werden.

Vorerst ist festzustellen, daß diese Vorschläge hinsichtlich Verkürzung der Frauenarbeitszeit von der völlig unzutreffenden Annahme ausgehen, daß der Kreis der dadurch betroffenen „Wirtschaftszweige“ verhältnismäßig gering ist. Die „erläuternden Bemerkungen“ zählen als „Wirtschaftszweige mit überwiegender Frauenbeschäftigung“ die folgenden auf: Textilgewerbe; Schneiderei, Näherei, Kleider- und Wäscheherzeugung; sonstige Bekleidungsgewerbe; Tabakindustrie.

Wenn man also von vornherein die Textilindustrie mit zirka 60.000, die papierverarbeitende Industrie mit zirka 9000 und die Schuhindustrie mit zirka 7000 Beschäftigten, weiters die Schwachstromindustrie, verschiedene Zweige der Nahrungsmittelindustrie (Süßwarenindustrie usw.) — alles Branchen mit überwiegender Frauenbeschäftigung — vernachlässigt, dann ist es nicht verwunderlich, wenn bedenkenlos einer Arbeitszeitverkürzung das Wort geredet wird.

Abgesehen davon, daß nach der noch geltenden Arbeitszeitordnung für Frauen und Männer die gleiche Arbeitszeit gilt, soll nicht verschwiegen werden, daß schon einmal der — allerdings mißglückte — Versuch gemacht wurde, grundsätzlich die 44-Stundenwoche für Frauen einzuführen. Es geschah dies durch das Achtstundentagsgesetz vom 17. Dezember 1919, dem aber schon nach acht Monaten die Ausnahmeverordnung vom 28. 7. 1920 folgte, welche die kollektivvertragliche Möglichkeit der gleichen Arbeitszeit für Männer und Frauen brachte. In den seither vergangenen 30 Jahren hat lediglich eine Branche mit überwiegender Frauenbeschäftigung, nämlich die Kunstblumen- und Schmuckfedernindustrie, kollektivvertraglich die 44-Stundenwoche für Frauen vereinbart.

Nun wird der schon einmal mißglückte Versuch wiederholt, die Kosten dieses wiederum zum Mißlingen verurteilten Experimentes wären aber für die Allgemeinheit wesentlich höher als vor 30 Jahren. Die Verfechter einer Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen glauben, im Interesse der weiblichen Dienstnehmer zu handeln. Es scheint, daß man dabei von einem Trugschluß ausgeht und den



hochwertige
ELEKTRISCHE
MESSGERÄTE

Anschlußwert-
Leistungsmesser

NORMA
FABRIK ELEKTRISCHER MESSGERÄTE
WIEN XI/79, FICKEYSSTRASSE 1-11

An unsere Abonnenten!

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegen Erlagscheine zur Einzahlung des Abonnements für das letzte Vierteljahr 1950 bei. Die Steigerung aller Produktionskosten hat es notwendig gemacht, daß auch unser Verlag, ebenso wie schon vorher die übrigen Fachzeitschriften, eine Erhöhung des Bezugspreises vornimmt, der seit drei Jahren unbeschadet des seither erfolgten allgemeinen Preisanstieges unverändert geblieben ist.

Das Abonnement beträgt nunmehr ab 1. Oktober d. J. für das Vierteljahr S 40.—.

Die Verwaltung.

weiblichen Dienstnehmern ein privilegium odiosum aufbürdet.

Unbestreitbar ist, daß bei Wahrung des Grundsatzes: „gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung unter gleichen Voraussetzungen“ in den umliegenden Staaten die Arbeitszeit für Männer und Frauen grundsätzlich gleich ist. Es ist also die im Entwurf vertretene Auffassung vereinzelt und kann nicht als ein durch die Eigenart der weiblichen Körperkonstitution bedingtes sozialmedizinisches Postulat aufgefaßt werden. Überdies ist der vorliegende Gesetzentwurf in seinem Kompromißstreben unlogisch aufgebaut, da es nicht einzusehen ist, warum eine Frau in Branchen, in denen die Beschäftigung von Männern über 18 Jahre überwiegt, 48 Stunden arbeiten soll, während im anderen Fall die 44-Stundenwoche als erstrebenswertes Ziel hinstellt. Es darf doch nicht übersehen werden, daß in der Regel in Betrieben, die mehr männliche als weibliche Dienstnehmer aufweisen, schwerere körperliche Arbeit geleistet wird als in Betrieben mit überwiegender Frauenbeschäftigung. Die 44-Stundenwoche würde daher hauptsächlich in jenen Branchen zur Geltung kommen, in denen von vornherein leichtere Arbeit verrichtet wird, wie in der Textil-, der papierverarbeitenden und Lebensmittelindustrie, während für Frauen in der Eisen- und Metallwarenindustrie weiterhin die 48-Stundenwoche gelten würde.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß die weiblichen Dienstnehmer ohne weiteres bei der angeblich in ihrem Interesse einzuführenden Arbeitszeitverminderung eine rund achtprozentige Verdiensteinbuße auf sich nehmen werden, da gerade von Gewerkschaftsseite immer wieder darauf gepocht wird, daß Senkungen des Reallohnes unerträglich seien. Es wird aber niemand ernsthaft glauben, daß die betroffenen Industriezweige, deren Produktivität — wie noch ausgeführt werden soll — auf gesetzlichem Weg vermindert werden soll, bei sinkender Produktivität und Exportfähigkeit erhöhte Lohnkosten auf sich nehmen können, wenn etwa der Versuch gemacht werden sollte, den durch die Verminderung der Arbeitszeit eingetretenen Lohnverlust bei den Frauen durch Lohnerhöhungen wettzumachen.

In den betroffenen Branchen hängt die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter und in weiterer Folge jene der Meister und Meistergehilfen mit jener der weiblichen Dienstnehmer derart zusammen, daß eine Kürzung der Frauenarbeitszeit eine analoge Kürzung für die Männer aus technischen Gründen zur Folge hätte. Die männlichen Dienstnehmer würden in diese Änderung des Dienstvertrages nur dann einwilligen, wenn ihnen ein Ausgleich für den verminderten Verdienst gewährt wird; wenn diesen Forderungen nicht Rechnung getragen werden kann, ist ein Abwandern der Meister, Professionisten und der sonstigen qualifizierten Arbeiter in jene Industriezweige zu befürchten, die infolge längerer Arbeitszeit eine erhöhte Verdienstmöglichkeit bieten.

Aus allen diesen Gründen erscheint also eine Verkürzung der Frauenarbeitszeit in einzelnen großen Industriezweigen auch im Interesse der Frauen abwegig. Wenn schon — wie in allen anderen Ländern — sozialmedizinische

Gründe nicht gegen die gleiche Arbeitszeit für Frauen und Männer sprechen, dann sollten die arbeitenden Frauen, die sich ansonsten die Gleichberechtigung in der Entlohnung mit den Männern gesichert haben, nicht Ausnahmen in der Arbeitsdauer anstreben. Wenn auf diese Art die Frauenarbeit produktionsverteuernd wirkt, könnte sich das Kuriosum ergeben, daß in den Branchen, die bisher überwiegend Frauenbeschäftigung aufwiesen, verstärktes Gewicht auf die Einstellung männlicher Arbeitskräfte gelegt wird.

Wirtschaftliche Erwägungen lassen in allerdringlichster Form davor warnen, überstürzte Maßnahmen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung anzuwenden. Die Produktionsverminderung bei Kürzung der Arbeitszeit sei nur in der zu ungefähr 60 Prozent Frauen beschäftigenden Textilindustrie mit einem Gesamtbeschäftigtenstand von zirka 60.000 Arbeitnehmern beleuchtet. Die Textilindustrie arbeitet insbesondere in der Spinnerei überwiegend im Akkord. Eine Verminderung der Arbeitszeit bedingt also einen zirka 10%igen Produktionsausfall, da bei Akkordarbeit das sonst häufig ins Treffen geführte Argument — bei verkürzter Arbeitszeit werde eine höhere Produktivität erreicht — wegfällt. Dieser 10%ige Produktionsausfall würde sich überdies, von der Spinnindustrie ausgehend, bei den Webereien, Wirkereien und Strickereien progressiv auswirken. Die österreichische Textilindustrie ist nach den umfangreichen Maschinenverlusten durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse schon heute im Export kaum mehr konkurrenzfähig. Es wird nachweisbar vielfach zu Preisen exportiert, die einen Regreß bei den Inlandspreisen notwendig machen. Eine weitere Verminderung der Exportfähigkeit auf den Weltmärkten würde gerade die Textilindustrie in nicht mehr zu verantwortender Weise treffen. Ähnlich liegen die Dinge in fast allen Branchen mit überwiegender Frauenbeschäftigung.

Schließlich gibt es noch Branchen, bei denen die Eigenart des Produktionsvorganges — chemische Prozesse usw. — eine 48stündige Wochenarbeitszeit notwendig machen. Diese Branchen müßten also — wenn sie die Genehmigung erhalten — wöchentlich bei den Frauen 4 Stunden mit 50 Prozent Überstundenzuschlag bezahlen. Dies würde natürlich bei gleichbleibender Produktion starke Preisauftriebstendenzen zeitigen.

Niemand, der es mit der österreichischen Wirtschaft und damit mit der Zukunft des ganzen österreichischen Volkes gut meint, kann sich verhehlen, daß es eine Lebensnotwendigkeit ist, die Produktion zu erhöhen, die Kosten zu senken und im Endeffekt den Export in beträchtlicher Weise zu steigern. Diese unbestrittene Lebensnotwendigkeit sollte aber gefährliche Experimente von vornherein vermeiden lassen und die Industrie hält es für ihre Pflicht, ihre warnende Stimme zu erheben, ehe nicht wieder gutzumachender Schaden entsteht. Wenn unsere technische Ausrüstung auf den Stand jener Länder gebracht sein wird, mit deren Erzeugnissen wir auf dem Weltmarkt in schärfster Konkurrenz stehen, dann kann die Frage einer gleichmäßigen Verkürzung der Arbeitszeit für Männer und Frauen neuerlich zur Diskussion gestellt werden. Bis dahin sollte man sich damit begnügen, den Interessenvertretungen der Dienstgeber und Dienstnehmer — wie schon seit 30 Jahren bewährt — die kollektivvertragliche Möglichkeit zu geben, die Regelung der Arbeitszeit innerhalb des Rahmens der 48-Stundenwoche den Erfordernissen des Wirtschaftszweiges anzupassen.

D. H. H.

KETTENRÄDER- U. ELEVATORENFABRIK

Franz KOHMAIER & Co.

Wien V, Fendigasse 14, Telefon A 30-2-80

Kettenräder aller Art, Zahnräder, Kegelhäder, Schnecken u. Schneckenräder sowie alle einschlägigen Maschinenelemente, alle Arten von Elevatoren und Transportanlagen für Massengüter.

798 a

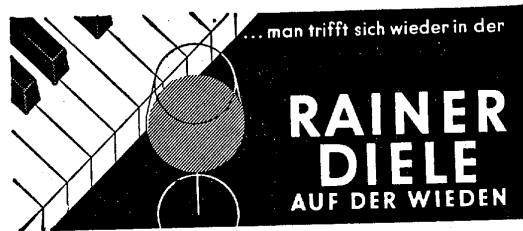
Das europäische Zahlungsabkommen in Kraft

Vor einigen Tagen erfolgte ein Akt, der für die weitere wirtschaftliche Gestaltung Europas von grundlegender Bedeutung ist. Bereits zu Anfang Juli wurden die Verhandlungen über die europäische Zahlungsunion fertiggestellt. Verschiedene Umstände haben die Unterzeichnung jedoch bis in die letzten Tage hinausgezögert. Vor allem war die Bewilligung der Marshall-Fonds für 1950/51 und die Bereitstellung des in der Vereinbarung vorgesehenen Anfangskapitals in Dollar erforderlich. Die ersten Clearings im Rahmen der europäischen Zahlungsunion werden in diesen Tagen erwartet. Sie umfassen den Zahlungsausgleich für die Periode Juli–September 1950. Sowohl das Vereinigte Königreich als auch Frankreich erwarten sich einen Überschuss aus diesen Transaktionen unbeschadet der Importkampagne, die vor allem für Lebensmittel nach Großbritannien in diese Periode fällt. Verschiedene Fragen bleiben noch offen, so die Auseinandersetzung über Schuldverhältnisse zwischen Großbritannien, Dänemark, Frankreich und Italien. Man erwartet hier ebenfalls zufriedenstellende Arrangements. Verschiedene kleinere Sterlingguthaben (in Belgien, Portugal, Schweden usw.) bleiben vorläufig noch offen. Der britische Antrag auf automatische Transferierbarkeit der Guthaben zwischen den OEEC-Ländern, die sich dieser Begünstigung noch nicht erfreuen, konnte bisher nicht erreicht werden, so daß neun von den sechzehn Staaten, die an der OEEC-Vereinbarung teilnehmen, nur die sogenannte „administrative Übertragbarkeit“ genießen. Es bleibt also, wie nicht anders zu erwarten, noch eine große Menge von Arbeit zu leisten, bis das Ziel der völligen Freizügigkeit zwischen den europäischen Währungen erreicht ist. Der Weg zu diesem Ziele aber liegt klar und offen vor uns. Je wirkungsvoller die einzelnen Staaten ihre innerwirtschaftlichen Probleme lösen, desto erfolgreicher werden sie in der großen zwischenstaatlichen Gestaltung abschneiden.

Höchstpreise für Wolle?

Der Umschwung in Korea verursachte zu Beginn der abgelaufenen Woche auf den Waren- und Finanzmärkten eine optimistische Welle, die in New York bei stark anziehenden Effektenkursen zu Abschwächungen in der Hausse der Verbrauchsgüter führte und Rückgänge auf dem Pariser Goldmarkt zur Folge hatte. Der Louisdor fiel innerhalb von Stunden um 100 Francs. Der Erscheinung war aber keine Dauer beschieden. Es zeigte sich, daß Korea heute nicht mehr der bestimmende Faktor im Wirtschaftsleben ist, sondern der Rüstungsbedarf, der sich vom Koreakrieg unabhängig gemacht hat.

Auf den Wollmärkten ereignete es sich zum erstenmal, daß nicht mehr alle Preise wahllos hingenommen werden. In Kapstadt blieb angebotene Ware liegen, weil sie zu teuer war. Die Preise vom Mittwoch gingen um 5 bis 10 Prozent unter die vom Dienstag zurück. In Brisbane und Adelaide ermäßigten sich die Preise gegenüber den Rekordhöhen vom Montag und Dienstag um 5 Prozent. Als Grund dafür wird das Herannahen der für den 2. Oktober angesetzten internationalen Wollkonferenz in London angegeben, von der einschneidende Maßnahmen erwartet werden. Man rechnet stark mit der Festsetzung von Höchstpreisen und erwartet, daß die Vereinigten Staaten zur Sicherstellung des Rüstungsbedarfes an Stelle der freien Auktionen ein Zuteilungssystem beantragen werden, wodurch unter anderem die Abwanderung von Wolle nach Rußland eingeschränkt werden würde. Englische Wollfachleute äußerten die Ansicht, daß sich die Preise unter dem Einfluß eines solchen Zuteilungssystems um durchschnittlich 10 Prozent senken würden. Auf den Londoner Auktionen von Dominionwollen scheinen derartige Erwägungen keine Rolle gespielt zu haben. Sie verzeichneten bei Preisen,



Zum 5-Uhr-Tee und abends bei Pianist Armin Sommer

die um 50 bis 85 Prozent über denen vom Juli lagen, den bisher größten Käuferandrang.

Rohgummi ermäßigte sich zu Beginn der Woche auf Nachrichten von der Belegung des Streiks in Indonesien um 2 Pence, erreichte aber bald wieder seinen alten Stand von 4 s 1 d das Pfund. Zinn näherte sich nach vorübergehender Abschwächung wieder der 800-Pfund-Grenze. Die britischen und amerikanischen Ölkonzerne erhöhten die Preise für Rohöl und sämtliche Ölprodukte, Wolfram setzte seinen ununterbrochenen Preisanstieg fort.

Auf dem Baumwollmarkt verursachte eine Meldung Beunruhigung, daß Washington für das laufende Fiskaljahr, das am 1. Juli begann, die Herabsetzung der Baumwollexporte mit Einschluß der ECA-Verschiffungen um 25 bis 30 Prozent beabsichtigt.

Die Kupferexporte aus den Vereinigten Staaten wurden dadurch praktisch zum Stillstand gebracht, daß das US-Handelministerium keine Ausfuhrbewilligungen mehr erteilt. Man glaubt, daß dies als erster Schritt zur Einführung einer Kontingentierung anzusehen ist.

Die deutschen Stahllieferungen nach den Vereinigten Staaten haben sich auf 20 Prozent der Gesamtproduktion erhöht. Diese entspricht jetzt einer Jahreserzeugung von 12,5 bis 13 Millionen Tonnen. Nach Ansicht der Sachverständigen könnte sie auf 14 bis 15 Millionen Tonnen gesteigert werden, wenn genügend Schrott aufgebracht werden kann.

Ein gewagtes Experiment

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

London, den 26. September 1950.

Die Ankündigung der Labourregierung, daß sie die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie schon zu Beginn des nächsten Jahres durchzuführen gedenkt, ist, wie nicht anders zu erwarten, auf heftigen Widerstand der Industrie und der beiden bürgerlichen Parteien gestoßen. Da es sich bei der Verstaatlichung nicht um ein rein wirtschaftliches, sondern auch um ein politisches Problem handelt, sind die dagegen erhobenen Einwände ebenfalls politischer und wirtschaftlicher Natur.

Wirtschaftlich wird geltend gemacht, daß die Korea-Krise und die Rüstungen den allerungeeignetsten Zeitpunkt für die Verstaatlichung einer Industrie bilden, mit deren Leistungen das ganze Rüstungsprogramm steht und fällt. Es wird auch darauf verwiesen, daß die Eisen- und Stahlindustrie in den letzten fünf Jahren unter privater Leitung einen solchen Aufschwung nahm, daß kein Grund zu einer Änderung bestehe, zumal man mit der verstaatlichten Kohlenindustrie keine ermutigenden Erfahrungen gemacht habe. Die Leistungsfähigkeit der Industrie wurde noch vor kurzem so günstig beurteilt, daß man trotz der Rüstungsanforderungen für die nächste Zeit ohne behördliche Eingriffe in die Produktion und ohne Kontrollmaßnahmen irgend welcher Art auszukommen hoffte. Die Produktion nähert sich einem Stand von 16 Millionen Tonnen und soll innerhalb der nächsten zwei Jahre auf 17½ Millionen Tonnen gebracht werden.

Von der Verstaatlichung werden rund 100 Firmen erfaßt werden, also nur ein Teil der Industrie. Von den Walzwerken fallen 68 Prozent unter das Verstaatlichungsgesetz, von den Gußstahlwerken 23 und von den Schmieden und verwandten Betrieben 44,5 Prozent. Das ergibt einen Durchschnitt von 45 Prozent, während 55 Prozent der Industrie weiter in privaten Händen verbleiben sollen. Auch dies wird gegen die Verstaatlichung ins Treffen geführt. Es wird eingewendet, daß dadurch das Interesse der Rüstungen doppelt notwendige Einheitlichkeit und reibungslose Zusammenarbeit leiden wird. Es bestehe außerdem die Gefahr, daß die verstaatlichten Werke bei den Materialzuteilungen bevorzugt werden. In der Materialzuteilung haben sich inzwischen bereits Engpässe ergeben. In der Stahl- und Buntmetallindustrie von Warwickshire sind Stimmen laut geworden, die die Notwendigkeit der Einführung eines Prioritätssystems bei der Materialzuteilung betonen, bei dem die Rüstungsbedürfnisse an erster, die Dollarexporte an zweiter, die Commonwealthgebiete an dritter Stelle rangieren würden usw. Der zu Beginn der Rüstungsära an den Tag gelegte Optimismus hat sich also in der Praxis nicht als gerechtfertigt erwiesen. Die Gegner der Verstaatlichung ziehen daraus den Schluß, daß angesichts dieser schon bestehenden Schwierigkeiten Experimente um so mehr abzulehnen seien, während die Anhänger der Verstaatlichung das Gegenteil behaupten und den Ruf der Privatunternehmer nach einem Kontrollsystem als Rechtfertigung ihrer Politik ansehen.

Ein weiteres Argument gegen die Verstaatlichung ist die dadurch entstehende Unsicherheit. Der Führer der Opposition, Churchill, erklärte in der Sitzung des Unterhauses vom 19. September, daß die Konservativen, sobald sie wieder zur Macht kämen, das Verstaatlichungsgesetz aufheben würden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es schon durchgeführt sei oder nicht. Die verstaatlichten Betriebe würden dann auf jeden Fall den früheren Eigentümern zurückgegeben werden. Damit hatte die Regierung offenbar nicht gerechnet. Sie wollte ein fait accompli schaffen, und nun ist es keins. Da die Labour-Party nur über eine kleine Mehrheit verfügt und infolgedessen die Möglichkeit einer Niederlage im Parlament jederzeit gegeben ist, steht die ganze Verstaatlichungsaktion auf schwankender Grundlage. Die Regierung hat ernste Schwierigkeiten bei der Aufstellung eines aus Fachleuten zusammengesetzten staatlichen Direktoriums für die Leitung der von ihr zu übernehmenden Industrie. Männer, die in der Eisen- und Stahlindustrie bisher eine Rolle spielten, werden es sich überlegen, durch Annahme einer Stellung im staatlichen Direktorium ihre berufliche Zukunft zu gefährden, solange man nicht weiß, ob das Experiment von Dauer ist. Die Situation hat sich so zugespitzt, daß sie in Gefahr gerät, in ihren Kreisen als Renegaten angesehen zu werden, wenn sie sich zum Eintritt in das Direktorium überreden lassen.

Die Börse hat auf die Verstaatlichungsaktion relativ günstig reagiert. Im Gesetz ist vorgesehen, daß die Besitzer von Aktien der verstaatlichten Betriebe entweder nach dem durchschnittlichen Börsenkurs vom 1. bis 25. Oktober 1948 oder nach der Durchschnittsnotierung am 15. oder 16. jedes Monats in der Zeit von Februar bis Juli 1945 entschädigt werden, wobei in jedem Falle die höhere der beiden Notierungen in Anwendung zu bringen ist. Seit die Verstaatlichung für sicher gilt, paßt sich der Effektenmarkt ohne große Schwankungen der neuen Lage an. Da die Regierung die Aktien in festverzinslichen „goldgeränderten“ Obligationen ablösen wird, herrscht rege Nachfrage nach konvertierbaren Stahlaktien von Seiten der zahlreichen Institutionen, die festverzinsliche, mündelsichere Werte für Anlagen suchen. Die Nachfrage danach war immer größer als das Angebot. Andererseits stoßen die Aktienbesitzer, denen es um einen hohen Zinsertrag zu tun ist, ihre Papiere ab, um sie gegen andere Industriewerte, die von keiner Verstaatlichung bedroht sind, einzutauschen. Der Effekt am letzten Wochende war, daß beide sehr fest waren und die Verstaatlichungsaktien zum Teil sogar ihren Kurs verbessern konnten.

Steuer und Bilanz

Die notwendige Begrenzung des Geltungsbereiches der Lohnsummensteuer

Aus der schwierigen finanziellen Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reich und seinen verschiedenen Gebietskörperschaften ist es zu erklären, daß der örtliche Geltungsbereich der Lohnsummensteuer nicht gesetzlich festgelegt wurde, sondern daß derartige Anträge der einzelnen Gemeinden von der Zustimmung der „Aufsichtsbehörde“ abhängig waren. Die Lohnsummensteuer stellte nun von Anbeginn eine Besteuerungsform dar, die auf Gemeinden mit großer Bevölkerungszahl und stark entwickelter Industrie beschränkt bleiben sollte. Die Grenzen waren aber im einzelnen immer fließend. Seit der Einführung des deutschen Steuerrechtes in unserem Gebiete waren daher ständige Meinungsgegensätze vorhanden, da immer neue Gemeinden diese Einnahmsquelle für sich in Anspruch nehmen wollten. Dieser Uebelstand hat sich durch die Aufnahme der deutschen Gewerbesteuerbestimmungen in das österreichische Steuerrecht nur noch verschärft, da der bisherige Instanzenzug wegfiel und der österreichische Verwaltungsapparat anders als der reichsdeutsche aufgebaut ist.

Die Tendenz zur Ausweitung des Geltungsbereiches auf immer neue Gemeinden ist in letzter Zeit in einer geradezu gefährdenden Weise angewachsen. Das Finanzausgleichsgesetz 1948 (Bundesgesetz vom 21. Jänner 1948, BGBl. Nr. 46) hat in § 9, Abs. 1 die Gewerbesteuer und somit auch die Lohnsummensteuer unter die ausschließlichen Landes- bzw. Gemeindeabgaben eingereiht und in Punkt 10 verfügt, daß die Gemeinden die Hebesätze innerhalb bestimmter Grenzen selbständig festsetzen.

Es war anzunehmen, daß neben dem Finanzausgleichsgesetz 1948 noch die Vorschrift des deutschen Gewerbesteuergesetzes weiter bestehe, die die Neueinführung der Lohnsummensteuer an die Zustimmung der Aufsichtsbehörde bindet. Der Verwaltungsgerichtshof entschied nun in einem auf Veranlassung der Vereinigung Österreichischer Industrieller durchgeführten Musterprozeß in entgegen gesetztem Sinne. Daraus ergibt sich, daß auf verwaltungsrechtlichem Wege in dieser Angelegenheit nicht weitergegangen werden kann, daß diese vielmehr durch ein Gesetz entschieden werden muß. Da das Ausmaß der Einführung der Lohnsummensteuer durch die Gemeinden weiterhin noch ständig zunimmt, und sich vielfach auf solche Orte erstreckt, in denen nur einzelne Industriebetriebe ihren Sitz haben, ist die baldige Erlassung eines Gesetzes erforderlich, wonach die Zustimmung zur Neueinführung der Lohnsummensteuer und die Festsetzung der Steuersätze wiederum den Ländern vorbehalten wird. Da gegenwärtig Verhandlungen über verschiedene Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes stattfinden, erscheint es zweckmäßig, diese wichtige Bestimmung in die allgemeine Novellierung einzubauen.

Ausfuhrvergütung und Ausfuhrhändlervergütung

Bekanntlich waren Zweifelsfragen darüber aufgetaucht, wie die bei Kompensationsgeschäften und ähnlichen Vorgängen den inländischen Exporteuren bewilligten und von den inländischen Importeuren in Schilling bezahlten Agioeträge einerseits umsatzsteuerlich, andererseits bei der Ausfuhrvergütung zu behandeln seien.

Das Bundesministerium für Finanzen hat in einem Erlass festgelegt, daß vereinnahmte Preiszuschläge (Agioeträge) in die Bemessungsgrundlage der Ausfuhrvergütung einzubeziehen sind. Der Erlass führt aus:

„Zur Vermeidung von Zweifeln wird eröffnet: Die den inländischen Exporteuren bei Kompensationsge-

schäften von den inländischen Importeuren gezahlten Preiszuschüsse (Aglobeträge) bilden ein zusätzliches Entgelt im Sinne des § 10, UStDB. 1938 und sind daher in die Bemessungsgrundlage der Ausfuhrvergütung und Ausfuhrhändlervergütung einzubeziehen."

Einhebung und Abfuhr der Besatzungsteuer

Es sind Unklarheiten darüber entstanden, wie infolge der Herabsetzung der Besatzungsteuer und bei Einführung eines Wohnhauswiederaufbau-Beitrages hinsichtlich der Abfuhr der Besatzungsteuer zu verfahren sei.

Nach einer von zuständiger Seite stammenden Mitteilung tritt in der Art der gegenwärtig üblichen Einhebung und Abfuhr des 20prozentigen Besatzungskostenbeitrages praktisch keine Änderung ein. Der Beitrag ist wie bisher von der

Lohnsteuer der Steuerpflichtigen in Höhe von 20 Prozent einzuheben und mit der Lohnsteuer an die Finanzämter abzuführen. Die infolge der Einführung des Wohnhauswiederaufbaubeitrages geänderte Aufteilung des Besatzungskostenbeitrages wird vom Finanzamt vorgenommen. Zur Einhebung eines etwa zusätzlichen 5%igen Wohnhauswiederaufbau-Beitrages liegt keinerlei Anlaß vor.

Erst vom 1. Juli 1951 an wird die Aufteilung zwischen Besatzungskostensteuer und Wohnhauswiederaufbau-Beitrag durch die Dienstnehmer vorzunehmen sein, und zwar entfallen 15 Prozent auf die Besatzungssteuer und 5 Prozent auf den Wohnhauswiederaufbau-Beitrag. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß von der Finanzbehörde vor dem oben erwähnten Zeitpunkt noch eine Durchführungsverordnung erlassen wird.

Außenhandelsdienst der „Industrie“

Ergebnisse der Triester Messe

Die zum ersten Mal auf internationaler Basis organisierte Triester Messe hat auf verhältnismäßig kleinem Raum für die Aussteller zwei große Messehallen und eine Anzahl behelfsmäßig konstruierter Leichtmetallbauten zur Verfügung gestellt, die den Anforderungen zunächst genügten. Der internationale Charakter wurde durch die Anwesenheit österreichischer, jugoslawischer, tschechoslowakischer und deutscher Aussteller gewahrt, von denen lediglich Österreich und Jugoslawien in Form geschlossener Ausstellungen auftraten. Die österreichische Beteiligung umfaßte 30 Firmen im eigenen Pavillon und neun Firmen außerhalb des Pavillons im Messegelände.

Für die Aussteller wurde im Rahmen eines besonderen Messeabkommens die Möglichkeit geschaffen, sowohl im Transitverkehr als auch mit Italien Geschäfte abzuschließen, wovon vom ersten Tage an Gebrauch gemacht wurde. Die beim Informationsdienst der Bundeskammer zur Befürwortung einlangenden Anträge überschritten in den meisten Fällen, besonders was die Schnittholz-, Papier-, Pappe-, Zellulose-, Holzwaren- und Maschinenkontingente betrifft, bei weitem die festgesetzten Wertgrenzen, so daß es notwendig wurde, am Schluß der Messe eine Aufteilung nach verschiedenen Gesichtspunkten vorzunehmen, die, nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt, den meisten Bewerbern einen gewissen Anteil sicherte. Besonders stark war die österreichische Importseite vertreten und es erscheint in der ganzen Organisation dieser Messe durch die Grazer Kammer begründet, daß dabei die steirischen und kärntnerischen Importeure den größten Anteil hatten.

Schwierigkeiten, das vorhandene Kontingent auszunützen, hatten die Aussteller von Kunst und Elektrokeramik, Christbaumschmuck, Dachpappe und Textilfertigwaren; diese Schwierigkeiten lagen vor allem in den zu hohen Preisen. Dadurch, daß auf der Gegenseite Artikel zum Zuge kamen, die ein gewisses Agio vertrugen, war es möglich, auch diese Kontingente bis Messeschluß noch zu verkaufen. Für die Transitschäfte erwies es sich nachteilig, daß das Abkommen so spät geschlossen wurde und daß die Zeit für den Triester Zwischenhandel zu kurz war, um die Angebote in die Levante und nach Übersee zu erstellen und noch rechtzeitig Antwort zu erhalten. Dadurch mußten einige Posten von Triester Exporteuren auf eigenes Risiko übernommen werden, ohne daß noch der Endabnehmer feststand. Bei kommenden Messen wird dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein, um zu verhindern, daß Transitzuschüsse notleidend werden.

Das Transitzgeschäft brachte für den österreichischen Aussteller ansonsten eine große Enttäuschung. Die angekündigten Kaufleute aus der Levante sind diesmal spärlich erschienen, d. h. bis auf einen Besuch einer libanesischen Delegation eigentlich überhaupt ausgeblieben. Im Verlauf der Messe stellte es sich heraus, daß die Triester Exporteure den Besuch von Übersee-Kaufleuten bei den ausländischen Ausstellern gar nicht gerne sehen, weil sie mit Recht be-

fürchten, daß dadurch ihr Transitzgeschäft leiden würde. Die Leitung der Triester Messe, der zum Vorwurf gemacht wurde, daß zu wenig ausländische Einkäufer erschienen seien, entschuldigte sich damit, daß das Reklamebudget eine stärkere Propaganda für die Messe in Übersee und besonders in der Levante unmöglich gemacht hatte. Es war geplant, ein eigenes Schiff zu heuern, und mit diesem die Interessenten aus der Levante nach Triest zu bringen. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge wohl so, daß die Triester Messedirektion, sowohl die Interessen der Triester Exporteure als auch der ausländischen Aussteller berücksichtigt und daher zwischen diesen beiden Standpunkten einen Ausgleich finden muß, um beiden gerecht zu werden. Von der Lösung dieses Problems wird es abhängen, ob die Triester Messe von Ausländern besucht wird, die dort den Levantekaufmann vorzufinden hoffen. Für das Italiengeschäft jedoch kann die Triester Messe die Konkurrenz mit Mailand nie aufnehmen.

Über den Rahmen des Messeabkommens hinaus sind nur wenige Abschlüsse getätigt worden. Das liegt darin begründet, daß die Messeabkommen die Möglichkeit vorsahen, durch einen Ausgleich, den der österreichische Importeur dem österreichischen Exporteur zu zahlen hat, die Geschäfte zu ermöglichen. Zu dem derzeit in Geltung befindlichen Effektivkurs von Lire 29,47 = 6.S. 1.— sind nur ganz wenige österreichische Exporteure in der Lage, Exporte nach Italien im Clearing zu tätigen. Deshalb bot die Triester Messe mit den besonderen Messeabkommen ein kleines Ventil, um den ins Stocken geratenen Handelsverkehr mit Italien vorübergehend etwas zu beleben.

Dkfm. K.

Vor schwierigen Deutschland-Verhandlungen

Die zuständigen deutschen Stellen haben sich bereit erklärt, einer Verlängerung des am 30. September 1. J. ablaufenden österreichisch-deutschen Handelsvertrages um einen Monat zuzustimmen. Dadurch ist für die Durchführung von Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages, der ab 1. November in Kraft treten müßte, ein größerer Spielraum gegeben. Der Termin für den Verhandlungsbeginn dürfte zwischen dem 15. und 20. Oktober liegen. So sehr also technische Schwierigkeiten zur Schaffung eines neuen Rahmens für den künftigen beiderseitigen Warenaustausch beseitigt erscheinen, tauchen andererseits ernste sachliche Probleme auf, die in einer einigermaßen befriedigenden Form gelöst werden müssen. Deutschland, das in der Liberalisierung der Einfuhren bisher weit voran war und Importe aus Österreich mit Ausnahme von Papier, Stahl und Holz auf raschestem Wege ermöglichte, plant eine Verengung der Liberalisierungslisten gegenüber Österreich, die keineswegs ohne Einwand hingenommen werden kann. Die deutschen Bestrebungen stützen sich u. a. darauf, daß die Liberalisierung von Einfuhren nach Österreich durch Devisenmangel unseres Landes in ihrem Wert vermindert würde. Bei den Handelsvertragsverhandlungen wird es jedenfalls notwendig sein, daß die österreichische

Fabrikswasserversorgung

Gesundheitstechnische Einrichtungen / Kanalisationen
Abwasserreinigung / Zentralheizungen

C. Korte & Comp.

Wien IV, Frankenberggasse 9
Gegründet 1868 / Telefon U 42-5-35 Serie

Delegation die Interessen unserer Exportwirtschaft mit entsprechendem Nachdruck vertritt.

Die Besprechungen mit Indien haben dieser Tage begonnen und dürften in ungefähr einer Woche zu einem ersprießlichen Ergebnis führen.

Der Export nach Irland

Österreichs Exporte nach Irland steigen in den letzten Monaten beachtlich an; diese Entwicklung dürfte auch in Zukunft andauern. Wie der ehrenamtliche Korrespondent der Bundeskammer für Irland, Ing. Dubsky, der „Industrie“ mitteilt, wäre es nötig, daß von österreichischer Seite, insbesondere von den Behörden ein gewisses Verständnis für die Exportwünsche Irlands aufgebracht wird und Importe irischer Waren so weit wie möglich erleichtert werden; denn der beiderseitige Warenverkehr weist einen beträchtlichen Aktivsaldo zugunsten Österreichs auf.

Irland hat mit wenigen Ausnahmen die Einfuhr aus Österreich restlos liberalisiert, so daß abgesehen von den Importquoten, die für einzelne Waren noch angewendet werden, österreichische Erzeugnisse jeglicher Art nach Irland ohne Bewilligung und Devisengenehmigung importiert werden können. Nach den Worten des ehrenamtlichen Korrespondenten besteht in Österreich für irische Waren mannigfaltiges Interesse. Irland ist vor allem in der Lage, Woll- und Baumwollstoffe, sowie Schafwolle, ferner verschiedene Lebensmittel wie Fische und Gefriereier zu liefern. Was die technische Durchführung der Importe von Irland nach Österreich betrifft, so sei aus den Klagen von Importeuren zu entnehmen, daß die Beschaffung von Importlizenzen und der Erhalt von Devisenzuteilungen bei den zuständigen österreichischen Stellen nach wie vor mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist.

Obwohl im Sommer ein österreichisch-irischer Handelsvertrag paraphiert wurde, spielt sich der Warenaustausch derzeit noch außerhalb dieses Vertrages ab, da eine Unterzeichnung des Abkommens noch nicht erfolgte. Praktisch dürfte sich durch sein Inkrafttreten nichts wesentliches ändern, der Vertrag zielt vielmehr auf eine größere Gleichmäßigkeit des beiderseitigen Handels ab. Ohne den Vertrag, der, wie die „Industrie“ seinerzeit berichtete, ein bestimmtes gegenseitiges Warenaustauschvolumen garantiert, hätte jedenfalls die Gefahr bestanden, daß Irland bei weiterer ungünstiger Entwicklung seiner Handelsbilanz gegenüber Österreich Schritte unternimmt, diesen Handel zu unterbinden.

Monopolgesellschaften und Ostgeschäft

Im Warenverkehr Österreichs mit den Oststaaten zeigt sich immer mehr, daß diese sich nahezu ausschließlich ihrer Monopolgesellschaften bedienen und daher eine verhältnismäßig starke Stellung gegenüber den einzelnen auftretenden österreichischen Exportfirmen einnehmen. Da sich infolge dieses Kräfteverhältnisses vielfach Nachteile für die österreichischen Unternehmungen ergeben, taucht neuerlich der Gedanke auf, auch auf österreichischer Seite Parallelorganisationen ins Leben zu rufen. Auf diese Weise wäre jedenfalls eine nachdrücklichere Vertretung der österreichischen Interessen im Handel mit den Oststaaten möglich; denn die Außenhandelsmonopolgesellschaften der Oststaaten würden sich einem gleich starken Partner gegenübersehen. Nach Ansicht von Kennern der Ostwirtschaft wäre die österreichische Stahlindustrie sowie die Stahl- und Eisenbauindustrie bei Schaffung von entsprechenden Exportzusammenschlüssen in der Lage, ihre Exportpreise besser zu behaupten und die Vorteile, die Österreich als Wechselwährungsland gegenüber den Oststaaten besitzt, in stärkerem Maße als bisher in Anspruch zu nehmen. Dabei ist an die Tschechoslowakei und Polen ebenso gedacht wie bei anderen Warengruppen an die übrigen Oststaaten.

Zollnachrichten

Zolltarifentscheidungen des Finanzministeriums

Die erhöhte Bedeutung, die den österreichischen Zöllen durch die Revalorisierung, welche mit der 4. Novelle zum Zollüberleitungsgesetz durchgeführt wurde, zukommt, läßt es notwendig erscheinen, die vom Bundesministerium für Finanzen seit dem Jahre 1945 getroffenen Zolltarifentscheidungen unserem Leserkreis zur Kenntnis zu bringen.

Es werden daher die bereits veröffentlichten, bzw. teilweise zur Veröffentlichung kommenden Entscheidungen nach Gruppen geordnet und mit den derzeit gültigen Zollsätzen versehen, soweit sie für die Industrie von Bedeutung sein können, in unserer Zollrubrik laufend mitgeteilt.

Wir beginnen mit den Gruppen Erdstoffe (Tarifklassen XIV—XVII) und Gespinnststoffe (Tarifklassen XVIII—XXII).

ZTE. Gegenstand: „Wadimex“ DeVe 4 A, eine Emulsion, bestehend aus 50 Prozent Erdölaspalt mit einer Dichte von weniger als 0,980/15° C, 45 Prozent Wasser und 5 Prozent Bentonite.

Nr. 11: Die Ware dient als Rostschutzmittel, Isolier- und Baumaterial.

Entscheidung: Asphalt- oder pechhaltig eals Schmieröl nicht verwendbare Rückstände von der Erdöl-, Braunkohlen- und Schieferterverarbeitung mit einer Dichte von 0,980/15° C und darunter der TNr. 125 a) zum Zollsatz von 9 GK für 100 kg. Begründung: § 22 (3) und (10) der Ver Zollungsordnung und Bem. (1) der Erläuterungen¹⁾ zu TNr. 125. (BMfFin. Zl. 92.100-13/48).

ZTE. Gegenstand: Schallplattenmasse, in Rechteckform (342×123 mm), eine etwa 3 mm dicke, schwarze, rohe Platte (Tafel), bestehend aus zirka 30 Prozent Schellack und Harz, zirka 8 Prozent Ruß, zirka 62 Prozent feinpulvriger, mineralischer Füllstoffe; Baumwollflocken sind in ganz geringer Menge vorhanden. Diese Schallplattenmasse wird zur Erzeugung von Schallplatten verwendet.

Nr. 46: Entscheidung: Harzzement der TNr. 118 b) zum Zollsatz von 2,50 GK für 100 kg Rohgewicht. Begründung: § 3 Zollgesetz, Bem. (7) zu TNr. 118 der Erläuterungen und § 1 Taraordnung. (BMfFin. Zl. 94.827-13/49).

ZTE. Gegenstand: Basisplatten (Trial Base) in der Stärke von 1,4 mm, fleischfarben, von trapezförmlicher Form, bestehend aus rund 67 Prozent Schellack und 33 Prozent mineralischen Füllstoffen und Farbe.

Nr. 59: Entscheidung: Harzzement der TNr. 118 b) zum allgemeinen Zollsatz von 2,50 GK für 100 kg Rohgewicht. Begründung: Bem. (7) zu TNr. 118 der Erläuterungen, sowie § 3 Zollgesetz. (BMfFin. Zl. 24.665-13/50).

*

ZTE. Gegenstand: Nylonfaser, unversponnene, rohe, ungefärbte Fasern aus stickstoffhaltiger Substanz (künstliche Proteinfaser). Die Fasern haben keine Gleichrichtung erfahren, sondern sind wattenartig verfilzt.

Nr. 8: Entscheidung: Seidenabfälle, ungesponnen, der TNr. 191, zollfrei.

Begründung: Allg. Bem. I C und II der Erläuterungen zu den Kl. XVIII bis XXI und Bem. (2) zu TNr. 191. (BMfFin. Zl. 73.713-13/48).

ZTE. Gegenstand: „Ideal“-Verbandbinde, ein nach Art der Gesundheitskreppe gewebtes, dehnbare Band, Kette aus scharf gedrehten, gewirnten Baumwoll- und Viskosegarnen. Schuß aus Viskose, Breite zirka 8 cm, Länge zirka 5 m. Die Ware gelangt in Rollen zur Einfuhr.

Nr. 29: Entscheidung: Halbseidene Bandwaren aus krepptartigen Geweben der TNr. 211a zu GK 1200,- für 100 kg.

Begründung: Bem. (6) zu TNr. 514 der Erläuterungen zum Zolltarif, allgemeine Bemerkung V, Ziffer 9, zu den Klassen XVIII—XXI und Bem. (1) zu TNr. 197. (BMfFin. Zl. 55.352-13/49.)

ZTE. Gegenstand: Einlagestoffe (Steifleinen als Schneiderzugehör), bestehend laut Angabe aus 45 Prozent Baumwolle, 6 Prozent Reißbaumwolle, 11 Prozent Ziegenhaar, 5,5 Prozent Zellwolle, 32,5 Prozent Reißzellwolle.

Nr. 34: Entscheidung: N. b. b. Halbseidengewebe, bunt gewebt, der TNr. 210 a) 2 zum Zollsatz von GK 700,- für 100 kg.

Begründung: Allg. Bem. I, 4 (1) bis (3) zu den Klassen XVIII—XXI und Bem. (4) der allg. Bem. zu den TNr. 197—213 der Erläuterungen. (BMfFin. Zl. 81.147-13/49.)

ZTE. Gegenstand: Plexon-Garn. Das vorgelegte Muster erweist sich als aus schwach gedrehten Fibrillen aus Kunstseide hergestellt, die mit einer starken Schichte Nitrozelluloselack überzogen sind.

Nr. 47: Entscheidung: Kunstseide gefärbt, einfach, der TNr. 194 b), nach näherer Beschaffenheit der Kunstseide.

Begründung: § 3 Zollgesetz und allg. Bem. V, 17 (1) zu den Klassen XVIII—XXI der Erläuterungen. (BMfFin. Zl. 91.143-13/49.)

¹⁾ Die Erläuterungen zum Zolltarif sind im Verlag J. A. Kitzler, Wien I, Uraniastraße 4, erschienen und dort erhältlich.

CONFIDENTIAL**Mitteilungen**

der Vereinigung Österr. Industrieller
Wien III, Stallplatz 4, Telefon U 17-5-70

Nächste Veranstaltungen

Die nächsten Veranstaltungen der Vereinigung werden wie üblich in der zweiten Oktoberwoche stattfinden. Am Dienstag, den 10. Oktober l. J. wird um 10 Uhr der Ausschuss für Sozialpolitik und um 15 Uhr der Ausschuss für Wirtschaftspolitik zusammentreten, während am Mittwoch, den 11. Oktober l. J. um 10 Uhr eine Vorstandssitzung und um 16.30 Uhr eine Mitgliederversammlung der Vereinigung abgehalten wird. Die Einladungen mit der genauen Tagesordnung werden noch rechtzeitig ergehen.

Jugendsektion

Die Wiener Jugendsektion der Industriellenvereinigung hat nach der Sommerpause ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und veranstaltet an jedem ersten Donnerstag im Monat eine Zusammenkunft, bei der nach einem gemeinsamen Abendessen ein Vortrag über ein aktuelles Thema und anschließend eine Diskussion stattfindet, während zwischen durch Betriebsbesichtigungen in Wien und Umgebung, dann Exkursionen in die Bundesländer usw. veranstaltet werden.

Söhne, Töchter und sonstige nahe Anverwandte von Mitgliedern der Vereinigung, welche der Jugendsektion noch nicht angehören und an den Veranstaltungen Interesse haben, werden eingeladen, sich mit dem Büro der Vereinigung österreichischer Industrieller, Wien III, Stallplatz 4, Tel. U 17-5-70 ins Einvernehmen zu setzen.

Bücher und Zeitschriften**Zeitschrift „Universum“**

Die technisch-naturwissenschaftliche Zeitschrift „Universum“, Wien IX., Frankgasse 4, Tel. A 28-3-21, in deren Verlag auch die in der Schweiz und im deutschsprachigen Ausland verbreitete Zeitschrift gleicher Art „Prisma“ erscheint, ist an der Publikation von technischen Neuheiten, wie Maschinen, Geräten, Erzeugnissen, Herstellungsverfahren und Patenten der österreichischen Industrie interessiert. Firmen, die Wert auf eine solche Publikation legen, mögen sich mit der Redaktion ins Einvernehmen setzen.

Firmennachrichten**Die neuzeitliche Heizung**

Unsere üblichen Zimmeröfen sind bekanntlich die größten Verschwender, da sie nur den geringsten Teil der Verbrennungswärme für die Raumheizung ausnützen können; der übrige, weitaus größere Teil entweicht ungenützt mit den Abgasen durch den Schornstein. Alle Bemühungen, eine durchgreifende Ände-

rung dieses Mißverhältnisses zwischen aufgewandter Heizkraft und Nutzleistung herbeizuführen, scheiterten an der Tatsache, daß der Zimmerofen als Wärmestrahler nur auf seiner kleinen Oberfläche mit dem schlechten Wärmeleiter Luft in Berührung kommt.

Eine ganz andere, unvergleichlich günstigere Ausnützung des Brennmaterials ergibt sich jedoch bei Anwendung der Zentralheizungsmethode, bei welcher die durch einen Heizkessel erzeugte Hitze an einen guten Wärmeleiter — in der Regel Wasser — mit nur geringen Verlusten abgegeben wird, der sie den wo anders aufgestellten Heizkörpern — Radiatoren genannt — zuleitet, die ihrerseits die Wärme aufnehmen, speichern und nach und nach an den zu beheizenden Raum restlos abgeben.

Diese naturbedingten Tatsachen verursachen eine derartige Ersparnis an Brennmaterial, daß die höheren Anschaffungskosten einer Zentralheizungsanlage schon nach kurzer Zeit amortisiert sind und hernach als reiner Nutzen verbleiben, ganz abgesehen von der Sauberkeit, Bequemlichkeit und leichten Regulierbarkeit einer solchen Anlage. Diese Vorteile machen sich um so mehr bemerkbar, je größer die zu beheizende Raumfläche wird, d. h., daß bei Wohnungen mittlerer Größe, bei denen die Beheizung mehrerer Räume in Frage kommt, dann nicht mehr Material aufgewendet werden muß, als zuvor ein Ofen im Hauptwohnraum verbraucht hat. Ueberdies kann bei solchen Zentralheizungen die Aufstellung des Kessels in einem Raum erfolgen, dem die Kesselwärme selbst noch nutzbar wird, zum Beispiel Küche, Vorzimmer, Badezimmer etc. Soll aber die Überlegenheit des Zentralheizungssystems voll ausgenutzt werden, muß auch der Heizkessel guter Konstruktion sein.

Eine der besten neuzeitlichen Einrichtungen hat auf diesem Gebiete die Kesselfabrik Otto Mader, Bregenz, mit ihrem „Allbrand-Sparkessel“ geschaffen. Dieses aus langjährigen Erfahrungen eines Meisterbetriebes hervorgegangene Erzeugnis hat nach Anmeldung zum Patent seinen Weg durch das ganze Bundesgebiet genommen und überall die von ersten Fachleuten gestellten Anforderungen restlos erfüllt. Eine Reihe von Gutachten (u. a. Technologisches Gewerbemuseum Wien) und Referenzen erhärten die hervorragenden Qualitäten dieser vorzüglichen Konstruktion, die sich durch sparsamsten Verbrauch von Heizmaterial aller Art, wie Koks, Kohle, Briketts, Holz, Torf und Öl ebenso auszeichnet, wie durch vollkommene Verbrennung der Rauchgase, durch mühelose Reinigung und verblüffend rasche Erwärmung des Heizwassers. Für die Übergangszeit sind die großen Typen mit einem verstellbaren Rost ausgestattet, der die restlose Ausnützung auch von kleinsten Brennstoffmengen gewährleistet. Neuartig sind die verschiedentlich gewünschten und bei Heizkesseln bisher noch selten angewandten Schüttelroste, die

Modellfachmann

50 Jahre alt, geprüfter Meister, gut versiert im Gebiet des Modellbaues, sowie Gießerei, prima Referenzen, dzt. in leitender Stellung, **sucht seine Stelle zu ändern** womöglich in einem größeren Betrieb. Unter „Modell u. Gießerei 1875“ o. d. Verw. d. Blattes

ein rasches und müheloses Absinken der Asche in die Aschenlade ermöglichen.

Interessant ist ferner auch für Gegenden mit verbilligtem Strombezug die bei dieser Konstruktion gebotene Möglichkeit bei reduziertem Heizbetrieb mittels elektrischer Zusatzheizung noch eine ausreichende Erwärmung sicherzustellen.

Bezeichnend für die Leistungsfähigkeit des Allbrand-Sparkessels ist die Feststellung der Versuchsanstalt des Technologischen Gewerbemuseums Wien, wonach dieser eine mittlere Heizflächenbelastung von 18.000 kcal pro Quadratmeter und Stunde erwies und kurzzeitig sogar eine Heizflächenbelastung von 21.500 kcal pro Stunde und Quadratmeter erreicht wurde. Während einer Versuchsdauer von 5 Stunden ergab sich ein mittlerer Kesselwirkungsgrad von 70%, bezogen auf Wärmeverlust im Wasser bei geringer Rauchfang-Zugstärke — zwischen 0,5 und 2 mm WZ — und sehr mäßiger Temperatur der Abgase. Diese Versuche bestätigen die Überlegenheit dieser Konstruktion gegenüber sonstigen handelsüblichen Kesseln gleicher Größe aus Gußeisen betreffs Wärmeleistung und rechtfertigen das lebhafteste Interesse, das sich allerorts für diesen besonderen Helfer in der Beheizungstechnik kundgibt.

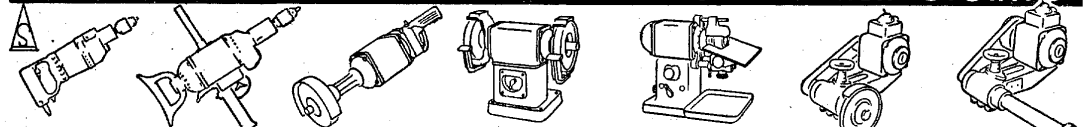
Die Firma hat in Anpassung an die verschiedenartigen Beheizungszwecke — für Wohnungen, Büros, Gaststätten, Siedlungshäuser, Villen, Gewächshäuser, Schulen, Spitäler und Fabriken — eine Anzahl von Typen herausgebracht, welchen allen die grundlegenden konstruktiven Vorteile gemeinsam sind und deren Anwendungsbereich von 60 m³ zu beheizenden Raumes bis 1500 m³ reicht, sodaß für jeden auftretenden Bedarf das entsprechende Modell zur Verfügung steht. Daraus, daß die kleinen Typen nur 6 kg Brennstoff fassen und auch die größten für Etagenheizungen nicht mehr als 35 kg benötigen, ist zu ersehen, wie außerordentlich vorteilhaft die Ausnützung der Wärmeenergie in diesem modernen Heizkessel vor sich geht, der einen erheblichen Fortschritt in der Lösung des Heizproblems darstellt.

STELLENGESUCHE**Chauffeur**

33 Jahre, mit 15jähriger strafloser und unfallfreier Fahrpraxis,

sucht Stellung

auf PKW, LKW, Fernlastzug oder Autobus. War bis jetzt selbständiger Lastautotransportunternehmer, deshalb aus Erfahrung bewußt, mit welcher Sorgfalt ein Fahrzeug geführt und gewartet gehört. Auf Wunsch eigene Luvree. Unter R 30-3-40.

elektro-WERKZEUGE · elektro-WERKZEUGMASCHINEN · elektro-**J. PETRAVIC & CO, FABRIK FÜR ELEKTROFEINMECHANIK, WIEN XVII.**

Die Grazer Messe und die Industrie

Von DDr. A. G. Maitz, Präsident der Grazer Messe

Die Messe ist heute eine der wirksamsten und modernsten Werbemethoden für jeden Wirtschaftszweig. Daß die steirische Industrie einen bedeutenden und lebenswichtigen Teil des österreichischen Industriepotentials ausmacht, ist eine unbestrittene Tatsache. Sie war es auch, die seinerzeit der entscheidende Faktor für die Einführung der Messe in der steirischen Landeshauptstadt war. Der natürliche Absatzmarkt für die heimischen Industrieerzeugnisse ist nun einmal der Südosten und er ist es heute mehr denn je. In einer Zeit, da die Transportkosten auf weiteren Strecken oft die Gesteungskosten der Ware überschreiten. Wieder steht die steirische und mit ihr die österreichische Industrie vor der Notwendigkeit, ihre Ware im Ausland abzusetzen, um das durch die Kriegsergebnisse geschrumpfte Volkvermögen zu mehren. Trotz vieler politischer und damit leider auch wirtschaftlicher Schranken kann die Bedeutung des südöstlichen Absatzmarktes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist daher die vordringlichste Aufgabe der Grazer Messe, diesen Bestrebungen entgegenzukommen und den Export heimischer Industrieprodukte zu fördern.

Es liegt auf der Hand, daß für einige dieser Erzeugnisse der Absatz so leicht ist, daß die Produktion, die auf Vollbeschäftigung läuft, nicht mehr zu leisten vermag. Es wird daher vielfach aus diesen Kreisen die Meinung hörbar, daß eine Werbung, besonders eine Messewerbung unnötig sei. Das mag auf der einen Seite richtig sein, es muß aber darauf verwiesen werden, daß eine Werbung sich niemals sofort auswirkt, sondern doch einige Zeit bis zur kaufmännischen Auswertung braucht. Diese Firmen sollten sich vor Augen führen, daß die Konkurrenz am Weltmarkt auf allen Gebieten im Ansteigen begriffen ist und nach wirtschaftlicher Erkenntnis der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo man sich auch in diesen Kreisen plötzlich vor

der Notwendigkeit einer intensiven Werbung sehen wird, um das in Jahren Versäumte nachzuholen. Eine Ausstellung auf der Messe ist auf jeden Fall eine Visitkarte, die von allen Firmen in repräsentativster Art überreicht wird und es ist erstaunlich, welch gutes Gedächtnis ernsthafte Interessenten und Großeinkäufer für die Aufmachung der einzelnen Ausstellungsobjekte und der mit ihnen auf den Plan tretenden Firmen bewahren.

Gerade auf dem Sektor der Industrie kann die Grazer Messe einen Großteil der bedeutendsten Firmen Österreichs zu ihren langjährigen Ausstellern zählen. Die Namen steirischer Industriefirmen haben internationalen Ruf. Viele dieser Firmen stellen in richtiger Erkenntnis des Wesens der Messe sogar auf mehreren internationalen Messen gleichzeitig aus, sie behalten jedoch gleichzeitig immer ihre Teilnahme an der Messe der steirischen Landeshauptstadt bei.

Auch die diesjährige Herbstmesse in Graz, die am 30. September 1950 durch den Herrn Bundeskanzler eröffnet wird, bietet wieder eine reiche Schau heimischer Industrieprodukte aller Art. Es ist bemerkenswert, daß auch ausländische Firmen besonders auf diesem Sektor Ausstellungsgüter aller Art hereinbringen, hauptsächlich Spezialmaschinen und geräte, die bisher in Österreich nicht erzeugt werden. Dies gilt besonders für Westdeutschland und Italien, während die Stärke des jugoslawischen Exportes in der Hauptsache auf gewerblichem und landwirtschaftlichem Gebiet liegt und auch in der repräsentativen Kollektivausstellung Jugoslawiens zum Ausdruck kommt.

So wird die kommende Grazer Herbstmesse mehr als zuvor ein besonders anschauliches Bild eines gut gewählten Sortiments aus den Industrieerzeugnissen Österreichs und der angrenzenden Länder sein, die das lebhafteste Interesse der Einkäufer und Besucher auf sich ziehen wird.

Aussichten der Grazer Herbstmesse 1950

Den Reigen der vielen Leistungs- und Musterschauen, die Österreich im Laufe dieses Sommers und Frühherbstes beschert wurden, beschließt die Grazer Herbstmesse 1950. Die Vorschauen, die wir an gleicher Stelle regelmäßig den Grazer Messen gewidmet haben, berichteten in den Vorjahren stets auch vom günstigen Fortschritt der äußerlichen Ausgestaltung der Objekte und Anlagen, die jeweils für eine Woche den Ausstellern ein Heim bieten. Schon die Vorarbeiten zur Grazer Frühjahrsmesse 1950 haben in schwungvollen Anstrengungen den bleibenden und sicherlich repräsentativen Rahmen geschaffen, der, nachdem im wesentlichen alle Kriegsschäden überwunden wurden, nun für die kommenden Messen, hoffentlich allen Anforderungen gewachsen, beibehalten werden wird. Diese Feststellung ist erfreulich. Sie mag auch im gegenständlichen Falle dafür, daß die Zeit des Improvisierens, der Beseitigung von Kriegsschäden usw. weitgehend abgeschlossen ist und wir uns nunmehr mit jenen Problemen auseinanderzusetzen haben, die jeder Volkswirtschaft in den Grenzen eherner wirtschaftlicher Gesetze gestellt sind.

Damit ist auch schon das Problem der kommenden Herbstmesse 1950 gekennzeichnet. Steht heute bereits wieder fest, daß die österreichische Industrie leistungsfähig ist, daß sich das Ausland auch im Herbst ds. J. an der Grazer Herbstmesse interessiert zeigt, so ist die Frage bis zur Stunde noch ungeklärt, ob sich alle Mühen der Veranstalter

sowie Kosten und Sorgen der Aussteller durch einen wirtschaftlich günstigen Abschluß dieser Messe rechtfertigen lassen. Wie die Dinge zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, liegen — ohne aber Prophet sein zu wollen — dürfte dies in ähnlicher Weise wie beispielsweise bei der Dornbirner Musterschau und bei der eben zu Ende gegangenen Wiener Messe der Fall sein.

Wie die Dinge liegen, darf angesichts der Tatsache, daß auch für die Herbstmesse 1950 nicht weniger als 900 Aussteller ihre Teilnahme zugesagt haben, mit einer großen Schau gerechnet werden. Erfreulich ist zweifellos auch, daß das Ausland hierunter stark vertreten ist. 60 bis 70 Aussteller aus dem Auslande werden ihre Erzeugnisse nach Graz bringen. Es ist notwendig geworden, die Kontingente für Auslandsabschlüsse, die sich schon im Frühjahr als bei weitem nicht ausreichend gezeigt haben, entsprechend zu erhöhen. So ist für den Messehandel mit Westdeutschland ein Kontingent von 19.000 Dollar festgelegt worden, für Italien ein solches im Ausmaß von 70 Millionen Lire und, sofern die diesbezüglichen Verhandlungen mit Jugoslawien zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können, für dieses Land ein Betrag von 7 Millionen Schilling in Aussicht genommen.

Betrachten wir kurz die Beschickung der Grazer Herbstmesse 1950 aus dem Auslande, so fällt ein ziemlich reiches Warenangebot aus Deutschland auf. Es sind Büro-

Freissler Wien X, Erlachplatz 2-4, U 46-3-72, baut, rekonstruiert und betreut **Aufzüge**

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitschrift liegt ein Prospekt über

CYCLO-VERVIELFÄLTIGUNGSPAPIER

Matthäus Salzers Söhne

bei, auf welchen wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

und, Rechenmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeug- und Metallverarbeitungsmaschinen und Zuckermaschinen und Waschmaschinen, die sicherlich das Interesse des Publikums finden werden. Zum ersten Male seit Kriegsende sind auch die Erzeugnisse der deutschen Fahrzeugindustrie durch Opel-Lieferwagen, NSU-Motorräder und einen Motorroller als dreirädriges Lieferfahrzeug nach Art der italienischen Vespa vertreten. Unter den interessantesten Neuanmeldungen aus Deutschland befindet sich eine Schweißmaschine, die nahtlos Nylon schweißt.

Ein besonderer Ruf geht den zur Ausstellung gelangenden deutschen Werkstoffen voraus. Hier ist vor allem ein nylonartiger Kunststoff zu erwähnen, der, wenn seinem Rufe Glauben geschenkt werden darf, Qualitäten aufweist, die Nylon hart zusetzen werden. Dieser Kunststoff soll unzerreißbar und vor allem nicht so leicht brennbar wie Nylon sein. Des weiteren soll ein Kunstleder gezeigt werden, das nicht nur qualitativ allen Ansprüchen gerecht zu werden scheint, sondern sich auch preislich als durchaus konkurrenzfähig zeigen soll. Es darf angenommen werden, daß alle diese deutschen Erzeugnisse reges Interesse finden werden und daß der früher erwähnte Betrag von 19.000 Dollar für bevorzugt abzuwickelnde Messegeschäfte wohl kaum ausreichen dürfte.

Italien ist vorwiegend wieder mit Textilien und Maschinen (Werkzeugmaschinen, Gefrorenesmaschinen, Schreib- und Druckereimaschinen) und der Vespa-Konkurrentin Lambretta (ebenfalls in Dreirad-Bauform) vertreten. Jugoslawien zeigt gleich wie auf der Frühjahrsmesse auch diesmal wieder in einer eigenen Schau vor allem Erzeugnisse der Nahrungsmittel- und Konservenindustrie, wogegen die industriellen Erzeugnisse des Landes zurückbleiben. Als Erweiterung gegenüber dem Frühjahr ist die Ausstellung von Parketten und Edelhölzern angekündigt. Vom übrigen Ausland ist die Teilnahme Englands, durch Ausstellung eines Elektrohandkarrens für schwere Lasten und der Schweiz durch ein Anbot von Uhren zu erwarten.

Wir haben der ausländischen Beteiligung an der Herbstmesse 1950 naturgemäß einen breiteren Raum gewidmet, weil diese Tatsache wahrscheinlich am besten erweisen dürfte, daß die angebahnte Entwicklung nicht nur keine Unterbrechung erfahren hat, sondern sich das Auslandsinteresse für diese Schau stets weiter entwickelt. Als günstiges Symptom darf angesehen werden, daß eine ganze Reihe von Ländern beschlossen hat, für die Teilnahme an der Grazer Herbstmesse Fahrpreismäßigungen im beträchtlichen Ausmaß zuzugestehen (Deutschland, Italien, Luxemburg, Polen). Es ist aber nur selbstverständlich, daß auch die österreichische Industrie mit einer Fülle von Erzeugnissen vertreten ist.

Alles was in der österreichischen Industrie Rang und Namen hat wird Waren zur Schau stellen, wobei ebenfalls einer Tradition der Grazer Messe folgend, die Landmaschinen-Industrie wieder den Löwenanteil stellen wird. Als eine erfreuliche Bereicherung darf angesehen werden, daß die Österreichische Alpine Montangesellschaft die erstmals sich an der Frühjahrsmesse beteiligt hat, auch im Herbst mit einem eigenen repräsentativen Stand aufscheinen wird. Sie wird Bergbaueinrichtungen zeigen und weiters Erzeugnisse ihrer Kärntner-Gesellschaften, wie Draht, Drahtstifte und Werkzeuge. Verständlich, daß die übrigen großen steirischen Firmen in ähnlicher Aufmachung sich ihren Abnehmern präsentieren werden.

Verlag, Eigentümer und Herausgeber: „Die Industrie“, Zeitschriftenverlags Ges. m. b. H., Chefredakteur Dr. Ernst Müller, verantwortlich für den Inhalt Redaktionskomitee: Dr. Ernst Müller und Dipl.-Ing. Rudolf Wenzl. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Walter Müller. Alle Wien VIII, Plaristengasse 17 — Druck: Mechtaristendruckerei, Wien VII, Mechtaristengasse 4.



BRUNNER VERZINKEREI BRÜDER BABLIK

Verzinkerei

Verbleierei — Verzinnerei

Verzinkte Bleche

Verbleite Bleche — Wellbleche

Eisenfässer

Drums — Verzinktes Stahlblechgeschirr

Bleirohre — Lötzinn

Zinkweiß

WIEN XVIII, SCHOPENHAUERSTRASSE 36

Telefon A 23-5-25, Telegramme „Zingagefer“
Fernschreiber 1791

Ein Novum bedeutet die Verkehrsausstellung, woran sich die steirischen Landesbahnen, die GKB, Speditionen, Personenfuhrwerks- und Lastenfuhrwerks-, Tankstellen und Garagengewerbe, sowie die Kraftfahrerschulen beteiligen werden. Hauptanziehungspunkt wird hier ein Großmodell eines gläsernen Motors in Betrieb sein. Die im Bau befindliche Schöckelseilbahn wird sich erstmals den Grazern durch ein in Betrieb befindliches Modell der gesamten Seilbahnanlage, sowie durch die bereits fertiggestellte Original Schöckelbahngondel zeigen. Ob die ERP-Ausstellung, die eben anlässlich der Triester Messe gezeigt wurde, nach Graz gebracht werden kann, steht zur Stunde noch nicht fest. Ein geeigneter Platz wurde seitens der Messeleitung für sie reserviert. Es bleibt zu hoffen, daß auch diese so wichtige Informationsquelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Die Grazer Messeleitung hat es seit jeher nicht damit bewenden lassen, dem großen Besucherkreis lediglich nur eine repräsentative Schau zu bieten. Sie hat wie immer so auch heuer ihr Augenmerk darauf gelenkt, daß auch ein gebührender Teil der ganzen Organisation dem Vergnügen und sonstigen Veranstaltungen vorbehalten bleibt.

Sind Sie schon Abonnent unserer Zeitschrift
„DIE INDUSTRIE“ ?

Bestellen Sie den regelmäßigen Bezug in der Verwaltung
Wien VIII, Plaristengasse 17 / Tel. A 21-0-50, A 29-4-98
oder in jeder Buchhandlung

Selste 16

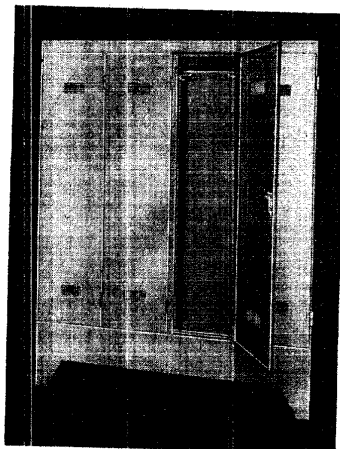
DIE INDUSTRIE / Nr. 39, 1950

Johannes Haag Aktien- gesellschaft Zentralheizungen

Gegr.
1847

Warmwasser- und Dampfheizungen jeder Art
Pumpenheizungen • Heißwasserheizungen • Fern-
heizungen • Luftheizungen • Be- und Ent-
lüftungsanlagen • Entnebelungsanlagen • Ab-
wärmeverwertungs-Anlagen

Wien VII, Neustiftgasse 98
Telephon: B 32-508 Serie



STAHLBAU M.&R.SIROKY

Wien III, Hauptstr. 155
Tel. U 18 2 99, U 12 0 15

58

Garderoben - Schränke
Werkzeugkasten, Wasch-
becken
Alle Konstruktionen

H/S

SPIRAL BOHRER

AUS
WERKZEUGSTAHL
SCHNELL-SCHNITTSTAHL
HOCHLEISTUNGSSTAHL
SONDERBOHRER FÜR
MESSING-ALUMINIUM
KUNSTSTOFFE ETC.

ERHÄLTICH IN
ALLEN EINSCHNEIDENDEN
WERKZEUG- UND
EISENHANDLUNGEN

H. SCHUSTER & CO.

KOMM. GES.
WIEN XVI, ODOAKERGASSE 28, TEL: A 29-5-60 SERIE
TELEGRAMM RAPIDBOHRER WIEN MOSSE CODE

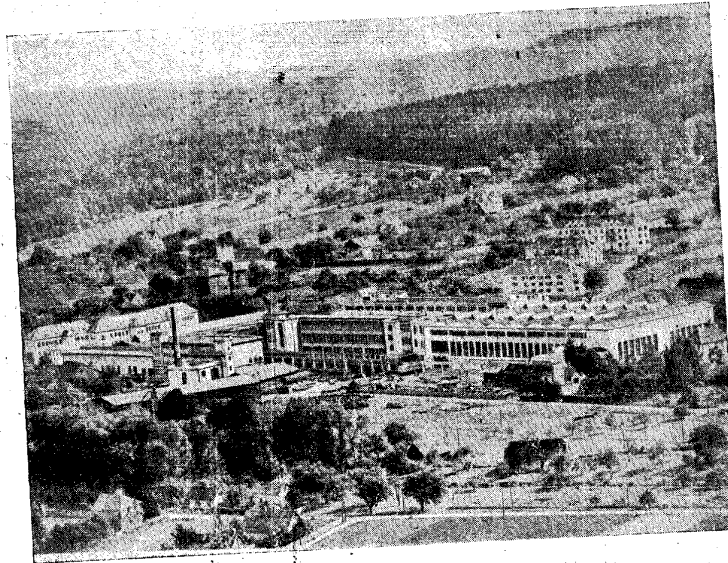
Puntigamer Beer

DIE INDUSTRIE / Nr. 39, 1950



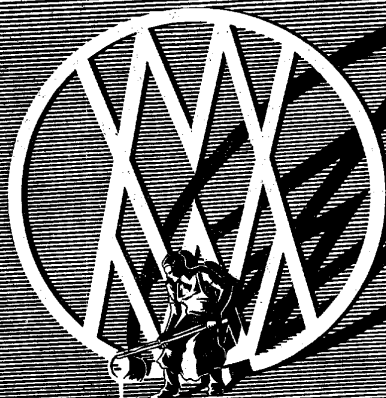
Gegründet 1893

MASCHINEN- UND TRANSFORMATORENFABRIK WEIZ



erzeugt:

Wasserkraftgeneratoren • Turbogeneratoren • Transformatoren • Regeltransformatoren • Elektromotoren • Straßenbahn- und Vollbahnmotoren • Lichtbogen-Schweißmaschinen und -Automaten • Schweißtransformatoren • Punktschweißmaschinen • Kombinierte Rohr-, Walz- und Schweißmaschinen



ALUMINIUMGUSS
ELEKTRONGUSS
SCHWERMETALLGUSS
KOKILLEN- u. SPRITZGUSS
KUNSTGUSS
SCHMIEDEBRONZEN
METALLWAREN
LAGERSCHALEN
LAGERMETALLE
SCHWEISS- u. LÖTSTOFFE

VEREINIGTE WIENER METALLWERKE

AKTIENGESELLSCHAFT

VERKAUF: WIEN IV WOHLLEBENGASSE 9 • TELEFON U 40-5-50

METALLWERK MÜLLERSDORF

Zentrale: Wien VII, Kaiserstraße 91, Tel. B 38-5-90 Serie

liefert preisgünstig

Rohre, Stangen, Profile aus Messing, Kupfer,
Bronze, Leichtmetall und Aluminium

899



EVVA-WERK

WIEN V, MARGARETENSTR. 121
TELEFON B 22 4 29

LIEFERT:

SICHERHEITS-ZYLINDER-
SCHLOSSER ALLER ART

EINSCHLUSSELANLAGEN



KÜHLER- UND METALLWARENFABRIK

GOLL UND DR. STROHSCHNEIDER

WIEN XX, STROMSTRASSE 26-28
Tel. A 41-5-30 Serie

liefert: Kühler für Kraftfahrzeuge, Traktoren, sta-
tionäre Motoren u. ä.

Eigene Kühler-Reparaturabteilung

Möbelbeschläge für jeden Geschmack

Möbelscharniere (auch Stangenscharniere)

Innendekorationsartikel (Wurfkarniesen)



»PRIMUS«

HANDFEUERLÖSCHER
FAHRBARE FEUERLÖSCHER
CO₂-FEUER-LÖSCHANLAGEN

ING. MAGG & CO.

GESELLSCHAFT M. B. H.

WIEN VI, MOLLARDGASSE 69

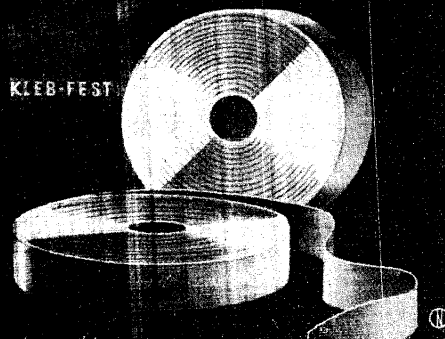
TELEFON B 24-0-07 UND B 26-2-61

TELEGRAMMADRESSE: ANTIGNEM

VERTRETUNG FÜR STEIERMARK IN GRAZ
ALFRED NAGEL, RANKENGASSE 39a

KLEBERROLLEN

KLEB-FEST



für Verpackungszwecke

GESCHMACK

KONWALLIN

WIEN XV, BRILLG. 23 TEL. A 36-501

Sparsam heizen mit

ALLBRAND SPARKESSEL

(Patent angemeldet)



schmiedeeisern, geschweisst, in eleganter viereckiger Form in 5 Normaltypen sowie nach Angabe hergestellt u. sofort lieferbar

Grosse Brennstoffersparnis Verlangen Sie Prospekte! für Installateure Sonderrabatte

W. Mader
BREMEN

Fichholzstrasse 10 Tel. 2955 durchgehend

IDEAL & IDEAL

RADIATOREN KESSEL

aus korrosionstestem Gußeisen werden seit nahezu 40 Jahren in unserem Werk **Wr. Neustadt** hergestellt

Die Lebensdauer dieser Fabrikate ist so gut wie unbegrenzt, weshalb sie für Installationen in industriellen Anlagen besonders qualifiziert sind

Lieferung und Verkauf durch Zentralheizungs-fachfirmen

Prospekte und Auskünfte durch:

NATIONALE RADIATOR GESELLSCHAFT
m.b.H.

Wien IV, Wiedn. Hauptstr. 23/25, Werk: Wr.-Neustadt
Telefon: U 43-5-24 Serie
Fernschreiber: 1854

Für Industrie und Technik

"Klingerit"
"Klingerit 1000"

KLINGER HOCHDRUCKDICHTUNG für Dampf-, Chemie- und Ölbetriebe

KLINGER SPEZIALDICHTUNG für Verbrennungsmotoren

KLINGER SPEZIALDICHTUNG für Säuren und Alkalien

KLINGER STOPFBÜCHSENPACKUNGEN für Dampf- und Hydraulik

KLINGER VENTIL störungsfrei, weil ohne Sitz, ohne Kegel

KLINGER PATENT-HÄHNE Type AB mit elastischer Dichtungsbuchse

KLINGER WASSERSTANDS-ANZEIGER für höchste Drücke und Temperaturen

KLINGER REFLEXIONS-WASSERSTANDS-PRESSHARTGLÄSER

KLINGER *Flexible* BREMS- UND KUPPLUNGSBELÄGE

RICH. KLINGER
AKTIENGESELLSCHAFT

GUMPOLDSKIRCHEN BEI WIEN
(AUSTRIA)



INGES KLIMATECHNIK

Planung und Ausführung
von
KLIMA-ANLAGEN
mit vollautomatischer Regelung
für
INDUSTRIE u. COMFORT

<p>TEXTIL- PAPIER- CHEMIE- TABAK- NAHRUNGS- MITTEL- FEINGERÄTE</p>	<p>THEATER, KINOS FILMATELIERS KRANKENHÄUSER RESTAURANTS, CAFÉS WARENHÄUSER VERSAMMLUNGS- RÄUME</p>
--	---

u. v. a. u. s. w.

Lufttechnische Anlagen
BERATUNG UND INGENIEURBESUCH
UNVERBINDLICH

INGES KLIMATECHNIK
DIPL.-ING. PAUL GESSNER
SPEZIALUNTERNEHMEN FÜR KLIMATECHNIK
WIEN II, LINZ-Zweigbüro
Obere Donaustraße 91 Hofgasse 9
Tel. A 46-4-86 Tel. 25-89-44

677



PRÄZISIONSFEDERN

FÜR ALLE INDUSTRIEZWEIGE von 0,15 bis 35 mm

FLORIDSDORFER
PRÄZISIONSFEDERNFABRIK

NOWAK & TOBISCH
WIEN XXI, JEDLESEER STRASSE 83



Wir liefern in bewährter Qualität und modernster Ausführung:

für **Bäckereien:** Teigbereitungsanlagen — automatische Brotteigteilmaschinen — Dampfbacköfen — Ölzylinderbacköfen — Elektrobacköfen für Wärmespeicherung und Zusatzheizung — automatische Backöfen „Turnus“ für Kleingebäck und Brot in jeder Größe für Elektr., Gas- und Ölzylinderheizung — automatische Gär- und Kühlanlagen.

für **Keksfabriken:** Kettenöfen in Stahlbauausführung für elektrische Heizung in jeder Länge. — Teigbereitungsanlagen, Keksausstechmaschinen — Vorlängmaschinen — Teigwalzen.

für **Teigwarenerzeugung:** Teigwarenschneckenpressen — Misch- und Knetmaschinen.

für **chem.-techn. Industrie:** Knet- und Mischmaschinen — hydraulische Pressen und Pumpen — Druckluftakkumulatoren.

Werner & Pfleiderer
WIEN XVI, Odoakergasse 35

Telephon A 22-0-89, A 29-4-63, B 43-4-84



JUTEX - WERK

FÜR KUNSTSTOFFVERARBEITUNG
DER HANF-, JUTE- UND TEXTIL-INDUSTRIE
AKTIEN-GESELLSCHAFT

WIEN

XXI, BRÜNNERSTRASSE 52

FERNSPRECHER:

A 60-4-07

A 60-4-02

A 60-2-43

DRAHTWORT:

JUTEX WIEN

ERZEUGNISSE:

Kunstharz-Preßteile

Verarbeitung aller Kunstharzpreßmassen zu Preßteilen jeder Art und Größe für Elektrotechnik, Maschinenbau und alle sonstigen Verwendungszwecke. Lieferung von Preßlingen aus hochfesten Sonderpreßmassen für mechanisch hoch beanspruchte Maschinenteile, Lagerbüchsen, Lagerschalen, Walzgerüstlager und ähnliche Zwecke. Herstellung von EB- und Trinkgeschirr aus geschmack- und geruchsfreien Preßmassen in allen Farben

Kunststoff-Spritzguß-Erzeugnisse

Spritzgußartikel aus allen Spritzgußmassen für alle Zwecke

Kunstharz-Hartgewebe

Kunstharz-Hartpapier

Platten beliebiger Dicke, Format ca. 1 m x 1 m und ca. 0,5 m x 0,5 m

Rohre mit beliebigen Innen- und Außendurchmessern, Erzeugungslängen ca. 1 m und ca. 0,6 m

Formenbau

Herstellung aller Preß- und Spritzformen (ausschließlich für Verwendung im eigenen Betrieb)

Sonderfertigungen

Ständige Weiterentwicklung unseres Erzeugnisplanes durch Aufnahme neuartiger Fertigungsarten und Werkstoffe

ROBERT BIEBER

Leder- und Lederwarenfabrik

GRAZ

Neubaugasse 40 / Körösistraße 48

*Sohlenleder, Blankleder,
Rind- und Schweinoberleder
und Galanterieleder in
Rind und Schwein*

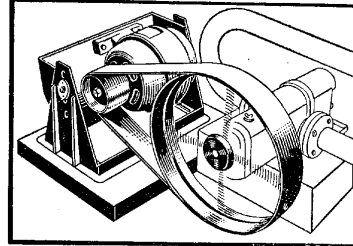
Leder- u. Riemenpatentverwertungs- Gesellschaft m. b. H.

Wien II, Grosse Mohreng. 14, R 47-4-13

Linz: Untere Donaulände 28, 24-1-10

Innsbruck: Boznerplatz 1, 5753

Graz: Krafft-Ebingstraße 3, 5552



POESCHL-KURZTRIEBE (Weltpatente) übertragen bei kürzestem Achsabstand jede Leistung mit Flachriemen ohne Gleitschlupf

POESCHL-TREIBRIEMEN bis 2000 PS Einzelleistung

POESCHL-TECHNISCHE LEDERARTIKEL

Picker, Schlagriemen, Fangriemen, Prellleder, Schlagkappen, Nitschelhosen, Florteilriemchen, Laufleder, Frotteurleder, Kammstuhlleider, Manschetten, Pumpenklappen, Ringe, Scheiben, Dichtungen

POESCHL-ROBALIT (Weltpatente), Sauger- und Schaberleisten für Papiermaschinen

Grazer Messe: Halle XI/F, Stand 215, 236

F. Steiner's Brotfabrik

GRAZ-EGGENBERG

TELEFON 0243 (1354)

Erzeugt:

Brot, Feingebäck, Zwieback,

Konditorwaren,

Panierbrösel

Andreas Kuttin & Co.

Knittelfeld, Steiermark, Tel. 202

übernimmt sämtl. Altmaterialien wie

Schrott, Metalle, Hadern, Knochen u.

Altpapier zu höchsten Tagespreisen

ZELLULOSE- UND PAPIERFABRIKEN

BRIGL & BERGMEISTER

AKTIENGESELLSCHAFT

NIKLASDORF a. d. MUR, Steiermark, Fernspr.: Leoben 275, 724 u. 652
Niklasdorf 3

GESCHÄFTSSTELLE: WIEN VI, RAHLGASSE 1, Fernsprecher B 24-4-59

DRAHTANSCHRIFT: FÜR NIKLASDORF: „BRIGL NIKLASDORF/MUR“
FÜR WIEN: „ZELLOBRIGL WIEN“

ERZEUGUNG: Sulfit-Zellstoff, Packpapier, Rotationsdruck, mittlere Papiere, Holzstoff, Sprit, Kristallsoda, Eindicklauge (Klebe- und Kernbindemittel), Natriumthiosulfat (Fixiersalz), Antichlor, Schnittholz

V. b. b.

VERFAHREN



FELTEN & GUILLEAUME

Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- u. Kupferwerke

AKTIEN-GESELLSCHAFT

Fabriken in Wien, Bruck a. d. Mur und Diemlach bei Bruck a. d. Mur

Direktion und Verkauf für die steirischen Werke:

Bruck a. d. Mur, Steiermark

Telephon: Bruck a. d. Mur 271 Serie

Fernschreiber: Felten Bruck 0344

Telegramme: Guillaume Bruckmur

AUS DEM FABRIKATIONS-PROGRAMM UNSERER STEIRISCHEN WERKE:

Eisendrähte und Stacheldraht / Stahldrähte / Kaltwalz-
produkte aus Eisen und Stahl / Drahtstifte / Schuhnägel
und Schuhbeschlag / Möbelfedern, Matratzengeflecht,
Tapeziererzubehör / Automatenstahl / Baustahlgitter

PAPIERFABRIK FROHNLEITEN

CARL SCHWEIZER A.G.

FROHNLEITEN, STEIERMARK

Spezialfabrik für Zeitungs- und Illustrationsdruckpapier in Rollen

CONFIDENTIAL

25X1A

Die Industrie

Organ der Vereinigung Österreichischer Industrieller

Nummer 38

Wien, 23. September 1950

50. Jahrgang



Versicherungsverband der Industriellen

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT

GRASSE 13 **WIEN** I, KÄRNTNERRING 12

TELEPHON U 42-5-02 SERIE und U 42-5-10 SERIE

SEIT 1898 IN ENGSTER ZUSAMMENARBEIT MIT DER

ANGLO-ELEMENTAR

VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

SPEZIALGEBIET

INDUSTRIE-FEUERVERSICHERUNGEN



WERTHEIM

Aufzüge

zählen zu den führenden österreichischen Exporterzeugnissen!

WIEN X.,
WIENERBERGSTR. 21-23, TEL. U 46-5-45

FABRIK

für die Erzeugung chemischer und pharmazeutischer Produkte, mit oder ohne Maschinen, samt Apotheke, mit einem jährlichen Umsatz von S 850.000 verkauft günstig

Realbüro Folger, Wien XV, Hütteldorferstraße 103


Acepurit

der vollkommene

Feuer- u. Fäulnisschutz

R. Avenarius
Wien I, Burgring 1

amtlich erprobte



Im Dienste der österreichischen Wirtschaft

WIR ERZEUGEN UND LIEFERN:

- Motoren
- Generatoren
- Transformatoren
- Elektrische Anlagen für sämtliche Industriezweige
- Umspannwerke
- Schaltanlagen
- Gleichrichteranlagen
- Licht- und Kraftinstallationen
- Hochspannungsfreileitungen
- Fahrleitungen
- Ortsnetze
- Elektrische Ausrüstung für Lokomotiven, Straßenbahnen und Obusse

Technische Beratung durch uns und unsere Ingenieurbüros in Graz, Linz und Salzburg

NEUE ÖSTERREICHISCHE BROWN-BOVERI A.G.

Innsbruck, Innrain 37a
Ing.-Büro Wien I, Franz-Josefs-Kai 47

CUSTODIS

Entwirft und baut seit 75 Jahren:

Industrieöfen

neuester Konstruktion für alle Zwecke und Brennstoffarten

Kesseleinmauerungen

Großkessel aller Systeme

Feuerungsanlagen

für alle Industrien

Fabriks-Schornsteine

bis zu den größten Abmessungen

Alleinvertrieb der bewährten

K-Gasbrenner

Eigene Konstruktionsbüros
Beratung und Ingenieurbesuch kostenlos

560

ALPHONS CUSTODIS G. M. B. H.

WIEN I, Schwarzenbergplatz 5. U 42-0-25

CONFIDENTIAL

Die Industrie

ZEITSCHRIFT FÜR DIE INTERESSEN DER ÖSTERREICHISCHEN INDUSTRIE
OFFIZIELLES ORGAN DER VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

REDAKTION UND VERWALTUNG
VIII, PIARISTENGASSE 17 / A 21-0-50, A 29-4-98

REDAKTION SALZBURG
SALZBURG, SCHWARZSTRASSE 21 / TEL. 4145

PRESSEREFERAT DER VEREINIGUNG ÖSTERR. INDUSTRIELLER WIEN III, STALINPLATZ 4, TEL. U17-5-70

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

JAHRESABONNEMENT S 120.—

EINZELPREIS S 3.—

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

50. Jahrgang

Wien, 23. September 1950

Nummer 38

INHALT: Enquete über das Schillingeröffnungsbilanzgesetz / Rasches Handeln ist fällig / Anhaltende Hausse auf den Rohstoffmärkten / Wirtschaftsbrief aus Westdeutschland / Wirtschaftsraum Asien / Dämmerung des freien amerikanischen Unternehmertums / Sozialpolitik und Arbeitsrecht / Information und Glosse, Pünktlichere Freigaben! — Für und Wider die Kartelle — Holländisches Gesetz über industrielle Organisation — Das indische Sechsjahrprogramm — Hilfsaktion für das Schweizer Hotelgewerbe — Französische Autoausfuhr / Steuer und Bilanz / Außenhandelsdienst der „Industrie“ / Industrie und Messe.

Enquete über das Schillingeröffnungsbilanzgesetz

Der von der Wirtschaft ausgearbeitete Entwurf eines Schillingeröffnungsbilanzgesetzes — siehe „Die Industrie“ Nr. 28 vom 15. Juli 1. J. — wurde im Sommer den maßgebenden Zentralstellen überreicht. Der daraufhin im Auftrage des Finanzministers von den zuständigen Referenten auszuarbeitende offizielle Gesetzentwurf über eine Schillingeröffnungsbilanz wird nun in den nächsten Tagen fertiggestellt sein. Anfang Oktober soll eine Enquete einberufen und das Gesetz noch vor Weihnachten im Parlament behandelt werden. Damit wird eine seit Jahren zum Nutzen der Gesamtwirtschaft hartnäckig betriebene Forderung der Industriellenvereinigung verwirklicht sein.

Zweimal wurde im letzten Vierteljahrhundert die Bilanzkontinuität in Österreich unterbrochen und die originäre Bewertung von Bilanzpositionen durch eine Eröffnungsbilanz gesetzlich vorgeschrieben, bzw. gestattet. Das Goldbilanzengesetz vom 4. Juni 1925 sah, wie rememberlich, die Einführung eines Eröffnungsinventars und einer Eröffnungsbilanz vor, wobei eine Neubewertung der Aktiven und Verbindlichkeiten vorzunehmen war, die über Wunsch rückwirkend zum 1. Jänner 1925, bzw. zum Beginn des Wirtschaftsjahres 1924/25 durchgeführt werden konnte. Vermögenswerte, die zur Veräußerung bestimmt waren, ferner Rohstoffe, Hilfsstoffe und Halbfabrikate waren höchstens mit dem Betrage einzusetzen, den ihre Anschaffung oder Herstellung in dem Zeitpunkte der Bilanz aufstellung erfordert haben würde, für andere Vermögenswerte war der Plafond durch jenen Wert gegeben, der ihnen im Zeitpunkte der Bilanz aufstellung nach dem kaufmännischen Gebrauch zukam, wobei auf die künftige Ertragsfähigkeit des Unternehmens Rücksicht zu nehmen war.

Die Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich hat dann die Reichsmarkeröffnungsbilanz gebracht, deren Durchführung die hiesigen Unternehmungen und Finanzbehörden jahrelang beschäftigte. Die Bewegung der Werte in den jüngsten Jahren hat eine neuerliche Verankerung notwendig gemacht. Seit langem versäumt die Industrie keinen sich bietenden Anlaß, um auf die Nachteile zu verweisen, welche die überholten und unwahren Bilanzansätze bei den heutigen Preisverhältnissen für die Produktion und damit für die gesamte Volkswirtschaft nach sich ziehen.

Im Juni 1. J. hat eine Sachverständigenkommission, die in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller von der Bundeshandelskammer einberufen wurde, den Entwurf für ein Schillingeröffnungsbilanzgesetz fertiggestellt, der sodann in einer Enquete einem größeren Kreise

von Sachverständigen vorgelegt wurde. Der schon nach allen Richtungen genauest überprüfte Entwurf wurde den zuständigen Bundesministerien mit der Bitte um rasche Bearbeitung übermittelt. Die einschlägige Arbeit stellte eine planmäßige Fortsetzung des Kampfes gegen die Scheingewinne dar, den die Vereinigung Österreichischer Industrieller seit dem Tage der Gründung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Der erste Erfolg dieser Bemühungen ist in dem Scheingewinnsgesetz 1947 und der darauf beruhenden Legislatur niedergelegt. Der große Bereich der Fragen, die nur im Rahmen eines Eröffnungsbilanzgesetzes gelöst werden können, ist aber bis heute noch offen und daraus ist die große Dringlichkeit verständlich, welche dem erwähnten Diskussionsentwurf zukommt. Er hält sich im wesentlichen an die Bestimmungen der Umstellungsverordnung vom 2. August 1938, welche die Vorschriften über die Reichsmarkeröffnungsbilanz enthielt und zeichnet sich besonders durch kurze und prägnante Festlegung der wichtigsten steuerlichen und handelsrechtlichen Vorschriften aus.

Die Argumente, die gegen die Erlassung des Gesetzes im gegenwärtigen Zeitpunkte ins Treffen geführt wurden, haben sich in letzter Zeit als überholt herausgestellt. Mit dem baldigen Abschluß eines Staatsvertrages kann wohl kaum mehr gerechnet werden. Österreich erstrebt zwar nach wie vor mit allen Kräften den Abschluß dieses Vertrages, der erst die volle und umfassende staatsrechtliche Grundlage für das gesamte politische und wirtschaftliche Leben unseres Landes bilden wird, und erwartet den schließlichen Erfolg dieser Bemühungen. Das Gesetzswesen aber muß, ebenso wie das private Leben, sich den äußeren Gegebenheiten anpassen und es geht nicht länger an, daß dringende wirtschaftliche Entscheidungen und lebenswichtige Regelungen für die österreichische Industrie nur darum aufgeschoben werden, weil die endgültige staats- bzw. völkerrechtliche Konsolidierung noch mangelt.

Der zweite Komplex von Beweggründen, der für die Überwindung der Widerstände gegen das Schillingeröffnungsbilanzgesetz maßgebend war, ist die erfreuliche Entwicklung unserer Staatsfinanzen. Es stellt von vornherein eine fragwürdige Begründung dar, falsche Werte nur darum in der Bilanz aufrecht erhalten zu müssen, weil daraus ein größeres Steueraufkommen erwächst. Ehrlichkeit, Geradlinigkeit und vor allem Gleichheit der Belastung muß der oberste Grundsatz einer gesunden Finanzpolitik sein. Aber selbst wenn man dieses Argument in der augenblicklichen

CONFIDENTIAL

Ermangelung anderer Einnahmequellen gelten ließe, so ist es durch die Ereignisse überholt. Die reichlich 500 Millionen Schilling, um welche die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1950 den Voranschlag überschreiten, lassen es mit Sicherheit erwarten, daß der vom Fiskus befürchtete Eingang an Einkommen- und Körperschaftsteuer infolge Einführung echter Werte in die Bilanzen wettgemacht werden kann. Die steuerlichen Ergebnisse der nunmehr durchgeführten Veranlagung 1949 aber werden so günstig sein, daß hier Bedenken nicht am Platze sind. Für die steigende Tendenz der Staatseinnahmen ist schließlich der Umstand bezeichnend, daß die Umsatzsteuer in der ersten Hälfte des Jahres 1950 um 70 Millionen mehr eingebracht hat, als der Voranschlag annahm.

Es wird Aufgabe der Enquete sein, verschiedene Abgleichungen der beiden Gesetzentwürfe vorzunehmen. Verschiedene meritorische Fragen des Schillingeröffnungsbilanzgesetzes werden zweifellos noch den Gegenstand eingehender Erörterung bilden. Wir nehmen bestimmt an, daß der von der Industrie vorgeschlagene Termin vom

1. Jänner 1950 in das Gesetz aufgenommen wird. Das bedeutet, daß die Scheingewinne mit allen damit zusammenhängenden Anomalien für die Zeit bis zum 1. Jänner 1950 ausgeschaltet werden können und bereits für dieses Jahr richtige Abschreibungsmöglichkeiten gegeben sein werden. Gleichzeitig sollen aber auch die Warenbestände zum 1. Jänner 1950 mit dem Wiederbeschaffungswert zu diesem Zeitpunkt eingesetzt werden, um auch auf diesem Gebiete die Besteuerung von Scheingewinnen zu vermeiden. Von besonderer Wichtigkeit wird es fernerhin sein, daß die allgemeine Bewertungsvorschriften sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten anpassen. Der Zeitwert läßt sich durch starre Regeln nur schwer festlegen. Man wird tauchen müssen, im einzelnen Falle eine wirtschaftlich gerechte Regelung zu treffen und den individuellen Erfordernissen der Produktionsunternehmungen möglichst nachzukommen. Für jene Unternehmungen, die sich nicht entschließen können, schon zum 1. Jänner 1950 die Schillingeröffnungsbilanz aufzustellen, muß die weitere Gewährung der dreifachen Abschreibungen gesichert bleiben.

Rasches Handeln ist fällig

Wien, am 23. September 1950.

Die heutige Lage in der Wirtschaftspolitik erinnert in manchem lebhaft an die vom Herbst vorigen Jahres. Wenn Menschen aus der Geschichte lernen könnten, so müßten sie aus unseren vorjährigen Erfahrungen den Schluß ziehen, daß man Währungsfragen und alles, was damit zusammenhängt, nicht auf die lange Bank schieben kann. Was immer man tun will, man tue es rasch und eindeutig, denn den „Vorteil“ des Halbdunkels, das über der Frage der Preise, der Löhne und der Devisenkurse immer noch liegt, hat bestimmt nicht die Volkswirtschaft. Man weiß, daß auch der Finanzminister für eine rasche Klärung besonders der Kursfrage ohne Erschütterung des Lohn- und Preisgefüges eintritt.

Man kann auch einige Gründe dafür geltend machen, daß es besser ist, selbst um den Preis von Opfern, alles zu bereinigen, was einer dauerhaften Ordnung widerspricht, damit dann auf längere Zeit die wirtschaftliche Stabilität gesichert sei. Das ist dann richtig, wenn diese Generalbereinigung rasch geschehen kann. Wenn das nicht der Fall ist, entscheide man sich für eine Teillösung, die alles das umfaßt, was im Augenblick lösungsreif ist. Das ist der entscheidende Punkt. Übrigens hat diese „kleine Lösung“ noch den Vorteil, daß ihre Folgen nicht allzu einschneidend sein werden; allerdings auch den Nachteil, daß die jetzt nicht gelösten Probleme später einmal neue Unruhe schaffen können.

Hand in Hand mit der Bereinigung der Währungsfrage müssen auch die anderen zur Lösung drängenden Probleme rasch entschieden, bzw. soweit notwendig, langfristig vertagt werden. Daß der Getreidepreis noch immer nicht feststeht, gefährdet die richtige Verwertung der Ernte und den rechtzeitigen Anbau. Jede ungebührliche weitere Verzögerung der Frage, welche Preissubventionen jetzt abbaureif sind und welche noch beibehalten werden sollen, ferner wie die neuen Preise auf die Löhne einwirken, vergrößert die Gefahr unregelmäßiger Lohnbewegungen und die Verlockung, sowohl zuerst an gesonderten wie später an allgemeinen Lohnerhöhungen teilzunehmen. Von theoretischen Erörterungen über den Wert der Indexfestsetzungen sollte man auch hier rasch zu einer verantwortungsbewußten und maßvollen Dauerlösung schreiten.

Das wären einige Forderungen der Wirtschaft an die Politik. Sie sind nicht die einzigen. Die Wirtschaft ist allerdings gewohnt, von der Politik in die zweite Rolle verwiesen zu werden. Sie mußte voriges Jahr zwei kostbare Monate verstreichen lassen, weil die Politik mit Wahlen und ihren Folgen beschäftigt war. Ist sie heute auch allzusehr mit ihren inneren Schwierigkeiten befaßt? Aber die Politik erinnert sich der Wirtschaft immer dann, wenn sie sie zum Steuerzahlen braucht. Eines jedoch sollte man nicht vergessen: von der Wirtschaft leben alle, Staat und Parteien und schließlich sogar — das Volk, für das angeblich überhaupt alles da ist. Es wäre daher gut, die Dinge einmal nach ihrem inneren Gewicht und nicht nur nach dem Stimmgewicht der an ihr in erster Linie interessierten Gruppe zu behandeln. Innerhalb der Wirtschaft existiert neben der Landwirtschaft auch die Industrie, die als Steuerzahler und Devisenbringer nicht den zweiten, sondern den ersten Rang beanspruchen kann. Es wäre an der Zeit, daß diese Tatsache in der beginnenden politischen Herbstsession auch bei Erledigung des bescheidenen, aber um so dringenderen Wunschzettels der Industrie berücksichtigt würde. Ebenso bei jenen Lasten, die man ihr neuerlich zumutet.

Zu den dringendsten Forderungen der Wirtschaft gegenüber der Politik gehört der innere Friede. Ihn braucht das ganze Volk. Friede bedeutet nicht Charakterlosigkeit. Auch in der großen Welt sollte es möglich sein, daß zwei große Prinzipien nebeneinander leben, so wie in der westlichen Welt auch die entschiedensten Vertreter der Freihandels- und der protektionistischen Doktrin nebeneinander zu leben sich gewöhnt haben. Man betont mitunter die eine oder die andere Doktrin stärker, praktisch geltend machen sich je nach Lage der Tatsachen beide. So müßte auch — bei aller Aufrechterhaltung der beiderseitigen prinzipiellen Standpunkte — ein Nebeneinander von privater und verstaatlichter Industrie möglich sein. Man hat ja in diesem Sinne sogar eine Verständigung erzielt und beide Teile haben bisher den guten Willen gezeigt, einander zu respektieren, nicht um des Prinzips, sondern um des Friedens willen. Es dürfte daher wohl nur eine Entgleisung bedeuten, wenn neustens der Ruf zu hören ist: „Verstaatlichte Industrie kauft nur bei der verstaatlichten Industrie“. Sollte ein derartiger befremdlicher

Schlachtruf wirklich durchgeführt werden, würde er wohl das Ende der guten Nachbarschaft zwischen diesen beiden Sektoren der Industrien bedeuten und man sollte sich auf der anderen Seite nicht wundern, wenn das Echo „Private, kauft nur bei Privaten“ lauten würde. Wir hoffen aber auch hier, daß die Vernunft und das Friedensbedürfnis stärker sein werden als der Wunsch, Doktrinen um jeden Preis durchzuführen.

Die Vernunft sollte sich beflügeln lassen von der Kenntnis einiger sehr realer Tatsachen, die dringend nach der Zusammenfassung aller Kräfte, wo immer sie stehen, rufen. Statt gegeneinander in Schlachtordnungen aufzumarschieren, sollten sich lieber alle unter dem Ruf vereinigen: „Österreich den Öster-

reichern!“ und ihm im Wirtschaftlichen den konkreten Sinn geben: „die österreichische Leistung für den Bestand Österreichs“. Wir haben nicht mehr ganz zwei Jahre Zeit bis zum Ende des Marshall-Planes. Bis dahin müssen wir unsere Zahlungsbilanz ausgleichen und in einem wahrhaft gigantischen Investitionsprogramm alle eigenen Kräfte unserer Volkswirtschaft mit der noch gewährten Hilfe koordinieren. Bildung und Einsatz von Eigenkapital in großem Umfang ist dazu unentbehrlich. Um dieses Ziel erreichen und damit endlich auf eigenen Füßen stehen zu können, brauchen wir dringend inneren Frieden und Zusammenarbeit aller mit gutem Willen und praktischer Vernunft.

Anhaltende Hausse auf den Rohstoffmärkten

Die Rohstoffteuerung nimmt nachgerade alarmierenden Formen an. Die phantastischen Preise, die auf den Wollauktionen bezahlt werden müssen, erregen größte Besorgnis. In Perth stiegen sie auf 200½ Pence das Pfund, in Melbourne erzielten 70's Qualität Merinos 200 Pence, und die Wollmakler in Sydney sprechen schon von 240 Pence für Spitzensorten. Vergangenes Jahr konnte man noch feine Merinowollen für 70 bis 80 Pence kaufen. In den USA, deren Vorratskäufe sich jetzt stärker fühlbar machen, befürwortet man die Einberufung einer Konferenz, die über die Festsetzung von Richtpreisen und über Kontingentierung der Zuteilungen beraten soll. Von mehreren Seiten wird eine Herabsetzung der australischen Währung vorgeschlagen, um auf diesem Wege einen Ausgleich herbeizuführen. Die australische Regierung konnte sich zwar nicht dazu entschließen, entschied sich aber zugunsten einer Exporttaxe von 25 bis 33½ Prozent auf Wolle, Blei und Zink, deren Eingänge zum Teil dazu verwendet werden sollen, um einheimische Wollkäufe zu subsidiieren und die australischen Stoffpreise in vernünftigen Grenzen zu halten. Daran, daß zu wenig Wolle vorhanden ist und sich infolgedessen alle Märkte um jeden Preis, einzudecken trachten, so gut es geht, kann diese Steuer allerdings nichts ändern. Sogar die in Bradford verauktionierten Wollen aus britischen Schuren brachten es bis auf 137½ Pence, obwohl sie den australischen nicht gleichwertig sind.

Wie sieht es nun mit der Rohstoffhausse im allgemeinen aus, wenn man Vergleiche mit der Preislage vor dem Koreakrieg zieht? Nach Moody's Index für Standardverbrauchsgegenstände, der in solchen Fällen zu Rate gezogen zu werden pflegt, halten die Rohstoffpreise, wenn man den Stand von 1931 mit 100 annimmt, bei 470. Vor dem Koreakrieg waren sie etwas unter 400. Das ergäbe also einen Unterschied von mehr als 70 Punkten oder eine Aufwärtsbewegung um 20 Prozent. Denkt man dabei an die Wollpreise, die sich innerhalb eines Jahres verdreifachten, so erscheint einem dieser Durchschnitt von 20 Prozent als zu niedrig. Tatsächlich rechnet Moody nur mit einer Wollteuerung von etwas über 50 Prozent, die durch die Ereignisse überholt ist. Außerdem schließt der Index auch Lebensmittel ein, die von der Hausse fast unberührt blieben. Am Weizenpreis hat sich seit Mitte Juni kaum etwas geändert. Da er ohne Korea angesichts der guten Ernte

sicher gefallen wäre, kann das allerdings als eine Art Verteuerung angesehen werden. Mais ist in die Höhe gegangen, aber nur um 5 Prozent. Will man von der eigentlichen Rohstoffhausse eine richtige Vorstellung erhalten, so empfiehlt es sich, die Industrierohstoffe von den Lebensmitteln zu trennen, und dann gelangt man zu einem Durchschnitt von etwa 50 Prozent, der der Wirklichkeit besser entspricht.

Nach den Londoner Notierungen haben sich die Rohgummipreise fast genau verdoppelt, obwohl die Produktion nachgewiesenermaßen größer ist als der Verbrauch und man mit einer ausreichenden Reserve für Vorratsbildungen rechnen kann. Hier scheint sich die mancherorts bestehende Besorgnis auszuwirken, daß der Gang der Ereignisse im Fernen Osten weitere Käufe und Verschiffungen unmöglich machen könnte und man sich die Ware sichern muß, ehe es zu spät ist. Das erklärt auch den großen Abstand zwischen den Notierungen für Sofortlieferungen und für Terminorders, die wesentlich billiger sind. Zinn stieg gegenüber Juni um 40 Prozent, ermäßigte sich aber wieder auf ungefähr 33 Prozent. Baumwolle hat nach den letzten New Yorker Notierungen um 25 Prozent angezogen.

Bei den Metallen stößt man auf erhebliche Unterschiede. Kupfer, zum Beispiel, stieg nur um 9 Prozent, Zink hingegen um 17 und Blei sogar um 40 Prozent. Von den weniger im Vordergrund stehenden Metallen stieg Wolfram um 60 Prozent. Es ist so knapp, daß die Notierungen manchmal rein nominell sind. Quecksilber stieg um 31 und Antimon um 13 Prozent. Eine Ausnahme bildet Nickel, dessen (in England) kontrollierter Preis von 386 Pfund pro Tonne seit einem zwanzigprozentigen Zuschlag, der noch in die Zeit vor Korea fiel, unverändert blieb.

Nach Ansicht der Londoner Fachkreise deutet nichts darauf hin, daß die teureren Preise ein Nachlassen der Nachfrage mit sich bringen könnten. Meldungen wie die aus Washington vorliegende, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Heeresverwaltung autorisieren wird, 100 Millionen Pfund Rohwolle für militärische Zwecke anzukaufen, bestätigen diese Auffassung.

Da sich die Teuerung der letzten Zeit noch nicht auf den Konsum ausgewirkt hat, wäre es theoretisch denkbar, daß — wenn es so weit ist — eine Art passive Resi-

SOWITSCH AUFZÜGE

ruhig-sicher-unverwundlich

MASCHINENFABRIK ING. STEFAN SOWITSCH & CO.
WIEN XVI, WIESBERG 14-18 • TELEFON A 31 4 12

ELEKTROFLASCHENZÜGE U. SCHALTGETRIEBE



stanz der Käufer einsetzt und die Rohstoffpreise davon beeinflusst werden. Wahrscheinlich ist es nicht. In den weniger mit Glücksgütern gesegneten europäischen Staaten kaufen die Konsumenten ohnehin nur mehr das Notwendigste, ohne daß diese Erscheinung den geringsten Einfluß auf die Rohstoffpreise hätte. Andererseits wird das höhere Preisniveau auf dem größten Weltmarkt, dem amerikanischen Kontinent, durch die Rüstungskonjunktur und den damit verbundenen vermehrten Wohlstand der Bevölkerung ausgeglichen. In Ländern wie Australien, Neuseeland und Südafrika bringen die enormen Einnahmen aus der Wolle so viel Geld ins Land, daß dem gegenüber die Verteuerung der Konsumgüter nicht so stark ins Gewicht fällt.

Bisher hat die Hausse auf die Nachfrage eher anregend gewirkt und zwar in solchem Maße, daß sich die neu geschaffene Produktionsaufsichtsbehörde in Washington genötigt sah, eine allgemeine Inventuraufnahme anzuordnen und Limite für die private Vorratsbildung festzusetzen, um den Bedarf der Rüstungsindustrien sicherzustellen.

Schließlich ist bei der Beurteilung der Lage auf den Rohstoffmärkten zu berücksichtigen, daß England bisher überhaupt noch nicht mit der Anlegung größerer Vorräte begonnen hat. Wohl aber mehrten sich die Stimmen aus politischen Kreisen Londons, die eine solche Vorratsbildung dringend anempfehlen und betonen, daß es leichtsinnig wäre, die jetzt bestehenden Gelegenheiten zu versäumen, um sie vielleicht später unter ungünstigeren Verhältnissen nachholen zu müssen. Man denkt an die Einlagerung haltbarer Lebensmittel wie Weizen und Zucker, sowie von Baumwolle, Wolle, Rohgummi usw. in einem Ausmaß, daß ungefähr einem Jahresbedarf entsprechen würde, und man weist auf die Schwierigkeiten und Risiken hin, die sich im letzten Weltkrieg daraus ergaben, daß solche Vorräte nicht zur Verfügung standen. Da es sich dabei vorläufig noch um akademische Erörterungen handelt, wäre es verfrüht, mit ihnen als etwas Unvernünftigem zu rechnen. Als Möglichkeit müssen sie trotzdem mit ins Kalkül gezogen werden.

Die optimistische Erwartung der britischen Stahlindustrie, daß sie die vermehrte Arbeit vorläufig ohne behördliche Eingriffe bewältigen würde, scheint sich nicht zu erfüllen. Nach Berichten aus Birmingham rechnet man dort jetzt im Gegenteil mit der baldigen Wiedereinführung des früheren Kontrollsystems für Stahl, Rohstoffe und Halbfabrikate. Man betont, daß sonst die Rüstungsaufträge nicht termingerecht durchgeführt werden können, weil sich schon jetzt bei den Materiallieferungen Engpässe ergeben.

Wirtschaftsbrief aus Westdeutschland

Von unserem westdeutschen Korrespondenten

Bonn, 20. September 1950.

Ein bemerkenswerter Vorschlag, den ein Teilnehmer der kürzlich in Hattenheim abgehaltenen Arbeitstagung der selbständigen Unternehmer machte, ist derzeit Gegenstand lebhafter Diskussionen. Es wurde der Versammlung nämlich ein Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge ein Ausgleichsfonds geschaffen werden soll, der als Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft gedacht ist und das Auf und Ab der Konjunkturen mildern und ausgleichen soll. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Betriebe in Zeiten günstiger Konjunktur bestimmte Beträge in diesen Ausgleichsfonds zahlen, um dann bei schlechter Konjunktur mit Hilfe des Fonds ihre Belegschaft in Arbeit halten zu können. Mit einer gleichzeitigen Förderung echter Rationalisierungsmaßnahmen soll der Konjunktur-Ausgleichsfonds helfen, Krisen zu vermeiden.

Es ist begreiflich, daß die Meinungen über diesen Vorschlag geteilt sind. Während manche Tagungsteilnehmer

darauf hinwiesen, daß in den USA bereits seit längerer Zeit einzelne Großbetriebe freiwillig für ihr Unternehmen eine ähnliche Ausgleichskasse eingerichtet haben und daß die Erfolge dieses Systems die Ausdehnung des Verfahrens auf die ganze Industrie eines Landes rechtfertigen würden, weil auf diese Weise die Existenz des Arbeiters und seine Vollbeschäftigung weitgehend gesichert werden können, unterstrichen andere Versammlungsteilnehmer die großen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung eines solchen Planes entgegenstünden. Nach hitziger Debatte wurde beschlossen, den Plan weiter zu beraten.

*

Einem von der Wirtschaft wiederholt geäußerten Wunsch entsprechend, hat das Institut für Wirtschaftsforschung, München, in seinem neuesten Bericht zum ersten Mal eine Reihe von konjunkturellen Branchenuntersuchungen veröffentlicht. Das Institut kommt zu der Auffassung, daß die bereits in den letzten Monaten an dem Wirtschaftsaufschwung in Westdeutschland entscheidend beteiligte Steigerung der Ausfuhr in den nächsten Monaten die zentrale Triebkraft der Konjunktur werden wird. Die erzielten Ausführerfolge sind vor allem der teilweise wiedererlangten Wettbewerbsfähigkeit, den relativ kurzen Lieferfristen, der Kapazitätsausweitung und Leistungssteigerung der heimischen Industrie, dem Ausbau von Handelsvertretungen im Ausland und nicht zuletzt dem Fortfall prohibitiver Bestimmungen, der Liberalisierung und dem Abschluß günstiger Handelsverträge zuzuschreiben. Die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung ist jedoch, wie das Institut bemerkt, neben der Exportentwicklung auch weitgehend der vermehrten Investitionstätigkeit zu verdanken. Der Ausbau der Produktionskapazitäten und die Rationalisierung machen gute Fortschritte.

Eine entscheidende Beeinflussung der Preisbildung durch eine allgemeine Kreditrestriktion erscheint dem Institut mit Rücksicht darauf, daß den expansiven Faktoren auch retardierende Momente gegenüberstehen nicht ratsam. Die Kostenlage muß vielmehr ausschließlich von der weiteren Rationalisierung der Produktion beeinflusst werden.

*

Die Aufstellung des Lebenskostenindex hat in der westdeutschen Öffentlichkeit in jüngster Zeit zu mehr oder weniger scharfen Auseinandersetzungen geführt (ähnlich wie in Österreich. Anmerkung der Redaktion). Auf Veranlassung des Bundeswirtschaftsministeriums fand nun zwischen den maßgeblichen Bearbeitern des Lebenshaltungskostenindex bei dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und Vertretern des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften eine Aussprache über die Aufstellung des Lebenshaltungskostenindex statt. Dabei erklärten die Vertreter des Gewerkschaftsinstituts, daß sie den kürzlich veröffentlichten Gewerkschaftsindex, der bekanntlich mit 183 wesentlich über dem des Statistischen Bundesamtes lag, für methodisch noch nicht genügend fundiert hielten, um ihn bereits der Öffentlichkeit zu übergeben. Andererseits bestand zwischen allen Beteiligten Übereinstimmung darüber, daß gegenüber jeder Indexberechnung Einwände erhoben werden können. Das Statistische Bundesamt versicherte dabei, daß es ständig an einer Verbesserung seines Index weiter arbeite. Vielleicht entschließt man sich, zwei oder drei verschiedene Indices für unterschiedliche Einkommensgruppen zu berechnen.

*

Nach wie vor nimmt die Vorbereitung eines für alle Teile befriedigenden Kartellgesetzes einen breiten Raum in der öffentlichen Diskussion ein. „Der Volkswirt“ (Frankfurt am Main) begleitet den eben herausgegebenen (!) Kartellgesetz-Entwurf mit einigen Bemerkungen über die auf diesem Gebiet entwickelte beträchtliche Produktivität des Bundeswirtschaftsministeriums. Er stellt fest, daß sich in den verschiedenen bisherigen Entwürfen nicht etwa eine sich fortschreitend vertiefende Rechtsgestaltung, sondern jeweils eine andere Ansicht des gleichen

CONFIDENTIAL

Probleme und der gleichen unüberbrückbar erscheinenden Spannung vorfinde, so daß man nicht überrascht sein dürfe, wenn der zunächst letzte Entwurf sich wieder dem ersten beträchtlich angenähert habe. Von der grundsätzlichen Ablehnung wettbewerbsbeschränkender Abreden soll es danach allerdings Ausnahmen für Rationalisierungs- und Ausfuhrkartelle geben. Wenn also Vereinbarungen, die die Marktverhältnisse beeinflussen, dem Zweck dienen, die Leistungsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit der beteiligten Unternehmen in technischer, organisatorischer oder betriebswirtschaftlicher Beziehung zu heben, so kann die Kartellaufsichtsbehörde — das künftige Bundeskartellamt — dazu seine Genehmigung erteilen. Man übersieht aber dabei, daß die Kartellaufsichtsbehörde, in deren Ermessen zuletzt die Entscheidung über Abweichungen vom strikten Verbot fallen soll, kaum in der Lage sein wird, die Verhältnisse besser beurteilen zu können als die führenden Köpfe eines Wirtschaftszweiges, die sich zur Bildung eines Kartells entschlossen haben. Die Behörde mag vielleicht nachträglich auftretende Mißstände klarer erkennen als die Beteiligten; vorausschauend aber wird der Unternehmer, der die Verantwortung trägt, die bessere Entscheidung treffen als der ohne unmittelbare wirtschaftliche Verantwortung arbeitende Beamte einer Genehmigungs- oder Überwachungsbehörde. Wer glaubt, daß die für Genehmigungen zuständige Bürokratie die Verhältnisse besser überblicken kann als die Unternehmer, hat damit aber zugleich auch die entscheidende Frage nach dem die Planungsbürokratie überragenden Wert der Unternehmerpersönlichkeit verneint. Dies ist eine grundsätzliche Erwägung. Sie wird aber von praktischen Schwierigkeiten zurückgedrängt, die dadurch entstanden sind, daß das ganze Kartellproblem in die Kriegspropaganda und damit in die Besatzungspolitik einbezogen wurde, wodurch die Atmosphäre um die Kartellfrage nicht gewonnen hat. Eine endgültige und zugleich maßvolle Lösung, die der wirtschaftlichen Vernunft ihre Lösung verdankt, ist daher zunächst kaum zu erwarten. Die Voraussetzungen für eine vorteilhafte Lösung wären auch hier die gleichen wie in vielen anderen Fragen: weniger Verwirrung und mehr sachliche Gedanken.

Die noch immer völlig unzureichende Produktivität in den westdeutschen Steinkohlenbergwerken bildet für die maßgebenden Wirtschaftskreise des Landes zunehmend einen Gegenstand der Besorgnis. Bei einem Vergleich mit den Vorkriegsergebnissen stößt man auf erhebliche Divergenzen. Die Tagesförderung des Jahres 1950 blieb bisher um etwa 15 Prozent hinter dem Friedensumfang zurück, bei der Schichtleistung sogar um 30 Prozent. Hingegen liegt die Belegschaftsstärke etwa 30 Prozent über dem letzten Friedensstand. Diese ungenügende Produktivität erweist sich besonders seit der Konjunkturwende vom Juli 1. J., die eine plötzliche Steigerung der Nachfrage nach Kohle und Koks mit sich brachte, als bedenkliches Hindernis für eine mit der Nachfrage einigermaßen Schritt haltende Förderung. Im August überstiegen die Anforderungen das Förderungsergebnis bereits um durchschnittlich 35.000 Tonnen pro Tag. Diese Fehlmenge mußte den Haldenbeständen entnommen werden, wodurch sich die auf den Zechenlagerplätzen befindlichen Vorräte im Verlauf eines einzigen Monats um 1 Million Tonnen verringerten. Da der Auftragsengang im September weiter anzusteigen scheint, ist damit zu rechnen, daß Anfang Oktober die Vorräte restlos aufgezehrt sein werden.

Der Konjunkturaufschwung am Kohlenmarkt stellt eine natürliche Folge des allgemeinen Auftriebs dar, der durch Koreakrieg und internationale Rüstung verursacht wurde. Auch im Bundesgebiet ist die Mehrzahl der Kohle- und Koksverbraucher aus der noch im ersten Halbjahr geübten Zurückhaltung herausgetreten. Nahezu jeder Betrieb

ist bestrebt, durch Ansammeln von Lagervorräten an festen Brennstoffen den vermutlichen Bedarf für mehrere Monate zu sichern. Auch die drohende Verminderung des Kohlenexports scheint zunächst abgefangen zu sein. Die Auslandsbestellungen sind ebenfalls im Zunehmen begriffen. Diese Entwicklung erfährt durch die Berichte aus Großbritannien noch eine Intensivierung, wonach dieses Großversorgerland der Vorkriegszeit angesichts der unerfüllten Hoffnungen auf größere Förderungssteigerungen nur relativ geringe Ausfuhrkontingente einräumen kann, wodurch das Interesse der Welt zwangsläufig im verstärkten Maß auf deutsche Kohle gerichtet sein wird. Man denkt unter diesen Umständen ernstlich daran, das bekannte Fernziel, die Tagesförderung auf 450.000 bis 500.000 Tonnen zu steigern, in greifbare Nähe zu rücken.

Wirtschaftsraum Asien

Der Abschlußbericht über die Wiener Messe verzeichnet folgende Mitteilungen über Käufe für asiatische Rechnung: Israel kaufte elektrische Haushaltgeräte und Holzhäuser; nach Syrien gingen Musterkollektionen für Augartenporzellan; Verhandlungen wurden angeknüpft über Lieferung von Zellwolle nach Indien und Glasschmuck nach Persien.

An der Levantemesse in Bari, Italien, haben einige asiatische Staaten ihre offizielle Teilnahme zugesagt, darunter Japan, Pakistan und Jordanien. Auch die Türkei, die sich im Vorjahr nicht beteiligt hatte, wird wieder offiziell vertreten sein. Die Türkei bezieht aus Italien u. a. Textilien, landwirtschaftliche Maschinen und Autos. Aus den meisten anderen Staaten des nahen Ostens haben sich zahlreiche private Teilnehmer an der Messe von Bari angemeldet.

Die in London zusammentretende Commonwealth-Konferenz wird sich, wie wir an anderer Stelle ausführen, vor allem auch mit der Frage beschäftigen, in welcher Weise und mit welchen Beträgen die wirtschaftliche Erschließung und Förderung Süd- und Südostasiens, insbesondere Indiens, erfolgen solle. Von einer amerikanischen Mitwirkung an diesem Aufbauprogramm für Asien ist zunächst nichts bekannt, es ist aber anzunehmen, daß sich auch Amerika zumindest im gleichen Maße wie England beteiligen wird. Dafür spricht schon der Bericht, den der Sonderberater Trumans, Gordon Gray, über die Dollarknappheit der außeramerikanischen Welt erstattet hat. Darin wird außer der Fortsetzung der Europahilfe auch die Erschließung des mittleren Ostens sowie von Süd- und Südostasien durch ein Achtjahr-Programm empfohlen.

Großes Interesse hat Amerika auch speziell für Burma bewiesen. Eben jetzt wurde ein Abkommen unterzeichnet, auf Grund dessen Einzelheiten eines Programmes wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf der Basis von Vorschlägen Burmas ausgearbeitet werden sollen. Schon jetzt wurde grundsätzlich festgelegt, daß die USA Ausrüstung und technische Erfahrung für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung Burmas zur Verfügung stellen werden. Es wird sich insbesondere um Förderung der Agrarwirtschaft, des Bergbaus, des Transportwesens und um medizinische und sanitäre Anstalten handeln.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine Meldung, daß nach der Nachwahl von neun Mitgliedern des Verwaltungsrates der Weltbank (von insgesamt 14), die in Paris dieser Tage vorgenommen worden ist, die asiatischen Mitglieder, und zwar China und Indien weiter dem Verwaltungsrat angehören.

Krise in Israel

In Israel ist eine schwere wirtschaftliche Krise ausgebrochen, deren Ursache in der Masseneinwanderung gesucht wird. Die Krise hat sich schon lange vorbereitet. Seit

Freissler Wien X, Erlachplatz 2-4, U 46-3-72, baut, rekonstruiert und betreut **Aufzüge**

CONFIDENTIAL

Monaten liegen Meldungen über Devisen- und Rohstoffmangel vor. Man ist diesen Erscheinungen mit einer strengen Rationierung und Preiskontrolle entgegengetreten. Die Rationierung hat sogar Obst und Gemüse nicht ausgenommen. Vor kurzem ist die Preiskontrolle infolge von Massenkäufen der verängstigten Bevölkerung zusammengebrochen.

Auf dem Arbeitsmarkt herrscht immer noch große Nachfrage nach Fachkräften aller Art, Handwerker, Ärzte, Ingenieure, Stenotypistinnen. Die Massen der Neuangekommenen aber können vorläufig nur in Lagern untergebracht werden, die teils in der Nähe der Häfen, teils als Arbeitslager über das ganze Land zerstreut angelegt werden. Auf einer kürzlich in Jerusalem abgehaltenen Tagung hat eine Minderheit die Forderung erhoben, die Einwanderung vorläufig zu unterbinden, doch ist sie damit nicht durchgedrungen. Als wesentlich wird es betrachtet, Lohnforderungen aufzuhalten, da sonst die Inflation für unvermeidlich gehalten wird. Auch eine Tagung amerikanischer Juden hat sich kürzlich mit der Lage in Palästina befaßt. Man ist sich darüber klar, daß noch große Hilfsbeträge aufgebracht werden müssen. Es wird jetzt ein Wirtschafts- und Investitionsprogramm der israelischen Regierung abgewartet. Die Ziele dieses Programms sollen sein: Volle Entwicklung des Wirtschaftspotentials, um die Einwanderung voll in die Produktion einzugliedern. In Jerusalem wird der Investitionsbedarf auf eine Milliarde Dollar geschätzt, man rechnet aber damit, daß vorläufig ein Programm über die Hälfte dieses Betrages aufgestellt werden wird.

Dämmerung des freien amerikanischen Unternehmertums

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Washington, Mitte September 1950.

In der europäischen Öffentlichkeit begegnet man mit wenigen Ausnahmen der Meinung, daß Nordamerika das Land der freien Wirtschaft sei. Diese Vorstellung trifft nur mehr mit bestimmten Einschränkungen zu. Tatsache ist, daß in USA immer mehr Industrien durch unnötige Bestimmungen in ihrer Handlungsfreiheit behindert werden. Der Bereich, in dem die Leitung eines Industrieunternehmens noch handeln kann, wird ihr von Jahr zu Jahr mehr eingeengt. Wer neu in die Leitung einer Industrie eintritt, ist nach soviel Gerede über die „ungezügelter Macht der Industrieführer“ überrascht, wie wenig Macht sie tatsächlich besitzen. Die Leiter der privaten Unternehmungen werden immer häufiger zu Zielscheiben von unsachlichen und gehässigen Angriffen. Die Ausdehnung des bürokratischen Apparates befördert die Entwicklung zu einer gelenkten Wirtschaft und weitet den Machtbereich der anonymen Bürokratie aus. Die Hinaufsetzung der Steuern beschleunigt die für die Privatindustrie ungünstige Entwicklung, die Steuerlast ist bereits drückend und droht noch schwerer zu werden. Der Ansporn der Menschen, angestregter zu arbeiten, mehr zu produzieren oder für das Alter zu sorgen, all dies ist schon gefährlich geschwächt.

Bei dieser Sachlage ist es nicht überraschend, daß führende Persönlichkeiten der amerikanischen Industrie sich den Kopf zerbrechen, wie diese das freie Unternehmertum schädigende Entwicklung aufgehalten werden kann. Die Erörterungen in den wirtschaftlichen Vereinigungen sind in der letzten Zeit diesem Thema öfters gewidmet. Einer der führenden Männer in dem Kampf um die Freiheit der amerikanischen Wirtschaft ist der Präsident der Standard Oil Co. of Indiana, Robert E. Wilson, der unlängst darauf aufmerksam machte, daß das Unternehmertum nicht von der Schuld freigesprochen werden kann, zu dieser bedenklichen und unamerikanischen Entwicklung durch sein Verhalten beigetragen zu haben. Viele der staatlichen Kontrollen wurden nämlich auf Bitte der Wirtschaft oft wegen eines einfachen, nicht lohnenden Zieles geschaffen, man

hat dabei übersehen, daß jede Kontrolle ein weiteres Duzend Kontrollen erfordert und immer neue Ausgaben und Fesslungen entstehen läßt. Es ist kein Geheimnis, daß aus der Privatwirtschaft kommende Minister wie Hoover und Harriman oft ihrer Überraschung darüber Ausdruck gaben, wie viele anscheinend eifrige Vertreter der freien Wirtschaft nach Washington kommen, um Regierungshilfe für dies und das zu erbitten. Heute ist ein solches Gebahren verständlicher, weil einzig nur jene Unternehmungen leicht zu neuem Kapital kommen, die wissen, wie man in Washington die richtigen Quellen anzapft.

Bei diesen Aussprachen im eigenen Kreis wird den Unternehmern dringend geraten, endlich aufzuhören nach Washington zu laufen, um sich über die Konkurrenz zu beklagen oder die Regierung zu ersuchen, die Konkurrenzverhältnisse in einer Industrie zu regeln.

Die amerikanische Wirtschaft bereitet einen Aufklärungsfeldzug vor, denn in der Öffentlichkeit hat sich die irrige Idee festgesetzt, daß es um die Allgemeinheit umso besser bestellt sei, je weniger Freiheit die Wirtschaft besitze. Die Öffentlichkeit soll nun davon überzeugt werden, daß Freiheit und Blühen der Privatwirtschaft größere Produktivität, höhere Reallöhne und für den kleinen Mann auch eine viel größere Sicherheit bedeuten. Der Angestelltenschaft soll klar gemacht werden, daß bei Andauern der jetzigen Tendenzen ihre Zukunft ernstlich bedroht ist, daß die Sozialisierung nicht bloß den Unternehmer, sondern auch den Angestellten trifft. Das Schicksal und die Verarmung der großen Mittelschichte Englands wird hier als Beispiel herangezogen. Die Unternehmer beginnen zu erkennen, daß es zieführender ist, weniger über allgemeine Themen, wie „Freies Unternehmertum oder Staatswirtschaft“ zu sprechen, sondern der Öffentlichkeit die Errungenschaften und die Sorgen der Industrie vor Augen zu führen. Der ärgste Fehler der Wirtschaft ist nämlich, daß sie über sich selbst nicht genug Klarheit schafft. Vor drei bis vier Jahren ergab eine Umfrage, daß die überwiegende Mehrheit der Öffentlichkeit der Meinung ist, die Gewinne der Industrie machen mehr aus als ihre Löhne. Tatsächlich betrugen selbst im Jahre 1948 die Gewinne nur ein Sechstel der Löhne. Auch heute glaubt die Öffentlichkeit noch immer, der größte Teil der Industriegewinne gehe an Banken und Börsenspieler in Wall Street. Die Aussaat der Demagogen war nicht vergeblich getan.

Dem aufmerksamen Beobachter kann es nicht entgehen, daß in der amerikanischen Wirtschaft, die bis vor einigen Jahren so stolz auf das freie Unternehmertum war, in dieser Beziehung ein gewisser Defaitismus eingebrochen ist. Minderwertigkeitskomplexe führen auf der anderen Seite bekanntlich zu Übersteigerungen. Es wird jetzt als ein Fehler erkannt, daß alles, was den Wirtschaftskreisen nicht paßt, als sozialistisch oder kommunistisch bezeichnet wird. Es fehlt nicht an aus der Wirtschaft stammenden Appellen, in der Wirtschaft überall hohe ethische Grundsätze einzuhalten. Es wird daran erinnert, daß das erste Prinzip zur Erhaltung guter öffentlicher Beziehungen darin besteht, das zu tun, was im öffentlichen Interesse richtig ist.

Die industriellen Mitarbeiter sollen dazu gebracht werden einzusehen, daß ihr Wohlergehen von der gesunden Entwicklung der Unternehmungen abhängt und nicht vom Staate. Einer der verantwortlichen industriellen Leiter betonte, daß dies aber nur eine schöne Redewendung sei, wenn die Industrie sich nicht um die wirtschaftliche Schulung und das Ergehen der Arbeitskräfte ausgiebig kümmere. Die Lage wird immerhin für so bedenklich erachtet, daß die Solidarität der Wirtschaft und der freien Berufe angerufen wird, es müßten alle einsehen, daß ein Angriff auf die Freiheit des einzelnen ein Angriff auf die Freiheit aller ist und daher alle zusammenstehen müssen. Die Wirtschaft hat die Zuversicht, daß die Masse der Bürger der Vereinigten Staaten guten Willens ist und auch immer gut handeln wird, wenn sie zu einem richtigen Verständnis der Dinge gelangen kann.

Sozialpolitik und Arbeitsrecht

Die Frage der Erkrankung während desurlaubes

Von Dr. Hubert Hofeneder

Seit zwei Jahren sind über verschiedene wesentliche Fragen des Urlaubsrechtes Erörterungen im Schrifttum zu verzeichnen, die durch einen Artikel von Dr. Karl Kummer in Heft Nr. 19 der „Österreichischen Juristenzeitung“ vom 8. Oktober 1948 („Umstrittene Fragen des Urlaubsrechtes“) ausgelöst wurden. Die Arbeitgeberseite ist diesen Erörterungen in der Theorie nicht ausgewichen — siehe „Industrie“ Nr. 26 und 38 aus 1949 — hat aber in einem die theoretische Erörterung abschließenden Artikel („Geltendmachung des Urlaubes und Urlaubsschädigung“ in Nr. 17 der „Industrie“ vom 29. April 1950) ihre Auffassung kundgetan, nunmehr die Erörterungen des Urlaubsrechtes im Schrifttum zu beenden und der Praxis das Wort zu überlassen.

Es kann nun heute mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Rechtsprechung den Versuchen, bisher unbestrittene Tatbestände in „umstrittene Fragen“ des Urlaubsrechtes zu verwandeln, nicht gefolgt ist. Sie hat vielmehr die von uns theoretisch und praktisch geäußerten Auffassungen in verschiedenen Fragen des Urlaubsrechtes durch die in den Nummern 10, 17, 30 und 33 der „Industrie“ verlautbarten Urteile bestätigt. Es hat damit die Rechtsprechung zu jener einheitlichen Linie zurückgefunden, die zum Vorteil aller Beteiligten bis zum Jahre 1938 eingehalten wurde. Dies festzustellen ist erfreulich, da gerade im Rahmen dieser Aufsätze immer wieder die Forderung erhoben wurde, man möge die reiche Judikatur der Zwischenkriegszeit überall dort weiter verwenden, wo die neue Sozialgesetzgebung zwar anspruchserweiternd, nicht aber dogmatisch ändernd wirkte.

Dies war besonders im Urlaubsrecht der Fall, indem die Gesetze der Jahre 1946 und 1947 zwar hinsichtlich des Urlaubsausmaßes, der Urlaubsabfindung bei Arbeitern usw. eine bedeutsame Verbesserung zu Gunsten der Dienstnehmer brachten, im Grundsätzlichen aber, abgesehen von einigen erwünschten Klarstellungen, sich in den bewährten Bahnen des Arbeiterurlaubsgesetzes 1919, bzw. des Angestelltenurlaubsgesetzes bewegten.

So war es bis zum Jahre 1938 vollkommen klar und durch die Rechtsprechung bestätigt, daß Krankheit den Urlaub nicht unterbricht und daß sich eben die Erkrankung während des Urlaubes als Zufall darstellt, der sich im Bereich des Dienstnehmers ereignet und dessen Folgen auch er zu tragen hat. Dieser Grundsatz des österreichischen Urlaubsrechtes ist nach 1938 nicht etwa durch Gesetz, wohl aber in einigen wenigen Tarifordnungen vorübergehend verlassen worden, indem der Dienstgeber bei gewissen längerdauernden Erkrankungen während des Urlaubes „entscheiden“ konnte, in welcher Zeit die durch die Krankheit ausgefallenen Urlaubstage nachgeholt werden konnten. Diese Tarifordnungsregelung erscheint rückblickend auch gerechtfertigt, da einerseits das zustehende Urlaubsausmaß nur rund die Hälfte des jetzigen erreichte und andererseits der Dienstnehmer während des Urlaubes keine dem Urlaubszweck widersprechende Tätigkeit ausüben durfte. Im Übertretungsfall entfiel der Anspruch auf Urlaubsentgelt, bereits bezahltes war zurückzuerstatten.

Da durch das Arbeiterurlaubsgesetz 1946 bei den Arbeitern unter überwiegender Verdoppelung des bisherigen Urlaubsausmaßes das österreichische Urlaubsrecht grundsätzlich wiederhergestellt wurde und weder bei Arbeitern noch bei Angestellten die Frage der Erkrankung während des Urlaubes eine positive gesetzliche Regelung erfuhr, konnte füglich nicht bezweifelt werden, daß der Gesetzgeber seine durch die Judikatur erläuterte Auffassung nicht geändert und weiterhin der Dienstnehmer das Risiko der Erkrankung während des Urlaubes zu tragen habe. Wir haben auch zahlreiche dahingehende Urteile der Arbeitsgerichte verlautbart. Gegen eines dieser im Grundsätzlichen gleichlautenden Urteile I. Instanz, das Urteil der ArbG Wien 4 Cr 311/49/4, das wir in Nr. 10/1950 verlautbarten, wurde berufen und das LGfZRS Wien hat mit Berufungsurteil 44 Cg 75/50 vom 13. 4. 1950 erstmalig verneint, in der Frage der Urlaubserkrankung neue Grundsätze aufstellen zu müssen.

Es handelte sich bekanntlich bei dem erstinstanzlichen Urteil darum, daß eine während des Urlaubes erkrankte Arbeiterin der Meinung war, sie könne nach Wiederge-

nesung den Urlaub fortsetzen. Als sie im Verfolge dieser Ansicht sich nicht zum Dienst meldete, wurde sie fristlos entlassen.

Das Landesgericht bezeichnet die Frage, ob Erkrankung den Urlaub unterbreche, als strittig, nahm aber nicht selbst dazu Stellung. Jedenfalls stelle die Unterlassung der Meldung zum Wiederantritt der Arbeit kein bewußt rechtswidriges Verhalten und sonach auch keinen Entlassungsgrund dar.

Der durch den Dienstgeber eingebrachten Revision hat der Oberste Gerichtshof unter 4 Ob 43/50 vom 6. Juli 1950 Folge gegeben und das erstgerichtliche Urteil wieder hergestellt. Er hat dabei, die Frage der Risikoverteilung bei Erkrankung während des Urlaubes wohl endgültig klärend, folgenden eindeutigen Standpunkt eingenommen:

„Der OGH stimmt der Ansicht des Erstrichters zu und erblickt in einer Krankheit einen in der Person des Dienstnehmers eingetretenen und darum von ihm zu vertretenden, keineswegs aber urlaubsverlängernden Umstand. Aus § 3 (6) des Arbeiterurlaubsgesetzes, der mit dieser Frage nichts zu tun hat, läßt sich für die Entscheidung derselben nichts gewinnen.“

Es ist zu hoffen, daß nach dieser, keinen Zweifel mehr offen lassenden Feststellung des OGH der Streit bezüglich der urlaubsverlängernden Wirkung einer Erkrankung nach Antritt desselben aufhört und es Allgemeingut wird, daß auf eine Verlängerung des Urlaubes um die Krankheitstage kein Rechtsanspruch besteht. Es ist und bleibt daher alleinige Sache des Dienstgebers, in besonderen Härtefällen freiwillige Regelungen zu erwägen. Die Industrieorganisation hat öfters betont, daß sie in den erwähnten Härtefällen die Entscheidung des Dienstgebers absolut nicht negativ beeinflussen wolle.

In diesem Zusammenhang sollen auch kurz die sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen des Grundsatzes, daß eine Erkrankung während des Urlaubes nicht urlaubsverlängernd wirkt, gestreift werden. Bekanntlich kann für die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe während eines vorübergehenden Aufenthaltes außerhalb des Kassensprengels (Urlaub usw.) ein weiterer Krankenschein über den pro Vierteljahr zustehenden hinaus ausgestellt werden. Er muß den Vermerk tragen: „§ 220 RVO. für die Zeit vom ... bis ...“ und ist im Kassensprengel ungültig.

Bei solcherart ausgestellten Krankenscheinen ist darauf zu achten, daß in der Lohnbestätigung des Teiles A genau anzugeben ist, daß das Urlaubsentgelt für die gesamte Urlaubsdauer bereits ausgezahlt wurde, bzw. zusteht. Da nämlich die Erkrankung während des Urlaubes diesen nicht unterbricht, hat der Versicherte, während dieser Krankheitszeit gemäß § 189 RVO keinen Anspruch auf Krankengeld, da er Arbeitsentgelt (hier: Urlaubsentgelt) erhält.

Bei Besprechung des eingangs erwähnten oberstgerichtlichen Urteiles soll schließlich nicht verabsäumt werden, auf die für die Praxis sehr wichtige Auffassung des OGH in der Frage der Umwandlung von Entlassungsgründen hinzuweisen.

Das Landesgericht hatte in seinem Berufungsurteil die Auffassung vertreten, daß die Entlassung nicht gerechtfertigt sei, da die Unterlassung der Meldung zum Wiederantritt des Dienstes in der Meinung, die Krankheit verlängere den Urlaub, kein bewußt rechtswidriges Verhalten des Dienstnehmers darstelle. Nur ein solches berechtige aber zur Entlassung gemäß § 82 lit. f. Gew.O. Überdies sei auch im Entlassungsschreiben nicht ein Verhalten nach § 82 lit. f. Gew.O. geltend gemacht worden, sondern die Entlassung wurde darauf gestützt, daß bis zum Entlassungstag keine ärztliche Bescheinigung über die Erkrankung durch die Klägerin vorgelegt worden sei. Eine Verpflichtung zur Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses besteht aber weder nach dem Kollektivvertrag noch nach den Bestimmungen des Arbeiterurlaubsgesetzes. Nur für den Anspruch auf Bezahlung des Krankengeldes sei die Bestätigung des Krankenkassenarztes über die Arbeitsunfähigkeit

Voraussetzung. Nach ständiger Auffassung seien die Entlassungsgründe anlässlich der Entlassung präzise und eindeutig bekanntzugeben. Dieselben könnten nicht etwa nachträglich umgewandelt werden.

Der OGH teilt die letzterwähnte Auffassung nicht und stellt ausdrücklich fest, daß die These des Berufungsgerichtes, es liege eine Umwandlung des Entlassungsgrundes vor, unrichtig ist.

Es trifft nicht zu, daß Entlassungsgründe schon in den Entlassungsschreiben namentlich angeführt sein müssen. Lehre (Hämmerle, Arbeitsvertrag, Klang III, S. 311, Etrenzweg II 1 501) und Rechtsprechung (Sz I 77, Fuchs Nr. 40, 42, 101) stimmen überein, daß es ausreicht, in der Erklärung selbst nur auf das Lösungsrecht aus wichtigen Gründen sich zu berufen, diesem Grund selbst aber erst im Bestreitungsfall im Prozeß nachzuweisen. Ebenso wenig kann es dem Dienstgeber verwehrt werden, wenn ihm mehrere Entlassungsgründe bekannt sind, sich zunächst auf einen davon zu berufen, nachträglich aber noch einen weiteren Entlassungsgrund heranzuziehen (Sz I, Fuchs 37, 42 u. a. m. ArbSlg 4144), selbst wenn er den zur Zeit der Entlassung vorhandenen erst später erfahren hat (Klang III 311, Fuchs Nr. 211, Acl 2466). Immer vorausgesetzt, daß der Dienstgeber nicht auf diese weiteren Entlassungsgründe ausdrücklich oder stillschweigend verzichtet hat.

Wenn nun auch das Fernbleiben der Klägerin von der Arbeit nur zwei Tage dauerte, so geht doch aus den Erklärungen der Klägerin und ihrem Verhalten hervor, daß sie auch am 18. 8. 1949 nicht erschienen wäre, wenn nicht das an diesem Tage einlangende Entlassungsschreiben die Rechtslage entscheidend geändert hätte. Dabei ist es unerheblich, ob die Entlassene sich etwa in einem entschuldigen Rechtsirrtum über die urlaubsverlängernde Wirkung der Erkrankung befunden habe, wobei überdies nach dem Verhandlungsprotokoll ein solcher Rechtsirrtum gar nicht behauptet wurde.

Die Entlassungsgründe sind wohl in § 82 GewO taxativ aufgezählt, ohne daß jedoch ausdehnende Anwendung auf einen nach Beschaffenheit und Bedeutung gleichwertigen Tatbestand ausgeschlossen wäre. § 82 GewO sieht aber, anders als § 27, Ziff. 4, Ang.-G. nicht vor, daß die Dienstunterlassung während einer nach den Umständen erheblichen Zeit gedauert haben muß. Das Wort „beharrlich“ in § 82 lit. f. GewO bezieht sich überdies nur auf die Vernachlässigung der Dienstpflichten, nicht aber auf Dienstunterlassung. Das Fernbleiben eines Arbeitnehmers vom Dienst unter Umständen, welche nicht voraussehen lassen, wie lange dieses Fernbleiben dauern werde, berechtigt den Dienstgeber zur sofortigen Entlassung (vgl. den ähnlichen Fall ArbSlg. 4975/48).

Dazu kommt aber, daß auch die Begründung mit der unterlassenen Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses in diesem Zusammenhang gesehen eine wesentliche Bedeutung gewinnt.

Der Klägerin war eine fest umgrenzte Zeitspanne für ihren Urlaub zugewiesen und auf dieser Abmachung beruhten die Dispositionen der Dienstgeberin über den eigenen Urlaub und jenen allfälliger anderer Arbeitnehmer. Sie durfte also mit dem Wiederantritt der Arbeiterin am 6. 8. 1949 rechnen. Wenn die Klägerin, wie sich später im Prozeß herausstellte, in Wahrheit bis zum 15. 8. krank und arbeitsunfähig war, so hatte sie die Pflicht, diese ihre Arbeitsunfähigkeit ehestens bei Urlaubsende (also am 6. 8. 1949, Anmerkung d. Red.) der Dienstgeberin mitzuteilen, damit diese ihre Betriebs- und Urlaubsdispositionen ändern könne.

Die Klägerin hat aber jede Mitteilung nach dem 1. 8. 1949 unterlassen, wiewohl sie in ärztlicher Behandlung stand und daher jederzeit von ihrem Arzte erfahren konnte, bis zu welchem Zeitpunkt ihre Genesung mutmaßlich möglich sein werde. Selbst nach ihrer Genesung am 15. 8. 1949 hielt sie es nicht der Mühe wert, die Beklagte von ihrer Genesung und, wenn sie wirklich dieser Meinung gewesen wäre, davon in Kenntnis zu setzen, daß sie sich für befugt halte, die durch Krankheit versäumten Tage ihrem Urlaub zuzurechnen, oder am 16. 8. zur Arbeit zu erscheinen und mit der Dienstgeberin über diese Frage eine Aussprache zu pflegen. Statt dessen ist sie einfach der Arbeit fern geblieben und erst das Entlassungsschreiben hat in ihrem Verhalten eine Änderung herbeigeführt. Darin liegt eine Verletzung ihrer Dienstpflichten, welche nach ihrer Bedeutung und Wichtigkeit einen Entlassungsgrund im Sinne des § 82 f. GewO verwirklicht, die man aber auch, wenn man an dessen Wortlaut haften will, als ein bewußt rechtswidriges Verhalten kennzeichnen kann.

Zur Unfallversicherung der Unternehmer

Von Dr. Wilhelm Seligo

Die Unfallversicherung der industriellen und gewerblichen Unternehmer ist in Form einer Pflichtversicherung bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt in Wien, durch § 538 der noch in Kraft stehenden Reichsversicherungsordnung, §§ 1 und 2 des Sozialversicherungsüberleitungsgesetzes, B. G. Bl. Nr. 142/47, und die hiezu ergangenen Satzungsbestimmungen für den Bereich des Versicherungsumfanges und der Versicherungsleistungen geregelt. Ungeregt ist bisher geblieben, in welcher Form die gemäß § 78 SV.-UG. vorgesehenen Beiträge durch die Versicherten zu leisten sind.

Nunmehr hat der Vorstand der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt eine Satzungsänderung beschlossen, welche auch in diesem Bereiche Klarheit schafft. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Pflichtversicherung nicht bloß auf die schon bisher nach den Satzungen der Berufsgenossenschaften Versicherten beschränkt bleiben, sondern auf alle Unternehmer erstreckt werden soll. (Siehe Doktor Pompe „Die Unfallversicherung der selbständig Erwerbstätigen in Österreich“ in der „Industrie“ Nr. 44 vom 5. November 1949.) In dieser Frage haben die einzelnen Interessensvertretungen der Unternehmer keine einheitliche Stellungnahme bezogen, so daß der Vorstand der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt sich bei der satzungsmäßigen Neuregelung auf eine Klärung der Beitragsseite beschränkt hat. Zu diesem Zwecke wurde ein Katalog der versicherungspflichtigen Unternehmer entsprechend den im Anhang zur Fachgruppenordnung vom 15. 7. 1947, B. G. Bl. Nr. 223/47, angeführten Berufsgruppen aufgestellt. Dort sind jene Unternehmer aufgenommen worden und somit versicherungspflichtig, welche — wenn auch teilweise unter anderer Bezeichnung — schon nach den Satzungsbestimmungen der früheren Berufsgenossenschaften versicherungspflichtig waren. Dies sind im Bereiche der Industrie die Unternehmer die dem Fachverband der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, der papierverarbeitenden Industrie, der Sägeindustrie und holzverarbeitenden Industrie, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der lederzeugenden und lederverarbeitenden Industrie und der Bekleidungsindustrie angehören.

Falls in einzelnen Fällen Unklarheit über die Zugehörigkeit zur früheren Berufsgenossenschaft und daher auch über die weiterlaufende Unfallversicherungspflicht bestehen sollte, empfiehlt sich eine Anfrage bei der Versicherungsanstalt zwecks Klarstellung auf Grund des früher erwähnten Kataloges der versicherungspflichtigen Unternehmer.

Im einzelnen bringt diese Satzungsänderung folgende für die Unternehmer interessante Bestimmungen:

1. Der Jahresarbeitsverdienst — die Grundlage für die Bemessung der Leistungen und der Beiträge — wird in der Pflichtversicherung einheitlich mit S 9000.— festgesetzt.
2. Der Beitrag wird ab 1. 7. 1950 eingehoben und beträgt 0,5 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes, also S 45.— im Jahr; er ist alljährlich zu entrichten. Dauert die Versicherungspflicht in einem Kalenderjahr aber höchstens 6 Monate, so reduziert sich der Beitrag auf die Hälfte.
3. Jeder Unternehmer kann zu den gleichen Bedingungen (0,5 Prozent Beitrag) eine Zusatzversicherung eingehen, so daß er nach seiner Wahl insgesamt nicht auf S 9000.—, sondern auf S 18.000.— oder S 24.000.— Jahresarbeitsverdienst versichert ist.
4. Jeder nicht versicherungspflichtige Unternehmer kann eine freiwillige Versicherung, ebenfalls zu den gleichen Bedingungen, eingehen, der nach seiner Wahl ein Jahresarbeitsverdienst von S 9000.—, S 18.000.— oder S 24.000.— zu Grunde gelegt wird.
5. Der im Betrieb mittätige, nicht versicherungspflichtige Ehegatte kann freiwillig zu den gleichen Bedingungen und mit dem gleichen Jahresarbeitsverdienst gegen die Folgen von Arbeitsunfällen versichert werden.
6. Die Satzung sieht vor, daß versicherungspflichtige Unternehmer sich bei der örtlich zuständigen Landesstelle (also Wien, Graz, Linz oder Salzburg) anzumelden haben und daß diese Anmeldung innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten der Satzung, bzw. 2 Wochen nach Eintritt der Versicherungspflicht zu erstatten ist. Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt wird sich aber die Mitglieder-Verzeichnisse der einzelnen Fachverbände selbst beschaffen und es ist daher nicht notwendig, daß sich die einzelnen Unternehmer schon jetzt bei der Anstalt melden. Sie können vielmehr eine Verständi-

gung durch die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt abwarten.

Bei Eintritt eines Arbeitsunfalles ist aber die Unfallmeldung sogleich zu erstatten, damit die Zuerkennung von Versicherungsleistungen unverzüglich eingeleitet werden kann.

7. Für Versicherungsfälle, die vor dem 1. 7. 1950 ein-

getreten sind, gelten diese Bestimmungen nicht, insbesondere wird nicht ein einheitlicher Jahresarbeitsverdienst der Bemessung der Versicherungsleistungen zu Grunde gelegt, sondern jener Betrag, der sich aus den einzelnen bis dahin geltenden Satzungsbestimmungen der vormaligen Berufsgenossenschaften und der Anwendung der Bestimmungen der sogenannten Sozialversicherungs-Anpassungsgesetze ergibt.

Aus der Spruchpraxis der Arbeitsgerichte und Einigungsämter

Zum Begriff der Sittenwidrigkeit

Ein bei einer öffentl. rechtl. Körperschaft tätiger Angestellter begehrte im Klagewege eine Aufzählung seines vereinbarten Gehaltes auf die sich durch die verschiedenen Lohn- und Preisabkommen seit August 1947 ergebende Höhe. Auch verstoße die Nichtgewährung der für andere Dienstnehmer-Kategorien verfügbaren Teuerungszulagen gegen die guten Sitten.

Das Klagebegehren wurde mit nachfolgender Begründung kostenpflichtig abgewiesen.

Die beklagte Partei stellt keinen Betrieb der gewerblichen Wirtschaft dar, auf das klägerische Dienstverhältnis finden weder KV noch die gesetzliche Gehaltsregelung für Bundesangestellte Anwendung. Es besteht daher kein gesetzlicher oder vertraglicher Anspruch des Klägers auf Gehaltserhöhung.

Überdies sei nach herrschender Lehre sittenwidrig, was offenbar widerrechtlich ist, ohne gegen ein ausdrückliches gesetzliches Verbot zu verstoßen. Ein Verstoß gegen die guten Sitten liegt nur vor, wenn damit ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit gegeben ist. Grundsätzlich ist die Vereinbarung des Lohnes im Rahmen des Dienstvertrages der freien Vereinbarung überlassen und es würde die Aufgaben und Möglichkeiten des ArbG. weit überschreiten, im Rahmen eines solchen Rechtsstreites den gerechten Lohn nach Maßgabe der wirtschaftlichen Kräfte des Arbeitgebers und den Bedürfnissen des Arbeitnehmers zu errechnen. Ein solches Unterfangen wäre aber darin zu erblicken, wenn die für andere Wirtschaftszweige geltenden kollektivvertraglichen Gehaltsätze auf das vorliegende Dienstverhältnis analog angewendet würden und eine verminderte Zahlung als sittenwidrig erklärt würde.

ArbG. Wien 7 Cr 26/50
3

Fehlen eines Neuerungsverbotes im arbeitsgerichtlichen Berufungsverfahren

Ein Berufungswerber bekämpfte ein Versäumnisurteil ohne Angabe von Berufungsgründen mit dem Antrage, das Urteil sei dem ganzen Umfange nach aufzuheben und nach Neudurchführung der Verhandlung die Klage kostenpflichtig abzuweisen. Auch wurden in der Berufung neue Beweise angeboten.

In drei zeitlich knapp aufeinanderfolgenden Urteilen vom 4. und 13. April sowie vom 11. Mai 1950 hat das LG. f. ZRS. Wien diese Berufungen als unbegründet zurückgewiesen und in den Entscheidungsgründen folgenden auszugweise wiedergegebenen Rechtsstandpunkt bezogen.

Der Berufungswerber vermeint unter Bezugnahme auf das Fehlen eines Neuerungsverbotes im arbeitsgerichtlichen Berufungsverfahren, nunmehr durch das Vorbringen neuer Tatsachen und Beweise die Klagsangaben widerlegen zu können. Es ist wohl richtig, daß entgegen der Bestimmung des § 482, ZPO, zufolge § 25 (1), Z. 3, ArbGG. 1946 im arbeitsgerichtlichen Berufungsverfahren kein Neuerungsverbot besteht. Die Streitsache ist jedoch vom Berufungsgericht nur „in den durch die Anträge bestimmten Grenzen“ von neuem zu verhandeln. Diese Anträge sind die Berufungsanträge. Bei der Entscheidung über diese Berufungsanträge ist aber zunächst zu untersuchen, ob ein Berufungsgrund gegeben ist. Nach Ansicht des Berufungsgerichtes liegen aber Berufungsgründe nicht vor. Eine Mangelhaftigkeit kann nicht darin erblickt werden, daß es die beklagte Partei in I. Instanz versäumt hat, rechtzeitig ihre Beweisanträge zu stellen. Da Beweise nicht durchgeführt wurden, kann auch der Berufungsgrund der unrichtigen Beweiswürdigung oder Tatsachenfeststellung nicht vorliegen. Eine Aktenwidrigkeit ist nicht gegeben und ebenso ist die rechtliche Beurteilung des Erstgerichtes richtig, da es das Urteil auf Grund des schlüssigen Klagsvorbringens unter der vom Gesetz (§ 396 ZPO, Anmerkung d. Red.) angeordneten Annahme seiner Wahrheit erlassen hat. Auch aus dem Umstande, daß abweichend von den Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes 1943 eine positive

Bestimmung fehlt, wonach das Neuerungsverbot im arbeitsgerichtlichen Berufungsverfahren dann zu gelten habe, wenn es sich um Berufungen gegen Versäumnisurteile handelt, kann nicht der Schluß gezogen werden, daß jede Neuerung im Berufungsverfahren zuzulassen sei.

Hiezu kommt noch, daß der Beklagte ohne Angabe von Gründen zur Tagsatzung nicht erschienen ist, obwohl er wissen mußte, daß gegen ihn im Falle des Nichterscheins ein Versäumnisurteil erlassen werden könnte. Er hat es auch unterlassen, zumindest durch einen Wiedereinsetzungsantrag glaubhaft zu machen, daß er durch ein unabwendbares oder unvorhergesehenes Ereignis verhindert gewesen sei, zu dieser Tagsatzung zu erscheinen und daher nicht in der Lage gewesen sei, seine Einwendungen rechtzeitig vorzubringen. Es sind daher die neuen Angaben und Beweise in der Berufung, von denen der Beklagte schon zur Zeit der Klagsbringung Kenntnis haben mußte, offenbar in der Absicht, den Prozeß zu verschleppen, vorgebracht worden. Die Durchführung und Zulassung dieser Beweise durch das Berufungsgericht würde eine erhebliche Verzögerung des Prozesses herbeiführen. Dieses Vorbringen war demnach gemäß § 179, ZPO. überdies als unstatthaft zu erklären.

LG. f. ZRS. Wien 44 Cg 59/50, 44 Cg 94/50, 44 Cg 124/50
9 11 6

Anmerkung der Redaktion:

Die obangeführten Urteile generalisieren in dem an sich verständlichen Bestreben, Prozeßverzögerungen hintanzuhalten und kommen contra legem zum Ergebnis, daß eine säumig gewesene Partei auch im Berufungsverfahren von neuem tatsächlichen Vorbringen auszuschließen sei. Diese Auffassung steht im übrigen auch in Widerspruch zum Beschluß desselben Gerichtes Zl. 3 Cr 235/48-8 vom 10. 5. 1949, mit welchem das LG. f. ZRS. Wien in einem gleichgelagerten Fall einer Berufung Folge gab, allerdings die Rechtsache zur neuen Entscheidung an das Erstgericht zurückwies. Ebenso hat der Oberste Gerichtshof mit Beschluß vom 2. Juli 1949, Zl. 4 Ob 30/49 die Rechtsauffassung vertreten, daß im arbeitsrechtlichen Berufungsverfahren auch die Partei, gegen die in erster Instanz ein Versäumnisurteil gefällt wurde, zum Vorbringen von Neuerungen berechtigt sei. Allerdings habe in solchen Fällen nach Ansicht des OGH. das Berufungsgericht die Neuerung der säumig gewesenen Partei zwar zuzulassen, aber in der Sache selbst zu entscheiden.

Die Entscheidung des OGH. trägt sowohl prozeßökonomischen Bedenken als auch dem Gesetzeswortlaut Rechnung. Sie beweist, daß bei richtiger Gesetzesauslegung trotz uneingeschränkter Zulassung von Neuerungen im Berufungsverfahren keine Verschleppungsmöglichkeiten gegeben sind.

Immerhin ist anzunehmen, daß die Berufungsinstanz nicht ein praktisches Neuerungsverbot bei Berufungen gegen Versäumnisurteile statuieren will. Darauf deutet auch der gleichlautend in allen drei oben besprochenen Urteilen gemachte Hinweis, daß die beklagte Partei „zumindest durch einen Wiedereinsetzungsantrag“ hätte glaubhaft machen sollen, daß sie wegen Verhinderung durch ein unabwendbares oder unvorhergesehenes Ereignis verhindert war, zu der Tagsatzung zu erscheinen und Beweise rechtzeitig vorzubringen. Zukünftig wird es sich in Zweifelsfällen unbedingt empfehlen, mit der Berufung den Antrag auf Wiedereinsetzung zu verbinden.

Keine Klage auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses zulässig

Ein seit 24. 5. 1948 bestandenes Lehrverhältnis wurde am 6. 11. 1949 — angeblich ohne Zustimmung der Klägerin — gelöst. Das Klagebegehren des Inhalts, die beklagte Partei sei schuldig, das Lehrverhältnis bis zur ordnungsgemäßen Beendigung der Lehrzeit fortzusetzen, wurde mit nachfolgender Begründung abgewiesen.

Als Lehrling zählt die Klägerin gemäß § 73, Abs. 1, lit. c, Gewerbeordnung zu den gewerblichen Hilfsarbeitern.

Nach der GewO. gilt, wie auch nach den meisten arbeitsrechtlichen Gesetzen ein Arbeitsverhältnis, das — wenn auch unberechtigt — vorzeitig aufgelöst wird, als beendet. Deshalb behandelt die GewO. in § 84 auch nur die Folgen einer ungerechtfertigten Entlassung des Hilfsarbeiters und gewährt ihm den Lohn für die ganze oder noch übrige Kündigungsfrist, nicht aber die Fortsetzung des unberechtigt aufgelösten Arbeitsverhältnisses. Dies gilt auch für Lehrlinge. Auch diese haben im Falle der unberechtigten Auflösung des Lehrverhältnisses nur einen Ersatzanspruch, und zwar sowohl auf die Lehrlingsentschädigung für die noch übrige Kündigungszeit (soweit eine Kündigung überhaupt zulässig ist) und daneben einen allfälligen Schadenersatzanspruch nach § 1162 b ABGB. infolge Unterbrechung der Lehrzeit usw. Dies ergibt sich nicht nur nach § 73 GewO., der die Lehrlinge zu den gewerblichen Hilfsarbeitern zählt, sondern noch daraus, daß der § 84 GewO. bei der Bestimmung der Folgen der unberechtigten Entlassung nicht nur den § 82 GewO. (Entlassung des Hilfsarbeiters) sondern auch den § 101 (Entlassung des Lehrlings durch den Gewerbeinhaber) ausdrücklich anführt und damit hier auf den besonderen Fall des Lehrvertrages ausführlich verweist. Im Fall einer wenn auch unberechtigten Entlassung des Lehrlings ist das Lehrverhältnis beendet. Ist aber das Lehrverhältnis zu Ende, so kann seine Fortsetzung nicht mehr begehrt werden.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Zweck der Lehrverträge — Ausbildung des Lehrlings im Gewerbe — bei einer exekutiv erzwungenen Fortsetzung eines Lehrvertrages erreicht wird und das Ergebnis einer solchen Durchsetzung wäre höchstens, daß zwar der Lehrling seine vorgeschriebene Lehrzeit absolviert hat, seine Ausbildung jedoch mangelhaft geblieben ist, was weder im Interesse des Lehrlings noch auch im Interesse des Gewerbestandes selbst gelegen sein kann.

Arb.G. Wien 4 Cr 239/50 vom 28. Juni 1950.

4

Berechnung der Kündigungsfrist nach § 20 (2) Ang.G. nach Maßgabe der bei Beendigung des Dienstverhältnisses vollendeten Dienstjahre

Ein Angestellter, dessen Dienstzeit ab 5. 1. 1948 rechnet, wurde am 29. 12. 1949 per 15. 2. 1950 gekündigt. Mit Rücksicht darauf, daß der Kläger im Zeitpunkte der Auflösung des Dienstverhältnisses bereits im 3. Dienstjahrsstand, verlangte er im Klagewege Zuspruch eines halben Monatsgehaltes, da ihm nach § 20 (2) Ang.G. nach den vollendeten zweiten Dienstjahr eine zweimonatige Kündigungsfrist zustehe.

Die beklagte Partei verwies darauf, daß der Kläger am Tage des Ausspruches der Kündigung ein zweijähriges Dienstverhältnis noch nicht vollendet habe und er daher nur eine sechswöchige Kündigungsfrist beanspruchen könne.

Dem Klagebegehren wurde mit nachstehender Begründung stattgegeben.

Es bedarf eines objektiven Momentes als Ausgangspunkt für die Berechnung der Kündigungsfrist. Dieses kann nur in dem vom Dienstgeber beabsichtigten Termin der Lösung des Dienstverhältnisses erblickt werden. Nach einhelliger Judikatur (Arb.Slg. 3380, 4252, 4992) ist das Dienstverhältnis erst mit Ablauf der Kündigungsfrist als gelöst, das heißt als beendet zu betrachten. Durch den Ausspruch der Kündigung wird lediglich festgestellt, an welchem Tage in Zukunft das Dienstverhältnis mit Rücksicht auf den in der Kündigung angeführten Tag oder der vertraglich vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungsfrist beendet sein soll. Eine andere Bedeutung kommt dem Tage des Ausspruches der Kündigung nicht zu. Da nach § 20 (2) Ang.G. die Dauer der Kündigungsfrist mit der Dauer des Dienstverhältnisses in Wechselbeziehung steht, muß nach dem Tage der Beendigung des Dienstverhältnisses nach Maßgabe der bis dahin vollendeten Dienstjahre die Kündigungsfrist berechnet werden (Arb.Slg. 4935). Im vorliegenden Falle ist der Kläger am 5. 1. 1948 in die Dienste der Beklagten getreten und hat daher mit Ablauf des 4. 1. 1950 das zweite Dienstjahr vollendet. Eine am 29. 12. 1949 für 15. 2. 1950 ausgesprochene Kündigung bringt daher das Dienstverhältnis erst nach Ablauf des zweiten Dienstjahres zur Lösung, so daß dem Kläger nach § 20 (2) Ang.G. eine Kündigungsfrist von zwei Monaten zusteht.

Arb.G. Wien 13 c Cr 49/50 vom 6. 7. 1950.

4

Anmerkung der Redaktion:

Dem obigen Urteil müssen gewichtige Einwendungen entgegengehalten werden. Wir sind der Auffassung, daß dem Tage des Ausspruches der Kündigung maßgebliche Bedeutung für die Berechnung des Ausmaßes der Kündigungs-

frist zukommt. Wenn sich das erkennende Gericht u. a. zur Begründung seiner Auffassung auf ein Berufungsurteil des LG. f. ZRS. Wien bezieht, so beweist dieses Urteil (Arb.Slg.) genau das Gegenteil, da darin folgendes festgestellt wird:

Unter Lösung des Arbeitsverhältnisses wird gemeintlich schon die Kündigungshandlung selbst im Gegensatz zu der erst mit Ablauf der Kündigungsfrist eintretenden Beendigung des Arbeitsverhältnisses verstanden.

Wenn nun weiter das Urteil die in Arb.Slg. 4935 niedergelegte Meinung als „einheitliche Rechtsprechung“ auffaßt, wonach die Zeit zwischen dem Ausspruch der Kündigung eines Angestellten und dem Ablauf der Kündigungsfrist in die für die Berechnung der Kündigungsentschädigung (§ 20, Abs. (2) Ang.G.) maßgebliche Dienstzeit einzurechnen ist, so hält auch diese Auffassung einer näheren Überprüfung nicht stand.

Schon nach dem Wortlaut des § 20 (2) Ang.G. kann das Dienstverhältnis „durch vorgängige Kündigung“ gelöst werden. Die Kündigungsfrist erhöht sich „nach dem vollendeten zweiten Dienstjahr auf zwei Monate“. Es scheint uns daher richtiger, wenn die der Vollendung des zweiten Dienstjahres vorgängige Kündigung nur eine sechswöchige Kündigungsfrist erfordert, also dem Tage des Ausspruches der Kündigung maßgebliche Bedeutung zukommt. Eine „einheitliche Rechtsprechung“ in dieser Frage gibt es überhaupt nicht. Der kurzen und in der Begründung auffallend knapp gehaltenen Entscheidung Arb.Slg. 4935 steht lediglich nach unseren Untersuchungen das in der Begründung viel tiefer schürfende Berufungsurteil des LG. f. ZRS. Wien vom 12. 3. 1926, Arb.Slg. 3565, gegenüber, dessen maßgebliche Erwägungen wir abschließend kurz zitieren:

Die Berechnung der Kündigungsfrist richtet sich nach dem Zeitpunkt der ausgesprochenen Kündigung, weil § 20 (2) Ang.G. bestimmt, daß sich die Kündigungsfrist erst nach vollendetem 2. Dienstjahr auf 2 Monate, nach vollendetem 5. Dienstjahr auf 3 Monate usw. verlängere. Die gesetzliche Minimalfrist kann nicht aus dem Endpunkte der Kündigungsfrist und der hieraus errechneten Dauer des Dienstverhältnisses berechnet werden, es kann vielmehr nur der Zeitpunkt des Ablaufes des Dienstverhältnisses aus dem Zeitpunkt der Kündigung und der sich hieraus ergebenden Kündigungsfrist bestimmt werden. Da Klägerin zur Zeit der Kündigung zwei Dienstjahre noch nicht vollendet hatte, konnte sie nach dem Gesetz nur Anspruch auf sechswöchige Kündigungsfrist erheben.

Immerhin wird es sich empfehlen, mit der geschilderten Rechtsauffassung im Bereiche des Landesgerichtes für ZRS. Wien bei Kündigungen zu rechnen und in Grenzfällen die Kündigung entsprechend früher auszusprechen. Wenn die Judikatur unserem Standpunkt wieder Rechnung tragen sollte, werden wir dies verlaublichen.

Betriebsratsmitglieder vor Schwerinvaliden zu kündigen

Die wirtschaftliche Lage eines Betriebes ergab die Notwendigkeit, die Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes zu beantragen, da dieser nur für bestimmte Arbeiten verwendbar war und die Firma keine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit mehr hatte.

Das Einigensamt Wien stimmte der Kündigung zu, da es die Voraussetzungen des § 18 (1) lit. a) BRG. als gegeben erachtet. Es sei für die vorerwähnten Arbeiten noch ein zweiter Mann im Betrieb tätig, welcher jedoch als Schwerinvalid von einer Kündigung noch härter betroffen würde, als das Betriebsratsmitglied.

EA Wien Re 263/50 vom 24. 6. 1950.

5

Notizen

Sozialversicherungsabkommen Österreich-Schweiz

Am 15. Jul. d. J. ist zwischen Österreich und der Schweiz ein Sozialversicherungsabkommen getroffen worden, durch welches den Staatsbürgern beider Länder sozialversicherungsrechtliche Behandlung auf Grundlage der Gegenseitigkeit garantiert wird.

Verlängerung der Ausfallvergütung

Durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz war bestimmt worden, daß die Ausfallvergütung mit 30. Juni 1950 außer Kraft tritt. Nunmehr ist durch Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung eine Verlängerung der Ausfallvergütung bis 30. Juni 1951 erfolgt, da noch immer die Möglichkeit besteht, daß im kommenden Winter mit Lohnausfällen infolge von Strommangel gerechnet werden muß.

CONFIDENTIAL

Information und Glosse

Pünktlichere Freigaben!

Die Aufteilung der Ende August nach langer Verzögerung freigegebenen Hilfsfondsgeldern in der Höhe von 1200 Millionen Schilling soll endlich in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Die bisher erfolgten Zuwendungen im laufenden Jahr betragen 2150 Mill. Schilling; bekanntlich wurden im März i. J. 350 Millionen, im Mai 600 Millionen und Ende August 1200 Millionen Schilling freigegeben. Für die nächste Woche sind Verhandlungen wegen der baldigen Freigabe der restlichen 650 Mill. Schilling in Aussicht genommen. Es sollen im laufenden Jahre etwa zwei Drittel der Mittel der Staatswirtschaft und ein Drittel der Privatwirtschaft zufließen, wobei eine gesunde Proportion zwischen der Rohstoffindustrie und der Finalindustrie hergestellt werden soll, da bei einer Bevorzugung der Rohstoffindustrie die Finalindustrie in die Hinterhand geraten und allenfalls ihre Exportfähigkeit verlieren könnte. Die Aufteilung der zuletzt freigegebenen Hilfsfondsgelder wird zeigen, ob man dabei diesem wirtschaftlich gerechtfertigten Grundsatz auch tatsächlich Rechnung getragen hat.

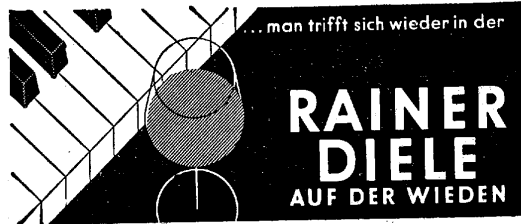
Man kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß die Verzögerungen der Freigaben eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens hervorgerufen und damit die fortschreitende Entwicklung im Aufbau gestört haben. Es darf sich nicht wiederholen, daß die Termine für die Freigaben überschritten werden und man sollte daher von österreichischer Seite alles vornehmen, die Arbeiten für das den Freigaben zu unterliegende Programm rechtzeitig fertigzustellen. Tatsächlich sollen die Stellen für das Programm 1951 von den zuständigen Stellen bis Mitte November i. J. abgeschlossen werden. Der ECA-Mission wird dieses Programm frühzeitig vorgelegt werden, sodaß die Termine im kommenden Jahre eingehalten werden können.

Im Laufe der vergangenen Woche ist Minister a. D. Professor Dr. Taucher nach Paris abgereist; bei den von ihm geführten Verhandlungen soll der Nachweis des von Österreich für 1950/51 unbedingt benötigten Dollarbetrages in der Höhe von 105 Mill. erbracht werden. Nach der seinerzeitigen Rückkehr des österreichischen Leiters des ERP-Büros aus Amerika wurde bekannt, daß die direkte Hilfe für Österreich, die ursprünglich mit 125 Mill. Dollar angenommen wurde, auf rund 80 Millionen Dollar vermindert werden soll. Da Minister a. D. Prof. Taucher in Washington auf die großen Gefahren aufmerksam machte, die unsere Wirtschaft bei einer derart starken Einschränkung der Bezugsmöglichkeiten aus USA drohen, will man jetzt versuchen, die Summe auf 105 Millionen Dollar zu erhöhen. Unter allen Umständen haben wir aber mit einer fühlbaren Reduktion der direkten Hilfe zu rechnen und es wird sich die Notwendigkeit ergeben, den Export um durchschnittlich 200 Millionen im Monat zu steigern, um den Ausfall wettzumachen. Dieses Ziel kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn die Exportwirtschaft bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen von Bedeutung jene Förderung erfährt, die ihr bei der Erfüllung ihrer schweren Aufgabe, für den Ausgleich der Handelsbilanz zu sorgen, zweifellos auch gebührt.

Für und Wider die Kartelle

Die internationale Handelskammer hat auf Grund einer Aussprache in der letzten Sitzung ihres Verwaltungsrates die verschiedenen Gesichtspunkte über das Kartellproblem zusammengefaßt. Der unbedingten Ablehnung aller Kartellvereinbarungen durch die Vertreter der nordamerikanischen Wirtschaft steht die Auffassung der Vertreter der europäischen Länder gegenüber, die — gleich wie in Österreich — eine generelle Duldung freier Übereinkommen mit einer gesetzlichen Beschränkung gegen Mißbrauch vertreten. Die meisten europäischen Länder sind daher mit der Vorbereitung einer Kartellgesetzgebung beschäftigt, wenn sie nicht schon eine solche besitzen.

Der belgische Vertreter führte seine Ausführungen zu dem Vorschlag, die internationale Handelskammer möge ähnlich ihrem Kodex über die gerechte Behandlung von Investitionen im Ausland auch einen Kodex über die gerechte und billige Praxis der privaten wirtschaftlichen Macht vorschlagen, deren wesentliches Instrument Kartelle sein können. Der Vertreter Italiens vertrat die Meinung, daß die Lage zu wechselnd sei, um grundsätzlich für oder gegen die Kartelle sprechen zu können. Je nach der besonderen Situation müsse der Abschluß privater wirtschaftlicher Abmachungen verboten, geduldet, geregelt



Zum 5-Uhr-Tee und abends bei Pianist Armin Sommer

oder sogar erleichtert werden. Die Verbraucher wollen wohl gegen Mißbrauch geschützt werden, sind jedoch auch an einem stabilen Preissystem interessiert. Die Industrieförderung sind oft die Ursache für Rationalisierung, Verbilligung und bessere Markterforschung. Die Entwicklung der synthetischen Kautschukerzeugung in den Vereinigten Staaten ist zum Beispiel geradezu der Erfolg einer Zentralisierung mehrerer Betriebe gewesen. In gewisser Hinsicht dienen also industrielle Übereinkommen der Gemeinschaft, sie setzen eine verantwortungsbewußte Haltung der Unternehmer voraus. Der Delegierte Frankreichs machte auf die Zersplitterung der verarbeitenden Industrie in Europa aufmerksam, die Serienerzeugung und Spezialisierung verhindern. Daher ist berufliche Disziplin, die wieder nur auf freiwilliger Basis durch Übereinkommen erzielt werden könne, in Europa besonders erforderlich, es kann zumindest in einer Zwischenperiode auf eine generelle Duldung industrieller Übereinkommen zum Nutzen der allgemeinen industriellen Entwicklung nicht verzichtet werden. Die Vertreter Hollands und Luxemburgs traten für die Möglichkeit ein, Kartelle abzuschließen; daß eine gewisse Überwachung solcher Abmachungen am Platze sei, wurde von ihnen nicht geleugnet. Der Delegierte Deutschlands berichtete, daß mit dem Kupfer- und Aluminium-Kartell gesamtwirtschaftlich gute Erfahrungen gemacht wurden. Es wäre empfehlungswert, auf eine Vereinheitlichung der Kartellgesetzgebung in den verschiedenen europäischen Ländern hinzuwirken. Der britische Vertreter erinnerte an die Empfehlungen der Konferenz von Rye des Jahres 1944, zur Prüfung der Frage der industriellen Übereinkommen ständig in Fühlung zu bleiben und insbesondere die Auswirkungen der Übereinkommen auf Vollbeschäftigung, die Lebenshaltung, die Entwicklung der Preise und Märkte ständig zu beobachten.

In den nächsten Monaten wird die internationale Handelskammer die Prüfung der Kartellfrage weiterführen und sich mit dem Kartellproblem am nächstjährigen Kongreß befassen.

Holländisches Gesetz über industrielle Organisation

Das holländische Parlament hat kürzlich ein neues Gesetz über industrielle Organisation angenommen. Es soll die Organisation des sozialen und wirtschaftlichen Lebens regeln. Zunächst wird auf

Grund des Gesetzes ein Sozial- und Wirtschaftsrat aus 45 Mitgliedern gebildet, in dem Regierung, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vertreten sind. Von den fünfzehn Arbeitnehmervertretern gehören sieben dem Holländischen Gewerkschaftsbund, fünf der holländischen katholischen Gewerkschaftsbewegung und drei der protestantischen Gewerkschaftsbewegung an. Die Aufgabe des Wirtschafts- und Sozialrates ist es, darüber zu wachen, daß die holländische Industrie im allgemeinen Interesse des Staates funktioniert. Für später ist die Einrichtung vertikaler und horizontaler Industrieorganisationen vorgesehen.

Vertikale Organisationen sollen die mit einem besonderen Produkt befaßten Betriebe umfassen, z. B. Häute: Importe von Häuten, Gerbereien, Schuh- und Lederwarenbetriebe usw. bis zum Detailhändler. Die horizontalen Organisationen sollen alle gleichartigen Betriebe umfassen, z. B. alle Häute-Importeure, alle Gerbereien, alle Schuh- und Lederwarenbetriebe usw. In den vertikalen und horizontalen Organisationen werden sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber vertreten sein. Die Aufgaben der vertikalen und horizontalen Organisationen sind u. a.: Die Registrierung von Unternehmungen und der von diesen beschäftigten Personen, die Beschaffung von Informationen, die Prüfung von Bilanzen und Abrechnungen sowie der technischen Ausrüstung der betreffenden Unternehmungen, Produktion, Verkauf und Verteilung von erzeugten Gütern, Untersuchungen auf sozialem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet, Wettbewerbsfragen, Mechanisierung und Rationalisierung.

CONFIDENTIAL

Das indische Sechsjährprogramm

Das stetige Ansteigen des österreichischen Exportes nach Indien — die Summe unseres Exportes hat sich, wie wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres von 9,7 Millionen in den gleichen Monaten des Vorjahres auf 25,1 Millionen Schilling erhöht — rückt die wirtschaftlichen Vorgänge in diesem großen Gebiet Südasiens in das Blickfeld des europäischen Interesses. Bei der für den 25. September in Aussicht genommenen Konferenz der Commonwealth-Regierungen in London soll auch über die Höhe der Beiträge beraten werden, die das Mutterland und die Dominien für die Entwicklung Indiens, Pakistans und Ceylons zu leisten haben werden. Als einziges Land hat Indien bereits genauere Daten über sein Entwicklungsprogramm für die nächsten sechs Jahre veröffentlicht. Danach wird es in dieser Zeitspanne insgesamt 18,40 Milliarden Rupien benötigen, wovon u. a. 4,80 Milliarden für Eisenbahnprojekte, 4 Milliarden für Bewässerungs- und andere Großprojekte der Zentral- und Staatenregierungen, 2 Milliarden für Gesundheits-, Erziehungs- und Wohnbaupläne und 1,8 Milliarden Rupien für staatliche und private Industrieprogramme vorgesehen sind. Die indische Regierung glaubt annehmen zu dürfen, daß von der Gesamtsumme vor 18,4 Milliarden Rupien etwa 10,3 Milliarden aus inländischen Quellen finanziert werden können, sodaß eine Summe von rund 8 Milliarden Rupien aus dem Ausland benötigt würde. Man ist in London der Meinung, daß sowohl der Umfang der geplanten indischen Entwicklungsausgaben als auch des indischen Zuschußbedarfes aus dem Ausland weit über denen der anderen Länder — Pakistan, Ceylon — liegen dürfte, doch steht man der Finanzierung des indischen Sechsjährplanes durchaus zustimmend gegenüber. Das große Entwicklungsprogramm Indiens dürfte auch der österreichischen Exportindustrie neue Chancen für eine weitere Intensivierung des Handelsverkehrs bieten.

Hilfsaktion für das schweizer Hotelgewerbe

Die schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft hat aus öffentlichen Mitteln bis zum Jahre 1955 einen Rahmenkredit bis zum Höchstbetrag von 47 Millionen Franken für Entschuldungs- und Erneuerungszwecke erhalten. Die öffentliche Hand hat sich bereits seit 1921 an finanziellen Hilfsaktionen zugunsten des Hotelgewerbes beteiligt; sie machen bis Ende 1949 zusammen über 56 Millionen Franken aus. In dieser Zeit sind allerdings Rückzahlungen von rund 12 Millionen Franken erfolgt, die aber in der letzten Zeit zurückgehen. Es erwies sich daher als notwendig, eine längere Vollzugsperiode — bis zum Jahre 1955 — in Aussicht zu nehmen. Während der Jahre 1946 und 1947 war im Schweizer Fremdenverkehr eine Aufwärtsentwicklung zu beobachten, die aber bereits im Jahre 1948 und im Vorjahre von einem empfindlichen Rückschlag abgelöst wurde. Auch das laufende Jahr hielt nicht, was man von ihm anfangs erwartete; die Lage hat sich verschlimmert. Schon immer war das Hotelgewerbe für internationale Entwicklungen außerordentlich empfindlich. Die jüngsten Ereignisse haben die Hoffnungen auf einen günstigen Verlauf der heurigen Saison zum Schwinden gebracht, namentlich die Berghotellerie steht wieder vor einer Notlage und einer ungewissen Zukunft. Die Gesteuerungskosten haben sich außerordentlich verteuert, die Schrumpfung der Verdienstspanne wiegt umso schwerer, als sie mit einer rückläufigen Tendenz der Nachfrage parallel geht und die Ausgabefreudigkeit und Möglichkeit der ausländischen aber auch der inländischen Gäste in den Hotels stark nachläßt. Es war festzustellen, daß das ausländische Mittelstandspublikum Österreich bevorzugte.

Französische Autoausfuhr

Der industrielle Aufschwung in Frankreich auf dem Gebiete der Produktion von Verkehrsmitteln zeigt sich in besonderer Weise bei der Automobilindustrie. Obwohl manche Anlagen durch die Kriegereignisse außerordentlich beschädigt wurden, hat sich die französische Automobilproduktion nach dem Kriege zu einer der wichtigsten Exportindustrien entwickelt, da nahezu ein Drittel der Gesamtproduktion exportiert werden konnte. Allerdings hat Frankreich durch seine eigenen überseeischen Gebiete einen ansehnlichen Exportmarkt und in diesen kolonialen Gebieten auch den wichtigsten und sichersten Abnehmer. Im ersten Halbjahr 1950 wurden von der französischen Automobilindustrie 57.460 Wagen im Gesamtwerte von 21,5 Milliarden fr. Fr. exportiert, eine beachtliche Steigerung gegen den Export im ersten Halbjahr 1949 von 53.969 Wagen im Werte von 20,2 Milliarden fr. Fr. Von diesem Automobilexport im ersten Halbjahr 1950 wurden allein 20.470 Wagen in die überseeischen Gebiete Frankreichs ausgeführt und weitere 11.816 Wagen in die Benelux-Länder.

Die gesamte Automobilproduktion in Frankreich im ersten Halbjahr 1950 erreichte — trotz der Ausfälle durch Streiks im Februar und März — die Rekordzahl von insgesamt 137.383 Wagen, gegenüber einer Produktion im ersten Halbjahr 1949 von 141.730 Wagen. Durch verbesserte Produktionsmethoden und Maßnahmen zu einer planmäßigen Produktivitätssteigerung erreichte die französische Automobilproduktion als Rekordleistung im Juni 1950 die beachtliche Höhe von 34.492 Wagen, davon 25.274 Personenzwagen, gegenüber einem Monatsdurchschnitt in der Produktion des Jahres 1949 von 23.700 Wagen. Mit diesem Aufschwung in der Automobilindustrie rückt Frankreich in die erste Reihe der europäischen Automobilproduzenten auf.

Steuer und Bilanz

Steuerliche Behandlung von Kriegsschäden

Bei Betriebsprüfungen ist es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß Finanzbehörden, die für die Wiederherstellung von kriegsbeschädigten Gebäuden getätigten Aufwendungen nicht als Unkostenbuchung zulassen. Nun bestimmt das Steueränderungsgesetz 1950 (Bundesgesetz vom 31. März 1950, B. Bl. Nr. 101) in Artikel 4, Abs. 4 hinsichtlich der Inhaber von Mietwohnhäusern folgendes:

„Ausgaben zur Wiederherstellung von Gebäuden, die durch Kriegseinwirkung beschädigt oder zerstört sind und die nicht Bestandteile eines Betriebsvermögens sind, bilden, soweit ihnen nicht Baukostenzuschüsse gegenüberstehen, im Jahre ihrer Entstehung eine Abzugspost; sie können auf Antrag gleichmäßig auf zehn Jahre verteilt werden, soweit sie nicht bereits eine Minderung des Einkommens bewirkt haben.“

Dies bedeutet, daß es für Wohngebäude auch bei Totalschäden gestattet ist, die Wiederaufbaukosten nicht zu aktivieren. Von industrieller Seite wurde es wiederholt als außerordentliche Härte bezeichnet, daß den Industriebauten eine derartige Begünstigung verweigert wird. Entsprechende Abänderungsvorschläge wurden bereits vor einiger Zeit erstattet. Bisher konnten nun zumindest die Aufwendungen für die Beseitigung von Teilschäden auf Grund einer Zusage als Unkosten verbucht werden. In letzter Zeit verlangen aber verschiedene Finanzämter, auch bei Teilschäden die Aktivierung der Aufwendungen vorzunehmen.

Gegen eine solche Praxis muß mit aller Energie Stellung genommen werden, da hiedurch der häufig unter schwersten Opfern durchgeführte Wiederaufbau der Industrie, der für die gesamte Wirtschaftsentwicklung von grundlegender Bedeutung ist, gefährdet würde. In den nächsten Tagen werden Vertreter der Industrie bei den zuständigen Stellen vorsprechen, um die Forderung der Industrie mit entsprechendem Nachdruck vorzubringen, daß Ausgaben für die Wiederherstellung von Teilkriegsschäden, soweit sie über den früheren Buchwert hinausgehen, als Erhaltungsaufwand behandelt werden müssen und nur Neuerrichtungen nach Totalschäden als Herstellungsaufwand anzusehen sind, wobei ein Totalschaden aber nur dann vorliegt, wenn das betreffende Wirtschaftsgut zur Gänze vernichtet wird.

Neuformulierung der Steuerbescheide

Von der Wirtschaft wurden vor geraumer Zeit Verbesserungen und Erweiterungen der erstmals in den Steuerbescheiden 1947 eingeführten neuen Art der Abrechnung beantragt. Zur Überraschung der betroffenen Kreise erteilt die Finanzverwaltung nun deshalb, weil sie sich nicht in der Lage sieht, solche Verbesserungen durchzuführen, überhaupt keine Abrechnung mehr. Die Ansicht des Ministeriums, daß der Finanzverwaltung durch die Unterlassung der Abrechnung Arbeit erspart wird, kann von den Steuerträgern nicht geteilt werden, da die meisten Steuerpflichtigen sich nun gezwungen sehen werden, die Ausfertigung eines Abrechnungsbescheides zu beantragen, wofür sie allerdings eine Stempelgebühr zu entrichten haben. Von zu-

ständiger Seite wurde daher im Finanzministerium der Antrag gestellt, man möge in den Steuerbescheiden 1949 wenigstens zu jener Art der Abrechnung zurückkehren, wie sie in den Steuerbescheiden 1948 vorgenommen worden ist.

Berechnung des Säumniszuschlages

Die Fälle mehren sich, in denen bei einer unverschuldeten Überschreitung des Fälligkeitstermines die Finanzbehörden einen Säumniszuschlag auferlegen. Das Abgabeneinhebungsgesetz ermächtigt bekanntlich das Finanzministerium, zu gestatten, daß von der Einhebung eines Säumniszuschlages bei geringfügigen Abgabenschuldigkeiten und in jenen Fällen abgesehen wird, in denen die Säumnis entschuldbar erscheint. Es ist bedauerlich, daß von dieser Er-



Riesenauswahl: Schreib- und Rechenmaschinen
Sofort lieferbar alle Marken
 im altbekannten Büromaschinenhaus
Egon Ivellio-Vellin
 Sämtliche Reparaturen, Pauschalreinigungen in eigener Werkstätte
 Mechanikermeister
Ing. Egon Ivellio-Vellin, Wien VI.
Gumpendorfer Straße 8, B 22046

mächtigung kein Gebrauch gemacht wird, und verständlich, daß die Verhängung des Zuschlages in solchen Ausnahmefällen bei ansonsten pünktlichen Steuerzahlern Verbitte- rung hervorruft, die gerade im Interesse einer guten Steuer- moral besser vermieden werden sollte.

Außenhandelsdienst der „Industrie“

Gespräche mit österreichischen Handelsdelegierten

Frankreich hat, wie der österreichische Handelsdelegierte in Paris Dr. Frisch der „Industrie“ mitteilt, derzeit zirka 95 Prozent der Waren gegenüber Österreich liberalisiert. Die Einfuhr österreichischer Erzeugnisse wird von den französischen Behörden innerhalb von 48 Stunden bewilligt und die notwendigen Devisen stehen automatisch zur Verfügung. Bis auf die wenigen Artikel, die kontingentiert sind, bestünde daher die Möglichkeit nahezu alles nach Frankreich auszuführen, von welcher Chance Österreich allerdings nur in unzureichendem Maß Gebrauch macht. Ein Markt, wie der französische, kann nur gewonnen werden, wenn er intensiv bearbeitet wird, wozu vor allem gute Vertreter notwendig sind. Der Handelsdelegierte empfahl in diesem Zusammenhang, daß sich große Firmen technisch und kaufmännisch geschulte Vertreter in Frankreich heranziehen, deren Auswahl wohl am besten persönlich durch einen Direktor des jeweiligen österreichischen Unternehmens erfolgen kann. Es ist allerdings unumgänglich notwendig, daß der Vertreter, der zur Einführung der österreichischen Waren oft ein halbes bis ein ganzes Jahr den französischen Markt bearbeiten muß und effektive Propaganda-Spesen (Broschüren, Personalaufnahme usw.) hat, seitens der österreichischen Auftraggeber auch die entsprechende finanzielle Unterstützung findet. Im Zusammenhang mit der Vertreterfrage ist der Plan der Creditanstalt zu begrüßen, einzelne größere österreichische Industrien in einem Verkaufsbüro in Paris zusammenzufassen. Alle Bemühungen, den Absatz im französischen Mutterland zu vergrößern, müssen im übrigen darauf abgestimmt sein, eine geschäftliche Dauerverbindung herzustellen, um so österreichische Waren in größeren Quantitäten laufend in diesem Land absetzen zu können. Briefliche Offerte allein genügen keineswegs, sondern der persönliche Kontakt ist in Frankreich ausschlaggebend.

Den Preisen nach wäre Österreich in Frankreich bei den meisten Artikeln ohne weiteres konkurrenzfähig, da dort jeder Artikel fast doppelt so teuer ist als in Österreich. Auf diese Weise sind auch die Zölle und Abgaben, welche einen ungefähr 50%igen Aufschlag bedeuten, bei sehr vielen Waren einkalkulierbar. Was die eingeführten Standardartikel betrifft, so Magnesit, Stickstoff und die Aluminiumveredlung, geht das Geschäft verhältnismäßig reibungslos vor sich. Bei Holzhäusern ist allerdings die ausländische Konkurrenz bereits überaus groß geworden.

Außerordentlich belebend auf das Geschäft wirkte sich die Beteiligung an der Pariser Messe im Frühjahr vorigen Jahres aus, bei der zum Beispiel große Umsätze in Puch-Motorrädern in die Wege geleitet wurden. Da Paris eine Weltmesse ist, wäre eine ständige Teilnahme Österreichs an dieser Veranstaltung unbedingt zu empfehlen. Dem Vernehmen nach soll bereits ein Beschluß gefaßt worden sein, daß sich Österreich dieses Jahr wieder offiziell an der Pariser Messe beteiligt.

Im allgemeinen müßte unbedingt gesagt werden, daß Frankreich, das in so weitem Maß die Einfuhren aus Österreich liberalisiert hat, größten Wert darauf legt, daß Österreich ebenfalls in entsprechendem Rahmen Importe aus Frankreich zuläßt, was bisher keineswegs der Fall war. Es ist eine bekannte Tatsache, erklärte der Handelsdelegierte in Paris, daß das diesbezügliche Haupthindernis in der schleppenden Zuteilung französischer Devisen durch die

Nationalbank zu suchen ist. Eine Änderung in der österreichischen Haltung erscheine aber schon deshalb notwendig, weil sonst die Gefahr bestehe, daß Frankreich bei den in nächster Zeit stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen seine bis dato sehr entgegenkommende Liberalisierungspolitik Österreich gegenüber einschränkt.

Während Algier als Departement handelspolitisch zum französischen Mutterland gehört und daher wie dieses behandelt wird, gibt es in den französischen Protektoraten Tunis und Marokko nur Kontingente. Diese wurden zwar bisher bei jedem neugeschlossenen Handelsvertrag vergrößert, jedoch wäre eine noch raschere Ausweitung wünschenswert. Neue Waren können nur dann bei Vertragsverhandlungen im Rahmen der jeweiligen Kontingente untergebracht werden, wenn nord-afrikanische Firmen mit österreichischen Artikeln rechtzeitig bekanntgemacht wurden und die dortige Kaufmannschaft bei den zuständigen Stellen die Hereinnahme der betreffenden Erzeugnisse in den nächsten Vertrag anfordert. Die Absatzchancen in Französisch-Nordafrika sind an und für sich sehr groß, da bedeutende Bewässerungs-, Pump- und Bergwerksanlagen sowie Eisenbahnen benötigt werden. Hier wäre es besonders im Hinblick auf die starke Konkurrenz empfehlenswert, daß Österreich durch eine größere Interessentengruppe geschlossen bei den öffentlichen Ausschreibungen auftreten würde, da eine einzelne Firma kaum in der Lage ist, einen derartigen Großauftrag allein durchzuführen. Im übrigen plant Nordafrika noch im Laufe dieses Jahres oder Anfang 1951 österreichische Industrielle — wie dies bereits bei anderen Ländern der Fall war — einzuladen, da man an Ländern, die nicht Dollar-Zahlung verlangen, sehr interessiert ist. Daß Nordafrika dabei auch an den eigenen Export denkt, ist natürlich.

Last not least weist der Handelsdelegierte auf die große Bedeutung des Fremdenverkehrs hin und erklärt, daß Frankreich auch auf diesem Gebiet in viel größerem Maßstabe als bisher als Devisenbringer für Österreich fungieren könnte. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, daß der französische Vergnügungsreisende, der seinen Urlaub in Österreich verbringt, mitunter auch gleichzeitig Geschäftsman oder Industrieller ist. Vielleicht könnte man dem französischen Reisenden im Rahmen seines Aufenthaltes auf dieses und jenes österreichische Erzeugnis und auf die Leistungskraft österreichischer Produktionsstätten aufmerksam machen, um so eine nützliche Verbindung zwischen Fremdenverkehr und Exportwerbung zu schaffen.

Der österreichisch-schweizerische Handelsverkehr ist von 105 Millionen Franken im Jahre 1948 auf 55 Millionen im Jahre 1949 zurückgegangen. Diese Tatsache ist nach den Worten des österreichischen Handelsdelegierten Doktor Renner in erster Linie auf den Ausfall der Transitgeschäfte zurückzuführen, auf welchem Wege Österreich lange Zeit seine Exporte nach einer Reihe von Ländern Europas und Außereuropas durchführte. Der Wiederausbau der österreichischen Außenhandelsorganisation, der die Wiederaufnahme der jahrelang unterbrochenen direkten Verbindung mit einer Reihe von Handelspartnern ermöglichte, hängt hiermit eng zusammen. Die Schrumpfung des Warenaustauschvolumens wird aber auch durch verstärkten internationalen Konkurrenzkampf bewirkt, der in der Schweiz besonders hervortritt.

SONDERANGEBOT

Villa in Hietzing, 7 Zimmer, Zentralheizung, 1146 m² Garten, S 220.000

Villa im Baumgariner-Cottage, 5 Zimmer samt Nebenräumen, 800 m² Garten, S 120.000, sowie weitere reiche Auswahl auch an Fabriken, Werkstättenhäuser, Zinshäuser, Baugründe u. Lagerplätze, sowie Hypotheken durch

REALBÜRO FOLGER, Wien XV, Hütteldorferstraße 103

Was die Struktur des österreichischen Exports nach der Schweiz betrifft, so besteht dieser zu 55 bis 60 Prozent aus Rohstoffen und Halbfabrikaten (davon hauptsächlich Stahl, Eisen und Waren daraus, etwas Magnesit und Zellulose). Diese Rohstoffexporte sind jedoch insofern krisenempfindlich, als sie sich den Konjunkturschwankungen der Schweiz anpassen. Um ein gewisses Exportvolumen zu erreichen, müßte daher durch die Intensivierung der Fertigwarexporte das Absatzrisiko auf einen größeren Kundenkreis verteilt werden.

Die Erzeugnisse, denen in diesem Zusammenhang erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen wäre, sind: Geschmackswaren, Modewaren, Blusen, Lederwaren, gewisse photo- und kinotechnische Anlagen. Außerdem besteht in der Schweiz großes Interesse für sämtliche Neuheiten der österreichischen Erzeugung. Daß wir bei industriellen Massenartikeln angesichts der zu geringen Produktivität nicht konkurrenzfähig sind, liegt nach den Worten des Handelsdelegierten auf der Hand.

Augenblicklich zeigt der österreichische Export nach der Schweiz nach sehr niedrigen Ziffern zu Jahresbeginn wieder eine leicht steigende Tendenz und es bestehen Ausichten, daß durch die Europäische Zahlungsunion und die fortschreitende Liberalisierung eine gewisse Besserung eintritt. Hierzu sei jedoch eine Hebung der österreichischen Exportmoral eine unumgängliche Voraussetzung. Der Handelsdelegierte wies bezüglich dieses Punktes auf unbeantwortete Geschäftsbriefe, unpräzise Offerte, nicht mustergetreue Lieferungen und ähnliche Vorkommnisse hin.

Um einen Vergleich mit der Vorkriegszeit zu ziehen, sei noch bemerkt, daß die österreichische Ausfuhr nach der Schweiz vor dem Krieg 35 bis 40 Millionen Schweizer Franken jährlich betrug, welches Volumen einem heutigen Wert von 130 bis 150 Millionen Franken entsprechen würde. Ein Vergleich mit der eingangs erwähnten Ziffer von 55 Millionen im Jahre 1949 zeigt deutlich, daß es noch viel Mühe kosten wird, um den Warenaustausch mit der Schweiz auf ein friedensmäßiges Niveau zu bringen.

Vor Verhandlungen mit Indien und Mexiko

Wie „Die Industrie“ erfährt, werden in diesen Tagen von den zuständigen österreichischen Stellen die letzten Besprechungen zur Vorbereitung der Vertragsverhandlungen mit Indien geführt. Obwohl ein Verhandlungstermin noch immer nicht feststeht, dürften die Verhandlungen, die schon seit langer Zeit bevorstehen, in den nächsten Tagen in Wien endgültig beginnen. Eine mexikanische Delegation führte kürzlich Handelsbesprechungen mit der Schweiz und dürfte möglicherweise bei Redaktionsschluss schon in Wien sein. Über den Verhandlungsverlauf in Budapest liegen noch keinerlei Berichte vor. Ebenso ist es im Augenblick noch nicht sicher, wann die Verhandlungen mit Westdeutschland und Jugoslawien, die an und für sich in dem handelspolitischen Herbstprogramm aufscheinen, abgehalten werden.

Großgeschäft Italien-Rußland

Wie aus Rom gemeldet wird, hat Italien am 12. d. M. einen Vertrag über den Import von 200.000 Tonnen Weizen und anderem Brotgetreide aus der Sowjetunion zu einem über dem Weltmarktniveau gelegenen Preis abgeschlossen. Wie man erfährt, hat Italien den sowjetischen Preis, der nicht bekanntgegeben wurde, angenommen, um seine Lebensmittellager auffüllen und von der Sowjetunion die Bezahlung für Maschinen und andere Waren erhalten zu können, die Italien schon längst geliefert hatte. Der Kontrakt deckt nahezu 10 Prozent des italienischen Jahresimportbedarfs an Getreide. Die Lieferung dürfte innerhalb der nächsten Monate erfolgen. Durch das Abkommen wurde der drohende Abbruch des beiderseitigen Handelsverkehrs auf Grund des 1948 unterzeichneten dreijährigen italienisch-sowjetischen Handelsvertrages verhindert. Gemäß diesem Vertrag hatte die Sowjetunion bekanntlich Weizen und an-

dere Rohmaterialien gegen italienische Maschinen und andere Fertigprodukte zu liefern. Da Italien bisher gezögert hatte, den russischen Weizenpreis anzunehmen, hatte sich zugunsten der italienischen Exporteure ein Kreditüberschuß von mehr als 3,5 Milliarden Lire in der Sowjetunion gebildet.

Vor weiteren Ausfuhrbeschränkungen der USA

Die Vereinigten Staaten untersuchen derzeit, wie US-Handelsminister Charles Sawyer bekanntgab, die im Gefolge der Koreaaktion unter Umständen gebotene Erweiterung der Exportkontrollen. Die seit zwei Jahren bestehende Tendenz, die Exportbeschränkungen aufzuheben, dürfte daher eine vollkommene Umkehrung erfahren. Bekanntlich hat das US-Handelsministerium bereits vor einigen Tagen Exportkontrollen über 39 Kategorien von Eisen- und Stahlprodukten verhängt, die Ende dieses Monats in Kraft treten werden. Auch die Ausfuhr von Rohbaumwolle und Baumwollfäden nach allen Bestimmungsstaaten außer Kanada wurde beschränkt. Die geplante Einführung weiterer Ausfuhrbeschränkungen sei dazu bestimmt, die USA-Wirtschaft vor Verknappungen zu schützen, die sich aus der Beschleunigung der militärischen Produktion ergeben könnten.

Kohlenkonjunktur in Frankreich

Nach dem neuesten Geschäftsbericht der verstaatlichten französischen Bergwerke hat sich seit August ein vollkommener Tendenzumschwung auf dem Kohlenmarkt bemerkbar gemacht. Während die Haldenbestände in der Periode des Kohlenüberschusses von 360.000 Tonnen auf 2.530.000 Tonnen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres angeschwollen sind, ist nunmehr ein rasches Abnehmen der Vorräte festzustellen. Da die Nachfrage nach Kohle sprunghaft gestiegen ist, sind viele französische Fabriken sogar zu einer Bevorratungsaktion übergegangen, umso mehr, als ein Ansteigen der Kohlenpreise befürchtet wird. Auch im Exportgeschäft ist nach dem zitierten Bericht ein plötzlicher Aufschwung festzustellen und es ist bereits nicht mehr möglich alle ausländischen Bestellungen voll zu befriedigen.

Lockerung der Versicherungsvorschriften

Nach einer neuen von der Alliierten Hochkommission erlassenen Verordnung können deutsche Versicherungsgesellschaften nunmehr Versicherungen gegen alle mit dem Transport von Export- oder Importgütern zwischen ausländischen Staaten und der westdeutschen Bundesrepublik sowie den Westsektoren Berlins zusammenhängenden Risiken in jeder Währung abschließen. Weiter ist es deutschen Versicherungsgesellschaften erlaubt, Rückversicherungen in jeder Währung einzugehen und auch das Eigentum von Bewohnern Westdeutschlands und Westberlins während deren vorübergehenden Abwesenheit zu versichern. Diese Verordnung stellt eine wesentliche Lockerung der ursprünglichen Verordnung des Alliierten Kontrollrates dar, die die Tätigkeit der deutschen Versicherungsgesellschaften nur auf Deutschland und auf D-Mark beschränkte.

Interesse der CSR für chemische Produkte

Die Tschechoslowakei hat außer für die bisher schon in das Exportprogramm der österreichischen chemischen Industrie nach der CSR aufgenommenen Produkte wie Soda, Kreide usw., auch Interesse an der Einfuhr weiterer Chemikalien, Pharmazeutika und Laboratoriumskemikalien, die die CSR nicht selbst erzeugt. Auch der Import von medizinischen Apparaten ist möglich und die CSR interessiert sich für alle Neuheiten der österreichischen chemischen Industrie. Österreichische Firmen, die hierfür in Frage kommen, mögen sich mit Listen der für den Export nach der CSR gedachten Erzeugnisse (Erstanbote) an Direktor Dr. Skokovsky, Chemapol, Praha II, Panska 7, unter Berufung auf die Intervention der österreichischen Außenhandelsstelle in Prag wenden.

Neue englische Importquoten

Der Board of Trade hat mit 1. August l. J. eine Quote für Reinseidenmeterware im Gesamtwert von 5000 Pfund Sterling bewilligt. Für den Import von Handaschenbügeln wurde außerdem mit Wirkung von 10. 8. eine Einfuhrquote im Gesamtwert von 1000 Pfund Sterling genehmigt.

Abonnements, die nicht rechtzeitig, das heißt mindestens 1 Monat vor Ablauf des Kalender-Quartals gekündigt werden, laufen automatisch weiter.

Industrie und Messe

Ein Rückblick

Das Charakteristikum der Uneinheitlichkeit, das heute die allgemeine Wirtschaftslage bestimmt, gilt in besonderem Maße auch für das Messegewerbe. Wenn wir vor allem das Ergebnis ins Auge fassen, das die industriellen Firmen erzielten, — bei der großen Menge der gewerblichen Aussteller liegen die Dinge wesentlich anders — so ist hervorzuheben, daß die Messe im Zeichen der neuen intensiven Bewerbung Österreichs um das Auslandsgeschäft stand. Hier erscheint wiederum die Frage wichtig, ob und wie weit sich die verstärkte internationale Konjunktur, die auf der Aufrüstung verschiedener Großstaaten beruht, auswirkt. Die allgemeine Annahme geht dahin, daß durch die Konzentration auf bestimmte Erzeugungszweige die Herstellung anderer vernachlässigt wird und daß daher neben dem erhöhten Bedarf an Rohstoffen verschiedenster Art auch eine gewisse verstärkte Nachfrage an Fertigprodukten der reinen Friedenserzeugung zu erwarten steht. Dieser Eindruck hat auf der letzten Wiener Messe wenig Unterstützung gefunden, der Absatz an Fertigprodukten ins Ausland hat im allgemeinen die gewohnten Kanäle und das Ausmaß der früheren Messen beibehalten.

Eine typische Erscheinung war allerdings wahrzunehmen: die erhöhte Investitionstätigkeit in der ganzen Welt schlägt ihre Wellen nunmehr auch nach Österreich. Diese Bewegung zeigte sich besonders in der verstärkten Nachfrage auf dem Gebiete des Maschinenbaues und der Starkstromindustrie. Letztere ist bekanntlich besonders auf Einzelfertigung abgestellt und paßt sich den individuellen Wünschen der Großabnehmer an. Hier hat nun das Messegewerbe die Tatsache besonders herausgestellt, daß trotz des Korea-Konfliktes und gewisser Unsicherheiten im internationalen Wirtschaftsverkehr der Drang der einzelnen Volkswirtschaften nach Investition ganz wesentlich zunimmt. Obzwar die Starkstromindustrie Österreichs gegenwärtig reichlich beschäftigt ist, können Aufträge immer noch hereingenommen werden. Da die Lieferzeiten im Auslande bereits wieder bedenklich anzusteigen beginnen und Österreichs Hauptkonkurrent, die Schweiz, verhältnismäßig hohe Preise im Export verlangt, scheinen die Aussichten für unsere Erzeugung in nächster Zeit günstig.

Das Auslandsgeschäft der Maschinenindustrie war nach Ergebnissen verschieden. Während die Erwartungen in einzelnen Fällen kaum erreicht wurden, melden die Erzeuger verschiedener Spezialmaschinen reichliche Exporte. Aufschlußreich sind die Erfahrungen, die mit den Oststaaten gemacht wurden. Die Messe bot Gelegenheit, die Bedingungen gegenseitig abzutasten. Namentlich von Jugoslawien wurde größeres Interesse an den Tag gelegt, aber auch aus Ungarn und den übrigen Südoststaaten waren erfahrene Fachleute bei der Messe anwesend. Trotz der neuen Valutabewertung scheinen aber die Produktionskosten der österreichischen Maschinenindustrie in verschiedenen Fällen noch zu hoch, so daß man über die erste Fühlungnahme häufig nicht hinauskam. Die Bewegung als solche aber ist bemerkenswert, die Exportausweitung in Zukunft wahrscheinlich.

Das Inlandsgeschäft der Investitionsindustrie war im allgemeinen befriedigend. Die Landwirtschaft hat zahlreiche größere Aufträge namentlich für Maschinen erteilt, was umso bemerkenswerter ist, als das

Landmaschinengeschäft sich regelmäßig stärker auf der Frühjahrsmesse einstellt. Daß die Landwirtschaft aber noch immer über entsprechende Kaufkraft verfügt, kann als ein beruhigendes Symptom bezeichnet werden, zumal man in nächster Zeit hier mit einer noch aufsteigenden Tendenz zu rechnen haben wird.

Auf dem Gebiete der Gebrauchsgüterindustrie ist vor allem das Radiogeschäft befriedigend gewesen. Die Firmen gingen ohne weitreichende Hoffnungen an die Messe. Sie wurden aber durch das dort in Erscheinung tretende Geschäft geradezu überrascht. Auf Monate hinaus ist mit einer starken Beschäftigung des Erzeugungszweiges zu rechnen. Wie überall waren es auch hier die verschiedenen Neuheiten und Spezialgeräte, die das größte Interesse erweckten, so z. B. neue Koffergeräte oder die so rasch populär gewordene Einrichtung des „Magnetophons“. Die Preise wurden etwas ermäßigt, was die heute empfindliche Nachfrage naturgemäß besonders anregt. Das Auslandsgeschäft hielt sich in den üblichen Grenzen. Zu verzeichnen ist, daß neben den europäischen Absatzgebieten verschiedene exotische Länder als Abnehmer auftreten, so Ostasien, vor allem Indonesien, ferner verschiedene Staaten in Mittel- und Südamerika.

Die Konfektionsindustrie meldet ein im allgemeinen befriedigendes Inlandsgeschäft. So waren die Abschlüsse der Wäscheindustrie bedeutend, namentlich wurden Aufträge auf Herrenwäsche erteilt. Die Betriebe sind damit bis zum Jahresende voll beschäftigt. Die Aufträge auf Herrenoberbekleidung waren ebenfalls reichlich, etwas schwächer der Geschäftsgang in den Erzeugnissen der Damenkleidererzeugung. Der Export war im allgemeinen gering, der Gesamteindruck des Geschäftes jedoch zufriedenstellender als im Frühjahr.

Ein anderer wichtiger Bereich der Gebrauchsgüterindustrie ist die Möbelerzeugung. Hier werden umfangreiche Abschlüsse gemeldet, wobei jedoch eine weitgehende Umstellung der Erzeugung und eine Anpassung an die Kaufkraft der inländischen Abnehmer erfolgte. Die Möbelindustrie ist ein typisches Beispiel dafür, wie durch technische Änderungen die große Kluft zwischen Angebot und Bedarf überbrückt werden kann. Die bisherigen Erzeugnisse waren zwar in ihrer Ausarbeitung hervorragend und bestätigten den Ruf, den die österreichische Möbelerzeugung seit jeher genießt, es war aber trotz des dringenden Bedarfes der Ankauf nur den wenigsten Kaufhülsten möglich. Nun ist man den Wünschen entgegengekommen und hat nicht durch Qualitätsverschlechterung in der Solidität, sondern durch zweckmäßigere Erzeugung den Absatz kräftig erweitert. Damit ist beiden Teiledient, der Produktion, die wiederum auf hohen Touren läuft und den Abnehmern, die zwar wenige, aber dafür verschiedenen Zwecken dienende Stücke erwerben können. Diese Tendenz der Anpassung an die Kaufkraft macht sich in der gesamten Gebrauchsgüterindustrie immer mehr geltend und man kann fast sagen, daß das Problem des billigen aber zweckmäßigen Konsumgutes volkswirtschaftlich ebenso bedeutsam, wie das der konkurrenzfähigen Exporterzeugung ist.

Im ganzen hat sich die Einrichtung der Messe auch diesmal wieder voll bewährt und es wird kaum einen Aussteller geben, der nicht irgendwelche Anregungen, irgendeine Erweiterung seines Geschäftskreises hierbei erfahren

Fabrikswasserversorgung

Gesundheitstechnische Einrichtungen / Kanalisationen
Abwasserreinigung / Zentralheizungen

C. Korte & Comp.

Wien IV, Frankenberggasse 9
Gegründet 1868 / Telefon U 42-5-35 Serie

hat. Auf dem allgemeinen Weg zur Intensivierung des Inlandsgeschäftes wie des Exportes stellt die jüngste W. Messe einen neuen für die Zukunft wichtigen Markstein dar.

Firmennachrichten

Wir bringen nachfolgend einen Überblick über die Leistungen und Geschäftsergebnisse einer Reihe führender Industriefirmen nach ihren Angaben:

Nach dem erprobten Grundsatz „Wer viel gibt, gibt jedem etwas“, bot die **ELIN** auch diesmal in ihrem schönen Pavillon am Westeingang des Rotundengeländes einen interessanten Querschnitt ihrer umfassenden Produktion, wobei graphische Darstellungen und Photos die ausgestellten Objekte wirkungsvoll ergänzten.

Für die eisenverarbeitende Industrie war besonders interessant eine im Betriebe vorgeführte automatische Kohle-Lichtbogenschweißanlage zur selbsttätigen Schweißung von Längsnähten dünnwandiger Werkstücke. Bei der Kohle-Lichtbogenschweißung handelt es sich um ein schon seit langen Jahren bekanntes, in Österreich jedoch überraschenderweise verhältnismäßig wenig angewandetes Lichtbogenschweißverfahren, bei welchem an Stelle von Metall-Elektroden Kohle-Elektroden verwendet werden. Die Schweißung wird entweder von Hand aus oder automatisch vorgenommen. Letztere kommt dort in Betracht, wo es sich um die Herstellung vieler gleicher Schweißnähte handelt und daher die automatische Schweißung mit den zu ihrer Durchführung notwendigen mechanischen Einrichtungen wirtschaftlich tragbar ist. Die Anwendungsmöglichkeiten der automatischen Kohle-Lichtbogenschweißung sind zahlreich, wie die nachfolgenden, keineswegs aber erschöpfend aufgezählten Beispiele zeigen: Radiatoren, kleine Behälter, Benzinkanister, Verschalungsbleche, Butangasflaschen, Rohrmaste, Geländer, Grubenstempel, vollwandige Transportträger. Ein besonderes Anwendungsgebiet der Kohle-Lichtbogenschweißung ist übrigens die Faßschweißung, wo die Rundnähte mittels dieses Verfahrens hergestellt werden (Einschweißen der Faßböden in die Faßmäntel).

Immer wieder überraschend wegen seiner verblüffenden Einfachheit und der Güte der erzielbaren Schweißnähte ist das der **ELIN** patentierte **ELIN-Hafergut-Schweißverfahren** (EHV), mit dessen Hilfe unter Verwendung einfacher, von ungelernten Kräften bedienbarer Vorrichtungen hochwertige Dünnblechschweißungen an Blechen, Rohren und Zylindern vorgenommen werden können. Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß das EHV ein außerordentlich vielseitig verwendbares hochwertiges Schweißverfahren ist, welches sich auch im Auslande immer mehr durchzusetzen beginnt. Mit dem EHV können übrigens nicht nur Dünnblechschweißungen (Stumpfnähte und überlappte Nähte), sondern auch Kehlnahtschweißungen durchgeführt werden.

Die Erzeugnisse der **Wertheim-Werke** auf dem Rotundengelände haben sich wiederum allgemeinen Interesses der sachverständigen Besucher erfreut. Die ausgestellte Gegenstände zeigten neuerdings, daß „Wertheim“ ein Begriff für einbruchssichere Panzerkassen ist. Darüber hinaus aber stellte Wertheim noch Bürostahlmöbel und Organisations-einrichtungen aus, die sich großer Beliebtheit erfreuen. — In einer neuartigen Weise wurden die Zugänge und Kabinen von Personen-, Krankenbetten- und Kleinlastenaufzügen gezeigt, wobei die sich automatisch öffnenden und schließenden Schachttüren des Personenaufzuges aufgefallen sind. Solche automatische Aufzugstüren eignen sich besonders für stark frequentierte Anlagen. — Im freien Gelände hat vor allem der Fließförderer in der Bauart Wertheim, der eine sensationelle Neuheit im Förderwesen darstellt und eine besondere Konstruktion zur Steigerung der Produktivität durch Verminderung der Transportkosten enthält, allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Es handelt sich um ein patentiertes Erzeugnis. Aber auch die übrigen ausgestellten Transportanlagen fanden bei Besuchern vor allem aus Industriekreisen Beachtung.

DEGUSSA vormals ROESSLER, Wien VII., eine der ältesten und größten Edelmetall-Scheide- und Legieranstalten in Österreich, hat bereits seit geraumer Zeit wieder die volle Lieferfähigkeit erlangt.

Erzeugt und geliefert werden alle Edelmetalle, wie Gold, Silber, Platin, Palladium und Iridium, sowohl in reiner Form, als auch in jeder Legierung. Die Lieferform ist entweder Blech, Draht, Bänder, Folien sowie Haardrähte, bis zu einer Stärke von 0.01 mm Durchmesser.

Weiters werden laufend erzeugt Edelmetallsalze, wie Silbernitrat, Cyansilberkalium, Golddoppelsalz und Chlorgold usw.

Als neu hinzugekommene Fertigung seit Beendigung der Kampfhandlungen sind **Kontakte aus Feinsilber** für die

elektrotechnische Industrie und für Telefonfabriken, erwähnenswert.

Die Abteilung **Industrie-Silberlote** ist jetzt in immer zunehmenderem Ausmaße beschäftigt, wie die vorliegenden Aufträge aus der Metallindustrie zeigen. Daneben wurde auch im Jahre 1950 der Herstellung von Speziallegierungen für die Zahntechnik erhöhtes Augenmerk gewidmet und das Lieferprogramm um einige Sonderlegierungen bereichert.

Die Erzeugung von Zahnzement und zahntechnischen Bohrinstrumenten ist zum überwiegenden Teil für den Export bestimmt.

Entdecker-Freuden! Wir neunmal Klugen belächeln die Kleinen, wenn sie sich der Rosinen im Kuchen erfreuen, vergessen aber nur zu gerne, daß es uns nicht viel anders ergeht, wenn wir — zum Beispiel auf der Wiener Messe — urplötzlich etwas entdecken, das so recht unserem Geschmack entspricht. Ich mußte daran denken, als ich bei der Fülle des Gebotenen dann vor dem neuen, ungemein sympathischen „**Radione-Auto-, Reise- und Helmpfänger R 9**“ stand. Er ist noch kleiner, wesentlich leichter als sein berühmter Vorgänger, konstruktiv verbessert, von einer Tonreinheit und Klangfülle, die den guten Ruf der Radioneempfänger aufs neue bestätigt.

Die diesjährige Herbstmesse war ganz besonders erfolgreich. Die Firma **EUMIG** hat nicht nur aus dem Inland, sondern auch aus vielen Exportgebieten sowohl für Kinogeräte, als auch für Radioapparate sehr namhafte Aufträge auf der Wiener Messe erhalten.

Auf der heurigen Herbstmesse zeigte die **Kühler- und Metallwarenfabrik Goll und Dr. Strohschneider**, Wien XX., **Stromstraße 26—28**, auf dem Stand Nr. 960 in der Halle L 2 wiederum die Erzeugnisse ihrer Metallwarenabteilung. Die reiche Auswahl an Möbelbeschlägen in den besten Qualitäten ferner die bewährten KM-Wurfkarniesen in Metall und Holz und darüber hinaus die erstklassigen Erzeugnisse der Scharnierabteilung, wie: Knopfscharniere, Stangenscharniere usw. fanden bei allen Interessenten aus dem In- und Auslande den besten Anklang. Es konnten zahlreiche Aufträge entgegengenommen werden. Der Messestand hat bewiesen, daß die Firma sehr leistungsfähig und jeden Geschmack zu befriedigen in der Lage ist.

Ing. Magg & Co., Wien VI. Bei der Besichtigung der Kasse der Firma Ing. Magg & Co., Wien VI., „**PRIMUS-Handfeuerlöcher**“, fiel in erster Linie die sorgfältige Ausführung der Geräte auf. Wir denken dabei an die unzähligen Brände, die durch die Verwendung von **PRIMUS-Handfeuerlöschern** schon im Entstehen eingedämmt werden konnten. Die Handlichkeit und Stabilität tritt ganz besonders bei der leichten Bedienung des großen, fahrbaren Kohlendioxidschneelöschers hervor. Die Firma hat in der letzten Zeit neuerlich Verbesserungen an ihren Löschern vorgenommen, so z. B. die Entlüftung bei den Naßlöschern, um das Treiben der Geräte zu verhindern.

Das Spezialunternehmen für Klimatechnik, die Firma **Inges-Klimatechnik**, Dipl.-Ing. Paul Gessner, Wien II., **Obere Donaustraße 91**, das sich durch die Ausführung von klimatechnischen Großanlagen für insbesondere industrielle Zwecke bereits besten Ruf erworben, bringt nunmehr nach Erweiterung der eigenen Werkstätte auf fabrikmäßige Erzeugung typen- und serienmäßig hergestellte Klimageräte heraus. Diese ebenfalls mit vollautomatischer Regelung ausgerüsteten, in Blockform gebauten Geräte mit geringem Raumbedarf ermöglichen die Klimatisierung von kleineren Räumen mit relativ geringem Kostenaufwand für industrielle, als auch für Komfortzwecke.

Die Allgemeine Reglergesellschaft m. b. H., Wien II., **Praterstraße 33**, Tel. R 45-2-45, erzeugt bzw. liefert und montiert: Automatische Askania-Regler, Hydro-Meßgeräte und stufenlose Regelgetriebe.

Sie gewährleisten:

1. Die **Einsparung** bzw. Erhaltung wertvoller Rohstoffe, z. B. je nach der Feuerungsart eine 3 bis 15%ige Brennstoffersparnis bei industriellen Feuerungen mit Kohle, Gas, Öl usw.

2. Die **Leistungssteigerung** durch Einhalten aller wichtigen Betriebsdaten trotz großer Belastungsschwankungen, d. h. die Gewährleistung der für die Erzeugung günstigsten Drücke, Temperaturen, Mengen, Gemischverhältnisse, der günstigsten Verbrennung u. s. f.

3. Die **Verminderung von Ausschuffabrikaten** und von fehlerhaften Fabrikationsgängen in allen Industriezweigen.

4. Trotz höherer Ausnutzung der Betriebsanlagen größere Schonung derselben und daher **Verminderung kostspieliger und zeitraubender Reparaturen**.

Am Stand 336/38, Halle III (Rotundengelände) der Lackfabrik O. Fritze, Wien XII, Stachegasse 16, vermittelten elegant und geschmackvoll ausgeführte Musterlackierungen einen überzeugenden Eindruck von der qualitativen Leistungsfähigkeit des Unternehmens auch auf dem Gebiete der Industrielacke. Die Firma nimmt eine führende Stellung ein als Erzeuger von: Konservendosenlacken, bei denen bekanntlich außerordentliche Beanspruchungen an die Widerstandsfähigkeit des Lackfilmes gestellt werden; von Ofenlacken für die Fahrzeugindustrie sowie Elektro- und Metallindustrie, die größte Härte, Stoß- und Schlagfestigkeit der Lackierung fordern; von Nitrolacken und Kunstharzlacken für Eisenbahnwagenbau, für landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren. Als Spezialfach pflegt die Firma die Erzeugung von weißen und farbigen Emailacken für Bauten, aber auch für Industrieartikel, wie zum Beispiel Cremetuben. Wieder erregt die altbekannte Fabrikmarke, der „Fritzebub“, die Aufmerksamkeit der Besucher, und es herrschte an dem Stand ein lebhafter Interessentenverkehr.

Gebrüder Jirschik, Wien XV, Ullmannstraße 35, Telefon R 33-4-20, Werk: Brunn a. Geb. — Vom Stammhaus ausgehend, wurde im Jahre 1925 in Brunn a. Geb. eine moderne Lackfabrik errichtet, welche sich besonders mit der Herstellung von Nitrolacken und Kunstharzlacken befaßt. Besonders erwähnenswert ist die Erzeugung von erstklassigen Lederdeckfarben, welche sich nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland einen guten Ruf erworben haben.

Das Fabrikationsprogramm umfaßt heute alle neuesten Lacke für Holz, Metall und Leder, und es werden auch moderne Chlorkautschuklacke für Rostschutzanstriche hergestellt.

Eine umsichtige fachmännische Leitung sowie erfahrene Lackchemiker tragen viel zu dem guten Ruf des Unternehmens bei.

Die Ruf-Buchhaltung Gesellschaft m. b. H., Wien, führte auf der Wiener Herbstmesse nebst den für alle Rechnungsgebiete anzuwendenden Handdurschreibebuchhaltungen erstmals in Österreich eine neue Vorsteck-Einrichtung — RUF-INTROMAT — für Ruf-Buchungsmaschinen vor. Diese erlaubt das Einführen mehrerer Formulare auf verschiedener Zeilenhöhe, automatisch richtet die Maschinen diese für die Durchschrift zellengenaue aus und wirft je nach Wunsch die Formulare wieder aus. Die Durchschrift erfolgt ohne Kohlepapier. Nach Beschriftung der untersten Zeile eines Formulars wird die Maschine automatisch diese Formulare aus. Die Maschine hat in ausländischen Fachkreisen bereits größtes Aufsehen erregt, weil sie eine vollkommene neuartige Lösung des Vorsteck-Problems darstellt und gleichzeitig der Buchhaltungsorganisation ganz neue Wege weist, die bisher unlösbar erschienen. Diese Maschine wird in Verbindung mit einem zweckmäßig konstruierten Arbeitstisch mit Versenkeinrichtung gezeigt, sodaß der Bearbeiter nach Beendigung seiner maschinellen Arbeit mit einem Handgriff seinen Buchungstisch in einen Arbeitstisch für manuelle Arbeiten verwandeln kann. Neue Organisationsmöglichkeiten stellt auch die RUF-SICHTKARTEI dar, mit welcher praktisch jede Stehkartei zu einer Sichtkartei entwickelt werden kann, weil die alphabetische Reihenfolge auch bei Zu- und Abgängen aus einer Kartei jederzeit gewährt wird. Für den Lohnabrechner wurde unter besonderer Berücksichtigung der Baubranche eine neue, äußerst zweckmäßige Lohnbuchhaltung mit vertikaler Rechnung im Durchschreibeverfahren entwickelt, welche in der Praxis bereits sehr gute Aufnahme fand.

Notizen

Werbung und Wahrheit

Von Alfred Michael Schauhuber

Man könnte auch sagen: Wahrheit ist die beste Werbung. Leider müßte man dann gewärtig sein, in eine endlose und fruchtlose Diskussion verwickelt zu werden. Taucht denn nicht sofort die Pilatus-Frage auf: „Was ist Wahrheit?“ Ist sie denn nicht etwas durch und durch Subjektives, immer von der Persönlichkeit und ihren Annahmen abhängig? Ist nicht der Mensch — trotz Herden- und Geselligkeitstrieb — ein Einzelgänger? Er ist Individuum, eine Welt für sich. Er kann nur subjektiv urteilen, ja, die Umgebung, die Welt schafft er für sich neu, nach seinen Fähigkeiten, seinen Empfindungen, Gefühlen und Erkenntnissen. Er empfindet somit sozusagen eine persönliche Art Wahrheit. Diese Wahrheit wird erst dann realisiert, wenn sie anerkannt wird, wenn der Nebenmensch der dargebotenen oder dargestellten Wahrheit seine Zustimmung nicht vor-enthält.

Wenn seinerzeit verlangt worden ist, daß alle Angaben der Wirtschaftswerbung wahr und klar sein müssen, so erläutert erst der angefügte Satz — ... und müssen die Möglichkeit der Irreführung vermeiden — die Begriffe „wahr“ und „klar“. Erst die Wechselbeziehung zwischen dem, was die Werbung ankündigt und verspricht und dem, was die Ware bestatigt und leistet, schafft jenes Vertrauen, das einmalige Käufer zu Dauerkunden wandelt, (was übrigens das Ziel ernster kaufmännischer Werbung ist).

Das geschieht meistens dann, wenn das, was die Werbung sagt, vom Käufer als richtig und wahr anerkannt wird. Bewußte Täuschung ist nur einmal erfolgreich. Ihr Mißerfolg aber bleibt dauernd. Sagt jemand bewußt die Unwahrheit, so nimmt er aus Überheblichkeit an, daß ihm geglaubt wird. Er setzt voraus, daß sein Gesprächspartner so leichtgläubig, so uninformatiert, so oberflächlich oder so dumm ist, ihm Glauben zu schenken. Er riskiert, seinen Nebenmenschen vor den Kopf zu stoßen und seine Feindschaft herauszufordern.

In der Wirtschaftswerbung wirken sich unwahre Maßnahmen gegen den Werbung-Treibenden aus. Es tritt in vielen Fällen eine völlige Umkehrung des Werbezweckes ein. Die Packung wird für den Käufer Warnungssignal, sie schreckt ihn vom Kauf ab. Das Werbemittel, das Vertrauen erwecken soll, erregt Mißtrauen und Ablehnung. Der erfolgreiche Kaufmann sagt seinen Kunden über seine Ware nichts anderes, als er für wahr und richtig hält, nichts anderes, als er seinem Empfinden nach und seinen Kenntnissen entsprechend glaubt, verantworten zu können. Er wird der Ware nicht mehr zusprechen, als sie leisten kann. Er wird sich bei seinen Aussagen vor Übertreibungen hüten. Er weiß nämlich, daß seine Kunden ein feines Ohr haben für falsche Töne in Ankündigungen und Anpreisungen. Er weiß, daß Lächerlichkeit tötet, auch in der Werbung. Sein Erfolg besteht darin, daß die Käufer seine Aussagen, seine Ankündigungen, seine Werbemaßnahmen als Wahrheit bestätigen, durch den wiederholten Kauf, mit anderen Worten: daß der Käufer zum Dauerkunden, zum Geschäftsfreund wird. Wenn die lapidare und groteske Formulierung: „Werben, heißt zwingen, etwas freiwillig zu tun“, richtig ist, so ist dieser „Zwang“ zu freiwilligem Tun abhängig von seiner inneren und äußeren Wahrhaftigkeit; er hat zur Voraussetzung das Vertrauen, das seiner Wahrhaftigkeit entgegengebracht wird und gewinnt seinen dauernden Erfolg aus der Bestätigung seiner Wahrhaftigkeit durch die Umworbenen. Wahrhaftigkeit ist aber ein entscheidendes Kriterium der Anständigkeit.

Der größte Erfolg wahrhafter Wirtschaftswerbung tritt dann ein, wenn die Ware für sich selbst wirbt. Dies geschieht in dem Augenblick, da sie das über sie Ausgesagte durch ihr Wesen und ihre Leistung bestätigt, ja bekräftigt. In der Wirtschaftswerbung darf sich nur der Marktschreier erlauben, unwahrhaft zu sein. Er muß sich mit einem einmaligen Verkauf begnügen und weiterwandern. Der Kaufmann, der dauernden Erfolg und Dauer-Kunden werben und erwerben will, baut seine Werbung auf die Erkenntnis auf, daß Wahrheit die beste Werbung ist und Anständigkeit das beste Geschäft.

Kurs für Betriebsgraphologie
Unter der fachlichen Leitung des Industrie-Graphologen Hans Georg Schütz, der auch der graphologische Experte des Niederösterreichischen Gewerbevereines ist, veranstaltet die Handelsschule Weiss, Wien I, Getreidemarkt 16, in der Zeit vom 27. September bis 20. Dezember 1. J. einen Einführungskurs in die Betriebsgraphologie, der jeden Mittwoch von 18.15 bis 20.15 Uhr abgehalten wird. Der Kursbeitrag beträgt S 75.—, der auch in drei Monatsraten zu je S 25.— abgestattet werden kann. Anmeldungen schriftlich an die Handelsschule Weiss oder telefonisch unter B 26-4-25.

OFFENE STELLEN

Größere Werkzeugfabrik sucht Betriebsleiter.

Reichhaltige Erfahrung bei spanabhebenden Werkzeugen, Härterei und Organisation Voraussetzung.
Zuschriften unter „Nr. 20.520“ an die Verwaltung des Blattes.

STELLENGESUCHE

Wir empfehlen:

Tüchtige intelligente Bürokraft
mit langjähriger Praxis, flinke Stenotypistin, sichere Rechnerin, versiert in allen einschlägigen Büroarbeiten.

M. A. W. Maschinen-, Apparate- und Werkzeugfabrik, Wien XIV, Husterlgasse 3-5, Tel. A 38-4-53

Dr. med., Arzt

mit langjähriger Praxis, internistisch, neurologisch ausgebildet, chirurgisch tätig gewesen, erfahren in Rheumatologie und Lungenfach, auch in der Sozialversicherung tätig gewesen.

sucht Betriebsarztposten in großen Industriebetrieben.

Zuschriften unter „F. S. 1869“ an die Verwaltung des Blattes.

Verlag, Eigentümer und Herausgeber: „Die Industrie“, Zeitschriftenverlags Ges. m. b. H., Chefredakteur Dr. Ernst Müller, verantwortlich für den Inhalt Redaktionskomitee: Dr. Ernst Müller und Dipl.-Ing. Rudolf Wenzl. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Walter Müller. Alle Wien VIII, Plaristengasse 17 — Druck: Mechtaristendruckerei, Wien VII, Mechtaristengasse 4.

V. b. b.

LACKFABRIK

O. FRITZE

WIEN XII, STACHEGASSE 16



Alle Arten

INDUSTRIE - LACKE

auf Öl-, Kunstharz- und Nitro-Basis,
für Luft- und Ofen-Trocknung, für
Spritz-, Tauch- und Pinsel-Lackierung

1006



Auf
AUSTRO-SESSEL
sitzt man gut

WIESNER-HAGER, ALTHEIM, O. Ö.
REPRÄSENTANZ WIEN: I, HERRENGASSE 2, U 26-0-31
VERTRETUNG GRAZ: MÜNZGRABENSTRASSE 38, 75-46/2

Carl Neuburger & Comp.

Wien XVII, Taubergasse 6 / Tel. A 28-5-18 Serie

Druckereimaschinen

Zahnräder

Getriebe

Allgemeiner Maschinenbau

HEIMFRIED

die seit 20 Jahren bestbewährte, waschbare
Fenster- und Türdichtung
gegen Zugluft, Staub, Lärm, Nässe.
Größte Heizersparnisse!

Heinrich Fritsch, Wien VII, Kircheng. 43, Tel. B 34 0 42

Jurany & Wolfrum

Wien XX, Pasettistraße 29/31 — Telefon A 42-5-20
Zweigwerk Pinsdorf bei Gmunden, O. Ö.

**konstruiert und erzeugt Schnitt-,
Stanz-, Zieh- und Biegewerkzeuge
für Massenproduktion, kurzfristig**

Lohn-Emaillierungen

übernimmt

Austria

Vereinigte Emaillierwerke
Lampen- u. Metallwarenfabriken
Aktiengesellschaft

Wien XVI, Wilhelminenstraße 80
Telephon: A 28-5-85 Serie, A 21-5-95 Serie

*Für Industrie
und Technik*

"Klingerit"
"Klingerit 1000"

HOCHDRUCKDICHTUNG für
Dampf-, Chemie- und Ölbetriebe
SPEZIALDICHTUNG für Ver-
brennungsmotoren.

KLINGER SPEZIALDICHTUNG für Säuren
und Alkalien

KLINGER STOPFBÜCHSENPACKUNGEN
für Dampf- und Hydraulik

KLINGER VENTIL störungsfrei, weiß ohne
Sitz, ohne Kegel.

KLINGER PATENT-HAHNE Type AB mit
elastischer Dichtungsbüchse.

KLINGER WASSERSTANDSANZEIGER
für höchste Drücke und Tem-
peraturen.

KLINGER REFLEXIONS-WASSERSTANDS-
PRESSHARTGLÄSER

"KLINGER" *Flexibla* BREMS- UND
KUPPLUNGSBELÄGE

RICH. KLINGER
AKTIENGESELLSCHAFT



GUMPOLDSKIRCHEN BEI WIEN
(AUSTRIA)